



CH@YOU PART

Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz

Martina Rothenbühler, Franziska Ehrler, Kathrin Kissau

Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF

Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung veröffentlicht in seiner „Schriftenreihe SBF“ konzeptionelle Arbeiten, Forschungsergebnisse und Berichte zu aktuellen Themen in den Bereichen Bildung und Forschung, die damit einem breiteren Publikum zugänglich gemacht und zur Diskussion gestellt werden sollen. Die präsentierten Analysen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung wieder.

© 2012 Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF

ISSN: 1424-3342



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidenössisches Departement des Innern EDI
Staatssekretariat für Bildung und Forschung
Bildung

Hallwylstrasse 4
CH-3003 Bern
T +41 31 322 68 32
F +41 31 322 78 54
info@sbf.admin.ch
www.sbf.admin.ch

CH@YOUPART

Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz

Martina Rothenbühler, Franziska Ehrler, Kathrin Kissau

Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS



Une version condensée en français de la présente étude est reproduite en annexe (pp 55)

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1.	Zielsetzung der Studie und Auftrag	1
1.2.	Fragestellungen	1
1.3.	Aufbau der Arbeit	2
2.	Theoretische Grundlagen	3
2.1.	Der Einstieg in die Politik	3
2.2.	Politische Beteiligung aus direktdemokratischer Sicht	3
2.2.1.	Was genau ist politische Partizipation?	4
2.2.2.	Definition politischer Partizipation in dieser Studie	5
2.3.	Stand der aktuellen Forschung	8
2.4.	Methodisches Vorgehen	9
3.	Spektrum politischer Aktivitäten und daraus abgeleitete Charakteristika	13
3.1.	Themen- und projektspezifisch	14
3.2.	Kurzfristig	15
3.3.	Individuell	15
3.4.	Informell	16
3.5.	Technikaffin	16
3.6.	Freizeit und Konsum	17
4.	Politische Partizipation junger Erwachsener	19
4.1.	Sechs Partizipationstypen	19
4.1.1.	Typ 1 – die Passiven	21
4.1.2.	Typ 2 – die Minimalisten	24
4.1.3.	Typ 3 – die themenspezifisch Engagierten	26
4.1.4.	Typ 4 – die konventionell Engagierten	28
4.1.5.	Typ 5 – die Demonstranten	31
4.1.6.	Typ 6 – die Aktivisten	33
4.2.	Politische Partizipation verstehen	35
4.2.1.	Politisches Interesse junger Erwachsener in der Schweiz	37
4.2.2.	Wie kommt politische Partizipation zu Stande?	39
5.	Internationale Dimension der politischen Partizipation junger Erwachsener	42
5.1.	Politische Partizipation in der Schweiz und in Europa	42
5.2.	Politische Partizipation von Migranten in der Schweiz	44
6.	Schlussfolgerungen	47
6.1.	Beantwortung der Forschungsfragen	47
6.2.	Ausblick	48
	Literaturverzeichnis	50

Nouvelles découvertes concernant la participation politique des jeunes adultes en Suisse (Version condensée)	55
Vera, 23 ans, assistante en soins et santé communautaire	62
Thierry, 25 ans, employé d'une entreprise de sécurité	63
Reto, 21 ans, étudiant	64
Laura, 20 ans, future jardinière d'enfants	65
Piero, 22 ans, étudiant	66
Alice, 18 ans, stagiaire auprès d'une ONG	67

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Formen politischer Partizipation bei CH@YOUPART	6
Tabelle 2:	Zusammensetzung der Stichprobe von CH@YOUPART	9
Tabelle 3:	Erklärungsfaktoren der Partizipationstypen	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Spektrum politischer Partizipationsformen junger Erwachsener	13
Abbildung 2:	Einfluss des politischen Interessens auf die politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz	36
Abbildung 3:	Einflussfaktoren auf das politische Interesse junger Erwachsener in der Schweiz	39
Abbildung 4:	Einflussfaktoren auf die politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz	40
Abbildung 5:	Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz und in Europa	43

„Nicht alles, was Jugendliche tun, ist politisch; aber vieles von dem, was sie tun, drückt Gemeinsinn aus und kann nur dann als nichtpolitisch gebrandmarkt werden, wenn man die Politik dem Staat und den Parteien reserviert“

(Hurrelmann, Linssen, Albert und Quellenberg 2004: 50).

Die Autorinnen bedanken sich bei den jungen Erwachsenen, die an der Studie CH@YOUPART teilgenommen haben. Ein spezieller Dank geht an Alice, Laura, Piero, Reto, Thierry und Vera, die sich für die Portraits zur Verfügung gestellt haben, sowie an Christine Bühler, Projektleiterin von easyvote, für die wertvollen Informationen.

1. Einleitung

1.1. Zielsetzung der Studie und Auftrag

In den meisten Ländern der westlichen Welt hat die Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen in den letzten Jahren abgenommen. Dabei fällt auf, dass insbesondere junge Erwachsene eine geringe Stimmbeteiligung aufweisen. Da die Teilnahme an Wahlen ein zentraler Aspekt jeder Demokratie ist, ist diese Entwicklung von gesellschaftlicher Bedeutung (Kaase und Marsh 1979: 28). Das hier skizzierte Verhältnis der jungen Erwachsenen zur Politik ist von besonderer Relevanz, wenn man bedenkt, dass die Bereitschaft zur politischen Beteiligung während der ersten Wahlen und Abstimmungen im Leben bestimmt wird. So sind die Jahre zwischen 18 und 25 für das politische Verhalten entscheidend, da sich in dieser Zeit die politische Identität entwickelt und diese im Erwachsenenleben weitgehend beibehalten wird (Esser und de Vreese 2007: 1208).

Aufgrund dieser weitreichenden Folgen sind die Erforschung des Verhältnisses junger Erwachsener zur Politik sowie die Analyse der genauen Gründe für ihre politische Abstinenz oder Präsenz von besonderer Bedeutung. In diesem Forschungsfeld ist momentan jedoch eine Wissenslücke vorhanden. Nur sehr wenige Studien haben in den letzten Jahren die politische Partizipation junger Erwachsener umfassend thematisiert. Darüber hinaus besteht insbesondere für die Schweiz Nachholbedarf, was die international vergleichende Perspektive betrifft, da sie an keiner neueren Mehr-Länder-Studie zum Verhältnis junger Erwachsener zur Politik teilgenommen hat.

Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF ist deshalb daran interessiert, mehr über das politische Engagement junger Erwachsener in der Schweiz im Alter von 18 bis 25 Jahren zu erfahren. Insbesondere gilt das Interesse des SBF der Frage, wie sich die jungen Erwachsenen der Schweiz politisch engagieren, das heisst welche Formen des politischen Engagements sie nutzen und wie sich ihre politische Partizipation erklären lässt. Ebenfalls von Bedeutung ist der internationale Vergleich des politischen Engagements der schweizerischen jungen Erwachsenen dieser Altersklasse mit den europäischen Nachbarländern.

1.2. Fragestellungen

Die vorliegende Studie hat zum Ziel, darüber Auskunft zu geben, ob und wie sich die jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren in der Schweiz politisch engagieren und wie sich ihre politische Beteiligung beziehungsweise Abstinenz erklären lässt. Dabei stehen zwei Fragestellungen im Vordergrund.

Wie partizipieren junge Erwachsene in der Schweiz politisch?

Hier wird untersucht, welche Formen der politischen Partizipation von jungen Erwachsenen in der Schweiz ausgeübt werden. Die politische Partizipation wird dabei als breit gefasstes Konzept verstanden, das alle für junge Erwachsene wichtigen Formen der Beteiligung sowie eine möglichst breite Erfassung der politischen Einstellungen und Interessen beinhaltet. Neben der institutionellen Partizipation wie der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen gehen wir auch auf nicht-institutionelle und neue Partizipationsformen ein, wie beispielsweise das Verfassen von politischen Texten im Internet, das Kontaktieren von Politikerinnen und Politikern, den Boykott bestimmter Produkte oder den Beitritt zu einer politischen Gruppe auf Facebook. Innerhalb des Spektrums der politischen Partizipationsformen lassen sich klare Präferenzen erkennen. Zudem wird aufgezeigt, welche gemeinsamen Merkmale den am häufigsten gewählten politischen Aktivitäten zu Grunde liegen.

Die meisten Studien, welche bisher in der Schweiz versucht haben, das politische Verhalten zu erklären, haben die jungen Erwachsenen als homogene Gruppe behandelt, ohne auf die Unterschiede innerhalb dieser Altersgruppe einzugehen. Es bietet sich jedoch an, eine Unterscheidung vorzunehmen, um die politischen Partizipationsmuster junger Schweizerinnen und Schweizer aufzudecken.

Im Anschluss daran wird untersucht, wie die Partizipation der jungen Erwachsenen im internationalen Vergleich einzustufen ist. Neigen sie zu den gleichen Formen der politischen Partizipation wie ihre Altersgenossen in anderen Ländern? Wie sieht es mit den Präferenzen hinsichtlich der politischen Aktivitäten im internationalen Vergleich aus? Zudem werden die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme von Migranten aufgezeigt: Wie engagieren sie sich? Und welche regionalen Disparitäten gibt es in Bezug auf die politische Teilnahme von Migranten?

Wie lässt sich die politische Partizipation junger Erwachsener erklären?

Hier geht es um die Frage, welche Faktoren die politische Präsenz respektive Abstinenz junger Erwachsener bestimmen. Welche individuellen Merkmale beeinflussen die politische Partizipation, welche wirken fördernd, welche hemmend? Indem unterschiedliche Partizipationstypen aufgedeckt werden, ist es möglich, detaillierte Erklärungen für die Existenz dieser Verhaltensmuster zu liefern und so zum besseren Verständnis dieser Altersgruppe beizutragen. Es lassen sich individuelle und kontextuelle Erklärungsfaktoren identifizieren, um die Existenz verschiedener Partizipationsmuster zu erklären, die sowohl die Aufnahme als auch das Ausbleiben politischer Aktivität bestimmen. Schliesslich wird auch das Zusammenspiel zwischen politischem Interesse und politischer Partizipation beleuchtet. Daraus lassen sich konkrete Hinweise ableiten, was zur Erhaltung und Förderung der politischen Partizipation junger Erwachsener getan werden kann.

1.3. Aufbau der Arbeit

Die Studie beinhaltet im zweiten Kapitel einen kurzen Überblick über die Zielgruppe sowie einige damit verbundene Schlussfolgerungen für die Politik und für die politikwissenschaftliche Forschung. Darauf folgt eine Einführung in die theoretischen Grundlagen politischer Partizipation in direktdemokratischer Hinsicht und die Herleitung der Definition politischer Partizipation, die dieser Arbeit zu Grunde liegt. Ein Überblick über die aktuelle Forschungslage weist auf einige interessante Ergebnisse hin und zeigt möglich Anknüpfungspunkte auf. Ein Abriss des methodischen Vorgehens erörtert die in dieser Studie verwendeten Befragungs- und Auswertungsmethoden.

Im dritten Kapitel wird aufgezeigt, wie sich die jungen Erwachsenen in der Schweiz politisch beteiligen. Dabei berücksichtigen wir das gesamte Spektrum an Partizipationsformen von jungen Erwachsenen in der Schweiz. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei neuen, alternativen Formen politischer Partizipation. Daraus leiten wir sechs Charakteristika ab. Im vierten Kapitel wird dargelegt, wie diese einzelnen Formen der politischen Partizipation zusammenhängen. Es lassen sich sechs verschiedene Partizipationstypen identifizieren, die unterschiedliche Formen der politischen Partizipation einschliessen. Wir erklären, welche Faktoren dazu führen, dass eine junge erwachsene Schweizerin eher dem einen oder anderen Typus angehört. Ein Portrait zu jedem einzelnen Partizipationstyp veranschaulicht das jeweilige Partizipationsverhalten. Anschliessend zeigen wir auf, welche Erklärungsfaktoren sich für die politische Partizipation identifizieren lassen, wie das politische Interesse zu Stande kommt, und wie sich dieses auf die politische Partizipation auswirkt.

Das Spektrum politischer Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz wird im Kapitel 5 mit der politischen Beteiligung von Gleichaltrigen aus acht europäischen Ländern verglichen. Schliesslich gehen wir auf die politische Partizipation von Migranten in der Schweiz ein. Insbesondere wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten sie haben, auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen.

Die Schlussfolgerungen fassen die wichtigsten Ergebnisse zusammen. Davon lassen sich Hinweise darauf ableiten, was in der Schweiz unternommen werden kann, um die politische Partizipation junger Erwachsener zu fördern.

2. Theoretische Grundlagen

2.1. Der Einstieg in die Politik

Junge Erwachsene befinden sich in einer Lebensphase, in der sie neue Erfahrungen sammeln können, ohne sich allzu stark festlegen zu müssen (Arnett 2004: 3). Es ist jedoch auch eine Zeit der Unstetigkeit und Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft. Heute dauern die Jugend und das frühe Erwachsenenalter länger und variieren stärker als noch vor 40 Jahren. Diese als „Destandardisierung der Lebensläufe“ bezeichnete Entwicklung führt dazu, dass sich zentrale Ereignisse wie der Auszug aus dem Elternhaus, die berufliche Weichenstellung oder die Familiengründung nach hinten verschoben haben. Mit dieser Verschiebung hat sich die Festigung der politischen Identität, des politischen Interesses, sowie des Engagements der jungen Erwachsenen ebenfalls zeitlich nach hinten verschoben (Mazzoleni und Masulin 2005: 58). Dieser auch in anderen Ländern wohlbekannte Effekt lässt sich damit erklären, dass in bestimmten Lebensphasen das Interesse an Politik grösser oder geringer ist, je nachdem welche Ziele zu diesem Zeitpunkt für den Einzelnen relevant sind. Zentrale Themen junger Erwachsener sind der Abschluss ihrer Ausbildung und der Berufseinstieg (Harris, Wyn und Younes 2010: 12). Daher ist es nicht erstaunlich, dass politische Themen während dieser Lebensphase nicht immer an erster Stelle stehen.

2.2. Politische Beteiligung aus direktdemokratischer Sicht

Politische Partizipation spielt eine zentrale Rolle in direkten Demokratien (Kaase und Marsh 1979: 28; van Deth 2000: 117). Eine möglichst weit reichende und breite politische Partizipation gilt dabei als wünschenswert, denn die direkte Demokratie basiert auf der Idee der Selbstregulierung der Bürgerinnen und Bürger (Fuchs 2007: 29). Diese sogenannte „starke Demokratie“ (Barber 1984: 151) hat zwei Prämissen: Demokratische Systeme müssen erstens die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger maximieren. Dabei handelt es sich idealerweise um eine Gemeinschaft aus Laien, die handelt, teilt, mitträgt und sich engagiert (Barber 1984: 155). Um dies zu erreichen, müssen demokratische Systeme zweitens die Partizipationsmöglichkeiten sowohl im politischen als auch im sozialen Leben ausbauen, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Kompetenzen lernen und üben können. Untersuchungen belegen den bildenden Charakter von direktdemokratischen Instrumenten. Die Erfahrung mit direktdemokratischen Instrumenten fördert die politische Effizienz, regt politische Diskussionen an, motiviert Bürgerinnen und Bürger, sich vermehrt über politische Themen zu informieren und erhöht die Partizipation (Kriesi 2005: 12).

Im Allgemeinen trägt jede Form der politischen Beteiligung und folglich die aktive Mitgestaltung weiter Teile der Bevölkerung an politischen Entscheidungen zur Legitimität und Stabilität des politischen Systems bei (Dalton 2006: 35; Henn, Weinstein und Hodgkinson 2007: 469; Kriesi 2005: 5). Dementsprechend ist in der Schweiz der Gedanke weit verbreitet, dass ein Entscheid umso legitimer ist, je mehr Bürgerinnen und Bürger sich daran beteiligt haben (Möckli 1993: 8).

Die Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen hat in den letzten Jahren jedoch in fast allen westlichen Ländern abgenommen (Dalton 2006: 35; Faulks 1999: 150). Von der geringen Stimmbeteiligung betroffen sind vor allem junge Erwachsene. Diese Entwicklung wird auch in der Schweiz beobachtet. Generell gesehen sind direkte Demokratien durch eine geringe und selektive Partizipation gekennzeichnet. „Die zusätzlichen Partizipationsmöglichkeiten, welche die direkte Demokratie bietet, werden nur von einer kleinen ‚Gegenelite‘ tatsächlich in Anspruch genommen“ (Möckli 1993: 16). Obwohl kein anderer Staat über so vielfältige und traditionsreiche direktdemokratische Instrumente wie die Schweiz verfügt und folglich zusätzliche Möglichkeiten politischer Partizipation bietet, macht nur eine kleine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger davon Gebrauch (Möckli 1993: 2). So nahmen 2009 durchschnittlich 21 Prozent der 18- bis 25-Jährigen an Abstimmungen teil. Bei den älteren Er-

wachsenen hingegen waren es 69 Prozent (VOX-it 2009). Aus demokratietheoretischer Sicht ist die tiefe Stimmbeteiligung der jungen Erwachsenen problematisch, denn sie kann als Beeinträchtigung der Legitimität politischer Entscheide und somit des direktdemokratischen Systems betrachtet werden.

In den letzten Jahren kam es aufgrund der tiefen Stimmbeteiligung junger Erwachsener in verschiedenen Ländern zu Forschungsprojekten, die sich dieser Thematik annahmen. Während einige Autoren die geringe Teilnahme an Wahlen als Politikverdrossenheit dieser Altersgruppe interpretieren, sehen andere darin eine Veränderung der Präferenzen hinsichtlich der Formen politischer Partizipation junger Erwachsener. Demnach handelt es sich nicht um ein generelles Desinteresse an Politik, sondern lediglich um eine „Umorientierung bei der Auswahl der Organisationsformen des Engagements“ (Hurrelmann, Linssen, Albert und Quellenberg 2004: 44).

2.2.1. Was genau ist politische Partizipation?

Die unterschiedlichen und sich widersprechenden Aussagen zur politischen Partizipation junger Erwachsener lassen sich zum Teil dadurch erklären, dass es verschiedene Auffassungen gibt, was genau unter politischer Beteiligung verstanden wird. In der Tat hat sich die Definition politischer Partizipation im Laufe der Zeit verändert. So führten Kaase, Marsh und Kollegen Ende der siebziger Jahre die Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen der politischen Partizipation in den wissenschaftlichen Diskurs ein (Kaase und Marsh 1979: 41). Dadurch wollten sie dem Aufkommen neuartiger und ungewöhnlicher Partizipationsformen wie der Teilnahme an Demonstrationen oder Sitzblockaden gerecht werden. An diesen Aktivitäten, die heute in weiten Kreisen akzeptiert sind, lässt sich der dynamische Aspekt des Begriffs erkennen: Was heute noch als unkonventionell gilt, kann schon morgen zu den Standardformen politischer Partizipation gehören.

Weil sich die Formen der Aktivität, welche zur politischen Partizipation gezählt werden, im Laufe der Zeit verändern und sich das Konzept weiterentwickelt, unterscheidet sich auch die Auffassung von politischer Beteiligung je nach Altersgruppe in der Bevölkerung. Junge Erwachsene haben andere Vorstellungen als ihre Grosseltern davon, was politische Partizipation ausmacht und welche Aktivitäten den grössten Erfolg versprechen. Das liegt daran, dass politisches Engagement und auch das Interesse für bestimmte Themen durch politische, gesellschaftliche und kulturelle Strukturen, aber auch besondere Ereignisse während der verschiedenen Lebensphasen eines Jeden geprägt werden.

Neue Formen politischer Partizipation werden häufig durch junge Menschen eingeführt und genutzt. Dieses Muster hat sich in den letzten 30 Jahren kaum gewandelt, obwohl sich die Aktivitäten, die als „neu“ bezeichnet werden, verändert haben. Der Begriff „politische Partizipation“ wird deshalb in diesem Bericht möglichst breit definiert. Ganz allgemein werden unter politischer Partizipation eine Reihe von Tätigkeiten verstanden, die Menschen „alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“ (Kaase 2002: 473; Kaase und Marsh 1979: 42). Diese Definition beinhaltet folglich alle freiwilligen Aktivitäten, die darauf abzielen oder dazu führen, direkt oder indirekt das Handeln von Regierungen und anderen politischen Instanzen zu beeinflussen (Verba, Schlozman und Brady 1995: 38). Politische Partizipation kann als Mittel betrachtet werden, um höhergestellte Ziele und Interessen zu verwirklichen, die anders nicht erreicht werden könnten. Ein weiterer zentraler Aspekt politischer Partizipation ist die Freiwilligkeit. Die politische Partizipation ist freiwillig; sie wird in der Regel finanziell nicht entschädigt (Verba, Schlozman und Brady 1995: 39).

Eine Definition politischer Partizipation impliziert ferner eine Festlegung des Umfangs der möglichen Verhaltensweisen. Entsprechend beziehen sich die meisten Studien zur politischen Partizipation nicht nur auf die Stimm- und Wahlbeteiligung, sondern integrieren auch andere Formen der Partizipation wie das Sammeln von Unterschriften, das Demonstrieren und den Boykott gewisser Produkte. Generell kann man festhalten, dass Verhaltensweisen, die einem kollektiven Ziel dienen, als politische Aktivitäten definiert werden können. Politische Partizipation ist jedoch von nicht-politischer Partizipation zu unterscheiden (Verba, Schlozman und Brady 1995: 41). Die Definition sollte deshalb eng genug sein, um eindeutig politische Beteiligung von gesellschaftli-

chem Engagement abgrenzen zu können. So zählt etwa das Engagement in Sportvereinen oder sozialen Einrichtungen wie Altersheimen nach der hier verwendeten Definition nicht zu politischer Partizipation, da es zwar das Ziel hat, etwas zum Gemeinwohl beizutragen, ohne aber politische Entscheidungen beeinflussen zu wollen.

2.2.2. Definition politischer Partizipation in dieser Studie

Um der politischen Partizipation junger Erwachsener gerecht zu werden, bedarf es einer Definition, die umfassend genug ist, um alle jugendrelevanten politischen Aktivitäten einzuschliessen, jedoch gleichzeitig ausreichend eng umrissen ist, um als Grundlage für eine Untersuchung verwendet werden zu können. Das bedeutet, dass es aufgrund dieser Begriffsbestimmung möglich sein sollte, partizipative Verhaltensmuster junger Erwachsener zu benennen. Es gilt dabei zu beachten, dass die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten je nach politischem System variieren. So sind beispielsweise das Referendum oder die regelmässigen Abstimmungen eine Schweizer Eigenart. Diesen Besonderheiten muss Rechnung getragen werden.

Die Tabelle 1 auf der nächsten Seite liefert einen Überblick über die politischen Aktivitäten, die im Rahmen dieser Untersuchung berücksichtigt werden. Die einzelnen Beteiligungsformen können in zwei Bereiche eingeteilt werden:

Zu den möglichen politischen Aktivitäten zählen *erstens* institutionelle Partizipationsformen, die für die Aufrechterhaltung der direkten Demokratie und die Parteienlandschaft der Schweiz notwendig sind. Diese Kategorie umfasst die Teilnahme an (Online-)Abstimmungen und Wahlen, die Unterstützung von Referenden oder Initiativen sowie sämtliche Parteiaktivitäten. Ausserdem gehören die formelle und informelle Partizipation während Abstimmungen und Wahlen dazu, zum Beispiel in Form von Überzeugungsarbeit, die Verbreitung von Wahlpropaganda durch das Internet, das Verteilen von Broschüren etc. Schliesslich gehört die Ausübung eines politischen Amtes zu dieser ersten Kategorie.

Zweitens gibt es eine Reihe von politischen Partizipationsformen, die zwar nicht zu den institutionellen Formen gehören, aber ebenso darauf abzielen, politische Überzeugungen kundzutun, um die öffentliche Meinung und letztlich auch politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dazu gehört die Teilnahme an friedlichen Protesten, öffentlichen Debatten, aber auch an legalen oder illegalen Demonstrationen. Die Teilnahme an Smartmobs, der ethische Konsum, das heisst der Boykott oder der bewusste Kauf bestimmter Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen, das Veröffentlichen von Blognachrichten oder das Unterschreiben einer Online-Petition sind weitere Beispiele.

Tabelle 1: Formen politischer Partizipation bei CH@YOUPART

1. Bereich: Institutionelle politische Partizipation

Teilnahme an Wahlen; Teilnahme an Abstimmungen; Mitgliedschaft in einer Partei; Teilnahme an Parteisitzungen; Beitrag an Diskussionen innerhalb einer Partei; (aktive) Unterstützung einer Kampagne; Verteilen von Abstimmungs- oder Wahlpropaganda; Unterschriften für Initiative/Referendum sammeln; Überzeugungsarbeit (zum Beispiel jemanden für eine Partei gewinnen oder andere für Wahl-/Abstimmungsteilnahme motivieren/überzeugen); Referendum oder Initiative unterschreiben; Teilnahme an Gemeindeversammlung; Kandidatur für ein politisches Amt auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene; politische Funktion innerhalb der Gemeinde, des Kantons oder auf Bundesebene; Kontaktieren einer Politikerin oder eines Politikers, um auf ein politisches Anliegen aufmerksam zu machen; Besuch einer öffentlichen Veranstaltung zu einem politischen oder sozialen Thema

Halten einer politischen Rede; Verfassen eines politischen Artikels; Verfassen oder Weiterleiten einer politischen E-Mail oder eines Briefs (inklusive Leserbrief); Publizieren von politischen Informationen oder eigener Meinung zu politischen Themen auf einer Webseite (inklusive Blogs, Twitter); Beitritt zu politischen Gruppen auf Facebook oder ähnlichen Netzwerken; Beteiligung an Veröffentlichungen von Videos auf YouTube; Teilnahme an legaler Demonstration; Unterschreiben einer (Online-) Petition; Verteilen von Flugblättern mit politischem Inhalt; Boykott oder Kauf bestimmter Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen; Mitgliedschaft bei einem Jugendparlament; Tragen von Ansteckern oder Kleidern mit einer politischen Botschaft; Graffiti anbringen/Sprayen (inklusive Plakate verändern); Teilnahme an Sit-ins, an einem Smartmob oder einem Carrotmob; Teilnahme an illegaler Demonstration; Blockieren von Strassen oder Zügen; Hausbesetzungen; Teilnahme an politischen Veranstaltungen, bei denen Eigentum zu Schaden kommt oder Personen verletzt werden

Die Unterscheidung zwischen institutioneller und nicht-institutioneller Partizipation ist klar von der weiter oben erwähnten Differenz zwischen konventionellen und unkonventionellen respektive neuen Partizipationsformen zu trennen. Obwohl die meisten institutionellen Aktivitäten konventionell sind, gibt es auch neue Formen, wie die Teilnahme an Online-Abstimmungen oder Online-Wahlen. Das Gleiche gilt für die nicht-institutionellen Partizipationsformen. Die meisten davon nutzen neue Medien und gelten nicht als konventionelle Beteiligung. Doch auch hier gibt es Überschneidungen. So ist es fraglich, ob die Teilnahme an einer Demonstration, das Unterschreiben einer Petition oder der Boykott heute noch als unkonventionell bezeichnet werden können.

Smartmob, Flashmob, Carrotmob

Politische Aktion im Zeitalter mobiler Kommunikation

Mit dem Begriff **Smartmob** wird eine neue Form sozialer Organisation bezeichnet: Ein mobiles soziales Netzwerk, das von keiner übergeordneten Instanz gesteuert wird, sondern vergleichbar einem Bienenschwarm selbstständig agiert, indem sich die Mitglieder mittels mobiler Kommunikation austauschen. Dass Gruppen von Menschen gemeinsam handeln, ist nichts Neues. Aber neu ist die Geschwindigkeit und Flexibilität des koordinierten Handelns, die erst infolge neuer Kommunikationsmittel möglich wurde und kollektive Aktion in Situationen erlaubt, in denen dies vorher nicht möglich war (Rheingold 2002: 170). Mobilisiert via Internet oder SMS, versammeln sich Menschen, die sich vorher noch nie getroffen haben, an einem bestimmten, meist öffentlichen Ort, um eine gemeinsame Aktion durchzuführen. So unvermittelt die Menge aufgetreten ist, löst sie sich auch wieder auf, wobei das Überraschungsmoment einen zentralen Aspekt des Smartmobs darstellt (Englert und Roslon 2010: 3).

Die Bezeichnung Smartmob wird aber auch benutzt, um die Sinnhaftigkeit einer kollektiven Handlung auszudrücken und damit eine Abgrenzung zum **Flashmob** vorzunehmen. Während der Flashmob ausschliesslich auf Spass basiert, beispielsweise indem eine kollektive Kissenschlacht durchgeführt wird, verfolgt der Smartmob ein höheres, zumeist politisches Ziel. Er will ein Thema ins Zentrum rücken oder auf Missstände aufmerksam machen. Ursprünglich eine Praktik der Globalisierungsgegner, werden Smartmobs inzwischen sowohl von der linken als auch von der rechten Szene genutzt (Englert und Roslon 2010: 2;10). Josef Estrada, ehemaliger Präsident der Philippinen, war 2001 der erste Amtsinhaber, der sein Amt wegen eines Smartmobs aufgeben musste. Mehr als eine Million Einwohner von Manila organisierten sich mittels SMS und erschienen jeweils innert kürzester Zeit an allen Orten, an denen auch Estrada auftrat, und demonstrierten gegen den Präsidenten, bis dieser schliesslich zurücktreten musste (Rheingold 2002: 160).

In der Schweiz traten Smartmobs beispielsweise in Zusammenhang mit der Initiative zum Schutz vor Waffengewalt (2011) und zum Exportverbot für Kriegsmaterial (2009) in mehreren Schweizer Städten gleichzeitig auf. Dabei machten auf ein Signal hin alle Teilnehmenden eine Schussbewegung und liessen sich danach auf den Boden fallen. Nach einigen Minuten erhoben sich die Menschen wieder, und die Menge zerstreute sich so schnell, wie sie in Erscheinung getreten war.

Der **Carrotmob** ist eine spezielle Form des Smartmobs und stellt die Umkehrung des Boykotts dar. Eine grosse Anzahl Personen wird mobilisiert, um in einem bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Geschäft einzukaufen. Vorgängig verpflichten sich die Geschäfte, einen Teil des Umsatzes aus den Einkäufen des Carrotmobs in energiesparende Massnahmen oder ähnliches zu investieren. Das Geschäft, das den höchsten Anteil verspricht, erhält den Carrotmob (Göbel 2011). In der Schweiz fanden solche Carrotmobs bisher zum Beispiel in Basel, Bern und Zürich statt.

2.3. Stand der aktuellen Forschung

Bisher wurde das Verhältnis junger Erwachsener zur Politik meist in nationalen Jugendstudien erforscht, in denen Politik ein Themengebiet unter vielen war. Beispiele solcher nationaler Studien aus anderen Ländern sind die deutschen Shell-Jugendstudien, die seit 1953 in regelmässigen Abständen durchgeführt werden, der Deutsche Jugendsurvey DJI, im Rahmen dessen seit 1992 drei verschiedene Datenerhebungen gemacht wurden (Gille, Sardei-Biermann, Gaiser und de Rijke 2006; Hoffmann-Lange 1995), sowie die Österreichische Jugendwerte-Studie (Friesl, Kromer und Polak 2008). In der Schweiz wurden die jungen Erwachsenen im Rahmen der Eidgenössischen Jugendbefragungen ch-x mehrfach zu ihrem Verhältnis zur Politik befragt (Bertossa, Haltiner und Meyer Schweizer 2008).

Solche nationalen Studien haben das Verdienst, dass sie über die politischen Einstellungen, das politische Interesse, die gewählten Formen der politischen Partizipation usw. der jungen Erwachsenen in einem Land Auskunft geben. In vielen Fällen identifizieren sie auch Faktoren, welche verschiedene Formen der politischen Partizipation erklären. Diese nationalen Jugendstudien weisen jedoch zwei Schwachpunkte auf. Zum einen können für die Erklärungsmodelle der politischen Partizipation nur Elemente berücksichtigt werden, die auf der Ebene der Individuen wirken, nicht aber kontextuelle Faktoren, die sich auf die Gegebenheiten der einzelnen Länder beziehen. Der Einfluss dieser Faktoren lässt sich statistisch nur dann nachweisen, wenn mehrere Länder miteinander verglichen werden, in denen diese Variablen unterschiedliche Werte einnehmen.

Zum anderen ist in nationalen Jugendstudien der zur Verfügung stehende Platz für Fragen zur politischen Beteiligung begrenzt. Die politische Partizipation junger Erwachsener wird aus diesem Grund in der Regel mit Standardfragen erhoben, bei denen nur gewisse Formen politischen Engagements berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass potentiell nur ein Teil der von jungen Erwachsenen gewählten Formen politischer Partizipation erfragt wird. Diese Beschränkung ist von grosser Bedeutung, da junge Erwachsene zwar eine tiefere Wahlbeteiligung aufweisen als ältere Erwachsene, es aber Hinweise dafür gibt, dass sie nicht generell politisch inaktiv sind, sondern eher alternative Formen politischer Partizipation wählen.

Es gibt also generell nur wenige aktuelle Studien, in denen versucht wird, die politische Partizipation junger Erwachsener in ihrer Breite empirisch zu erfassen. In diesem Bereich besteht vor allem in der Schweiz eine klare Wissenslücke. Insbesondere fehlen für die Schweiz Daten, welche einen internationalen Vergleich ermöglichen würden. Zwar wird seit 2010 beim NCCR Democracy im Rahmen des Moduls „Die Auswirkungen der Mediatisierung auf die Politik, die Nachrichtenmedien und die Öffentlichkeit“ eine internationale Langzeitstudie zur Beeinflussung politischer Einstellungen durch die Medien bei Jugendlichen (15- bis 18-Jährige) durchgeführt. Für die Altersgruppe der jungen Erwachsenen jedoch sind keine entsprechenden Daten vorgesehen.

In Europa wurde im Jahr 2004 die international vergleichende Studie EUYOPART zum Verhältnis junger Erwachsener zur Politik realisiert. EUYOPART steht für „Political Participation of Young People in Europe“ und wurde von der Europäischen Kommission finanziert (Ogris und Westphal 2006: 8). Diese einmalige Erhebung wurde in acht europäischen Ländern (Deutschland, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Slowakei und Österreich) durchgeführt. Bei den Erhebungen wurden insgesamt 8'030 Personen im Alter von 15 bis 25 Jahren befragt. Die grosse Stärke dieser Erhebung ist, dass der verwendete Fragebogen ein breites Spektrum der Partizipationsformen abdeckt mit dem Ziel, die gesamte Palette der von 15- bis 25-Jährigen verwendeten Formen politischer Partizipation zu erfassen.

Die Schweiz nahm an dieser Studie nicht teil und war auch an keiner anderen international vergleichenden Studie zum Verhältnis junger Erwachsener zur Politik beteiligt. Aufgrund dieses Sachverhaltes war bisher nicht geklärt, wie junge Schweizerinnen und Schweizer politisch partizipieren und von welchen Faktoren dies beeinflusst wird. Die vorliegende CH@YOPART-Studie schliesst diese Forschungslücke. Die politischen Einstellungen und das politische Verhalten junger Schweizerinnen und Schweizer werden mit einem detaillierten Frage-

bogen in Erfahrung gebracht. Da der Fragebogen in Anlehnung an denjenigen der EUYOPART-Studie konzipiert wurde, sind zu einzelnen Aspekten auch internationale Vergleiche möglich (siehe Kapitel 5).

2.4. Methodisches Vorgehen

Ende 2010 wurden in der Schweiz pro 100 Einwohner lediglich noch 50 Festnetzanschlüsse gezählt (Bakom 2011), und die Altersgruppe der jungen Erwachsenen ist erfahrungsgemäss über Festnetz oder auch für ein persönliches Interview zu Hause besonders schwierig zu erreichen. Für dieses Forschungsprojekt wurde deshalb eine Online-Befragung durchgeführt. In den vergangenen zehn Jahren hat diese Methode insbesondere in der kommerziellen Markt- und Meinungsforschung rasch an Popularität und Bedeutung gewonnen. Die dabei gesammelten Erfahrungen sowie die Weiterentwicklung der Methode haben dazu beigetragen, dass diese innovative Datenerhebungsmöglichkeit zunehmend auch in wissenschaftlichen Untersuchungen Verwendung findet (Zerback, Schoen, Jakob und Schlereth 2009: 15). Auch wenn durch die Onlinebefragung ein weiterer Unterschied zur Originalbefragung von EUYOPART entsteht, die persönlich (face-to-face) durchgeführt wurde, erscheint sie für die Befragung von über 1000 jungen Erwachsenen aus allen drei Landesteilen sehr angemessen. Da in der Schweiz 95% der 18- bis 25-Jährigen über einen Internetzugang verfügen (Willemse, Waller und Süss 2010: 16), ist es möglich, mit dieser Befragungsart eine Stichprobe zu realisieren, die in der Qualität und Aussagekraft mit telefonischen Befragungen vergleichbar ist. Die Onlinebefragung ermöglicht es zudem, dass unerwünschte Interviewereinflüsse ausgeschlossen werden. Gerade auch die Möglichkeiten der multi-medialen und dynamischen grafischen Gestaltung sind für diese junge Zielgruppe attraktiv und können sich positiv auf die Teilnahmebereitschaft auswirken (Tedesco 2007: 1189). Hinzu kommt, dass Onlinebefragungen der hohen geographischen Mobilität dieser Altersgruppe gerecht werden; der Fragebogen kann ortsunabhängig abgerufen und ausgefüllt werden.

Die Erhebung wurde durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut DemoSCOPE durchgeführt. Insgesamt haben zwischen Oktober 2010 und März 2011 1360 Schweizerinnen und Schweizer im Alter von 18 bis 25 Jahren den Online-Fragebogen ausgefüllt. Ungefähr zwei Drittel der Befragten wurden telefonisch rekrutiert, ein Drittel face-to-face. Die jungen Erwachsenen stammen aus der Deutschschweiz, der Romandie und dem Tessin. Das Tessin wurde überrepräsentiert, um Aussagen über diese Sprachregion zu ermöglichen. Zudem wurden anhand der Daten des Bundesamtes für Statistik (Volkszählung 2000) Quoten bezüglich Alter, Bildungsniveau und Geschlecht festgelegt. Die genaue Stichprobenverteilung in Bezug auf diese Quoten ist in der nachfolgenden Tabelle 2 ersichtlich.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Stichprobe von CH@YOPART

	Total	Geschlecht		Alter			Bildungsniveau	
		Mann	Frau	18-19	20-22	23-25	Tief	Hoch
Deutschschweiz	826	382	444	198	334	294	376	450
Romandie	415	170	245	94	166	155	197	218
Tessin	119	57	62	28	54	37	48	71
Total	1360	609	751	320	554	486	621	739

Die unterschiedlichen Partizipationsmuster junger Erwachsener in der Schweiz wurden mit einer Clusteranalyse identifiziert. Die Clusteranalyse ist eine statistische Methode, die dazu verwendet werden kann, innerhalb verschiedener Faktoren Grundmuster zu erkennen. Dabei werden Gruppen gebildet mit Personen, die ein ähnliches

Antwortverhalten aufweisen. Mittels dieser Analyse konnten sechs verschiedene Partizipationsmuster eruiert werden. Für die Clusteranalyse wurden die in der Tabelle 1 auf Seite 6 vorgestellten institutionellen und nicht-institutionellen politischen Aktivitäten verwendet.

Die sechs Partizipationsmuster wurden anschliessend mit einer multinomialen logistischen Regression untersucht. Dabei wird bei jeder Gruppe entschieden, ob eine spezifische Variable die Wahrscheinlichkeit erhöht (oder nicht), dieser Gruppe anzugehören. Die Beurteilung wird mit Hilfe einer Referenzgruppe vorgenommen. Aus praktischen Gründen ist das entweder diejenige Gruppe, die am aktivsten ist, oder diejenige, die am passivsten ist. Da die Gruppe der politisch Passiven grösser ist, wurde diese als Referenzgruppe verwendet. Die Ergebnisse werden folglich alle im Vergleich zu dieser Gruppe kommentiert. Das Modell beinhaltet nur diejenigen Faktoren, die einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Erklärung der unterschiedlichen Partizipationsmuster haben. Folglich werden die Faktoren, die statistisch nicht signifikant sind, vom Modell ausgeschlossen.

Zu den individuellen Faktoren gehören Variablen zu politischen Einstellungen und Wissen, wie das politische Interesse, die politische Bildung, die Nähe zu einer politischen Partei, die Diskussionen über politische Themen im sozialen Umfeld sowie der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern. Darüber hinaus wurden der Glaube an die eigene politische Einflussnahme sowie das allgemeine Vertrauen in das schweizerische politische System als individuelle Erklärungsvariablen hinzugezogen. Als Indikator für das Vertrauen in das politische System wurde das angegebene Vertrauen in den Bundesrat, in das Parlament, in die Politikerinnen und Politiker und in die politischen Parteien verwendet. Die Einschätzung, auf das politische Geschehen Einfluss nehmen zu können, wurde anhand von zwei entsprechenden Fragen konstruiert. Zudem wurden Informationen zum Vertrauen gegenüber sowohl institutionellen als auch nicht-institutionellen Formen politischer Partizipation gestellt. Diese beiden Indikatoren wurden mittels einer Faktoranalyse aus einer Reihe von Fragen zur Effizienz bestimmter Aktivitäten konstruiert. Diese Fragen bezogen sich zum Beispiel auf die Wirkung der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, der Veröffentlichung politischer Aussagen auf dem Internet oder der direkten Kontaktaufnahme mit einer Politikerin oder einem Politiker. Hinzu kommen das politische Engagement von Familienmitgliedern, Freunden oder Verwandten, der Medienkonsum im Zusammenhang mit politischen Themen sowie die Anzahl aktiver Mitgliedschaften in Nichtregierungsorganisationen.

Weitere individuelle Faktoren sind soziodemographische Informationen wie das Alter, die Erwerbstätigkeit, der Migrationshintergrund, das Geschlecht und das Bildungsniveau. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer von CH@YOUPART befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung in Ausbildung. Aus diesem Grund wurde bei diesen Personen die aktuelle Ausbildung verwendet, um das Bildungsniveau zu bestimmen. Bei den Befragten, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen hatten, wurde die höchste erreichte Ausbildung erhoben. Personen, deren höchster Bildungsabschluss die obligatorische Schule oder die Berufslehre ist, oder diejenigen, die sich in der Berufslehre befinden, gehören hier zu den Personen mit niedriger Ausbildung. Das Bildungsniveau von Personen mit einer Berufsmatura, von solchen, die das Gymnasium besuchen, an einer Fachhochschule oder an einer Universität studieren, wurde als hohe Ausbildung kodiert. Eine weitere soziodemographische Variable ist der Wochenaufenthalter-Status. Diese Angabe trägt ebenfalls dem Umstand Rechnung, dass sich viele der Befragten in der Ausbildung befinden und diese zum Teil an einem anderen Ort absolvieren, als dort, wo sie stimmberechtigt sind.

Aufgrund der Zusammensetzung der Stichprobe konnten nur einzelne Kontextmerkmale berücksichtigt werden. So war es beispielsweise nicht möglich zu untersuchen, ob gewisse Gemeinde- oder Kantonsstrukturen einen Einfluss auf die politische Partizipation haben. Die Anzahl junger Erwachsener, die an der Befragung teilgenommen haben, war dafür in gewissen Kantonen zu gering. Berücksichtigt werden konnten hingegen die Grösse des Wohnorts sowie die Sprachregion.

Im vorliegenden Bericht befinden sich zahlreiche Aussagen von jungen Erwachsenen, die an der CH@YOUPART-Befragung teilgenommen haben. Dabei handelt es sich um Antworten auf offene Fragen, wie zum Beispiel, was sich ändern müsste, damit junge Erwachsene politisch aktiver wären. Solche Aussagen dienen der Veranschauli-

chung bestimmter theoretischer Zugänge und Ergebnisse. Die Aussagen wurden wörtlich übernommen, wie sie von den CH@YOUPART-Befragten im Rahmen der Befragung online eingegeben wurden (Rechtschreibfehler wurden korrigiert).

Um die einzelnen Partizipationstypen zu veranschaulichen, wird jeweils eine Person portraitiert, die diesem Typus entspricht. Da die Datenerhebung von CH@YOUPART anonym erfolgte, war es nicht möglich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgrund ihrer Antworten in der Befragung zu identifizieren. Die Personen für die Portraits wurden deshalb mittels eines verkürzten Fragebogens ermittelt. Bei der Auswahl der sechs Personen wurde das Geschlechterverhältnis sowie die Aufteilung in Bezug auf die Sprachregionen berücksichtigt. Die qualitativen Interviews für die Portraits wurden nach einem Leitfaden geführt. Sie wurden aufgenommen und transkribiert. Die portraitierten Personen hatten die Möglichkeit, ihre Portraits gegenzulesen und allfällige Änderungswünsche zu kommunizieren.

In einem anschliessenden Analyseschritt wird mittels eines Pfadmodells das Zusammenspiel des politischen Interesses und der politischen Partizipation beleuchtet. Das Pfadmodell beinhaltet sämtliche weiter oben erwähnten individuellen Faktoren, sofern diese statistisch signifikant sind.

Um einen internationalen Vergleich zu ermöglichen, wurde der im EUYOUPART Projekt eingesetzte Fragebogen zu grossen Teilen übernommen. Der Fragebogen musste jedoch angepasst werden, um erstens das politische System der Schweiz und zweitens die Entwicklung neuer Partizipationsformen berücksichtigen zu können. Bei einem internationalen Vergleich gilt es also zu beachten, dass Daten aus unterschiedlichen Jahren und zum Teil unterschiedliche Fragestellungen verglichen werden. So wurden erstens zusätzliche Fragen zur direkten Demokratie eingeführt. Im internationalen Vergleich sind Fragen zum Abstimmungsverhalten oder zum Unterschreiben von Referenden oder Initiativen nicht enthalten. Ausgeschlossen wurden auch die parteispezifischen Aktivitäten, weil diese in den europäischen Ländern nicht erhoben wurden. Zweitens unterscheidet sich das Spektrum verschiedener Partizipationsformen zwischen EUYOUPART und CH@YOUPART auch aufgrund des unterschiedlichen Erhebungszeitpunkts. Die EUYOUPART-Daten wurden im Jahr 2004 erhoben, während diejenigen von CH@YOUPART aus dem Jahr 2010 stammen. In diesem Zeitraum hat sich das Spektrum politischer Partizipationsformen erweitert. Zugenommen haben insbesondere diejenigen Formen politischer Partizipation, die erst durch den breiten Zugang zu neuen Medien ermöglicht wurden. Dazu gehören das Unterschreiben einer Online-Petition, die Teilnahme an einem Smartmob oder die Mithilfe bei der Veröffentlichung eines Films mit einem politischen Inhalt auf YouTube. Dementsprechend wurde beispielsweise der Beitritt zu einer politischen Gruppe auf Facebook vom internationalen Vergleich ausgeschlossen, weil diese Frage bei EUYOUPART nicht vorkam, da Facebook zu dieser Zeit in Europa noch kaum bekannt war.

Obwohl im internationalen Vergleich nur diejenigen Partizipationsformen berücksichtigt werden, die in allen nationalen Befragungen thematisiert wurden, ist dennoch Vorsicht geboten. So ist beispielsweise zu beachten, dass Schweizerinnen und Schweizer aufgrund der direkten Demokratie häufiger die Gelegenheit haben, Unterschriften zu sammeln als Bürgerinnen und Bürger aus EU-Ländern. Die Frage zur Überzeugungsarbeit umfasst im Gegensatz zu EUYOUPART bei CH@YOUPART nicht nur Wahlen, sondern auch Abstimmungen. Ein weiterer Unterschied betrifft das Tragen eines Pins mit einer politischen Botschaft. In den acht europäischen Ländern wurde lediglich nach dem Pin gefragt, während in der Schweiz zusätzlich das Tragen eines Kleidungsstücks mit einer politischen Botschaft erhoben wurde. Weil die politische Meinungsäusserung bei beiden Aktivitäten durch das Erscheinungsbild erfolgt, werden diese hier zusammengefasst. Schliesslich umfasst das Unterschreiben einer Petition bei CH@YOUPART sowohl Offline- als auch Online-Petitionen, während bei EUYOUPART nicht explizit auf das Medium eingegangen wurde.

Es sind noch weitere methodische Aspekte zu berücksichtigen: Bei Umfragen zu politischen Themen im Allgemeinen und politischer Partizipation im Speziellen ist davon auszugehen, dass die Schätzwerte bezüglich der politischen Partizipation verzerrt sind, da politisch Uninteressierte nicht an einer solchen Studie teilnehmen

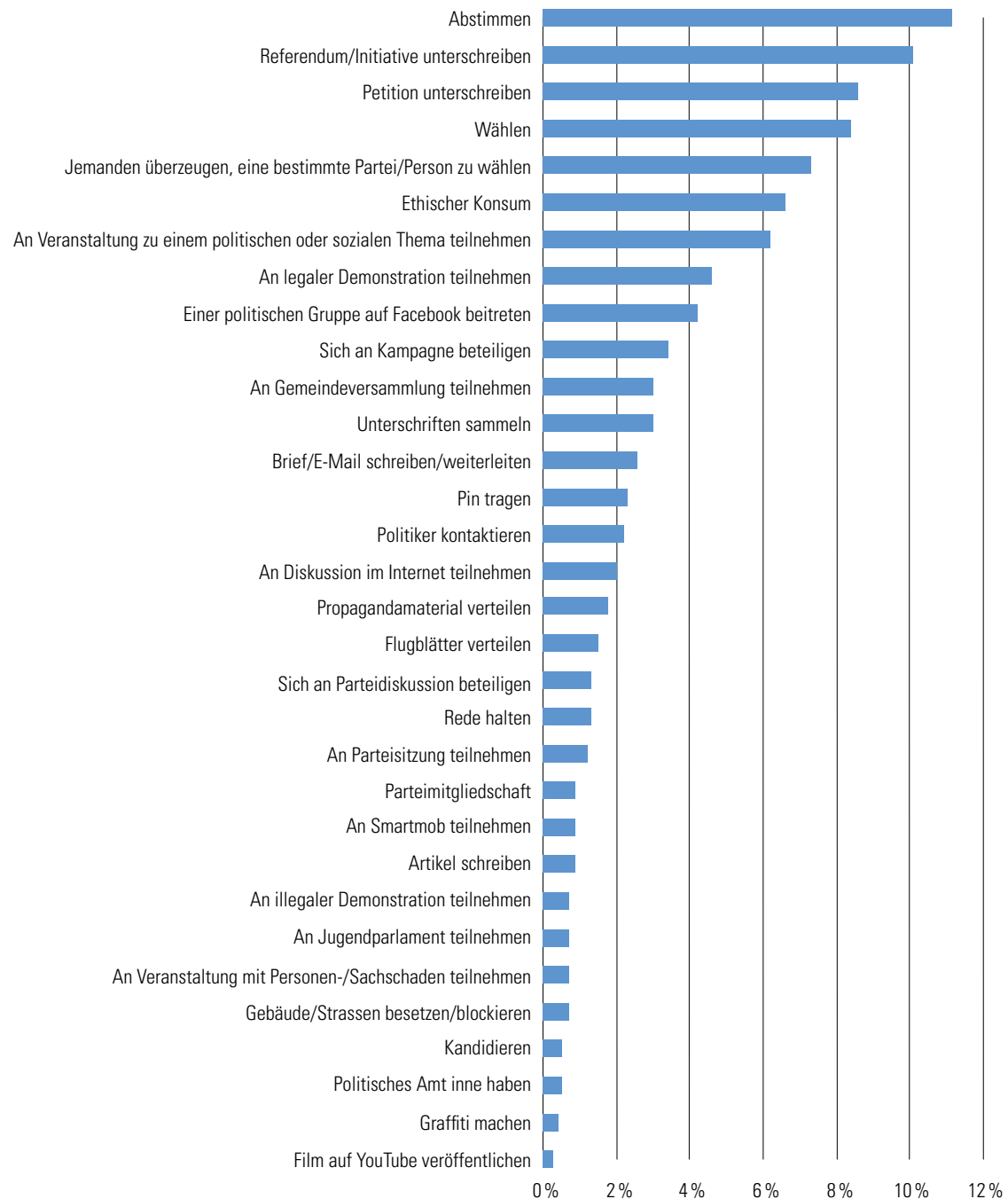
(Kriesi 2005: 120). Folglich wird in Befragungen zur politischen Partizipation die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen überschätzt (Rubenson, Blais, Fournier, Gidengil und Nevitte 2004: 408). CH@YOUPART bildet hier keine Ausnahme. Obwohl die Abstimmungsbeteiligung im September 2010 (Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes), im November 2010 (Ausschaffungsinitiative) sowie im Februar 2011 (Waffeninitiative) lediglich zwischen 36% und 53% lag, gaben 57% der CH@YOUPART-Befragten an, an der letzten Abstimmung teilgenommen zu haben, die vor der Befragung stattgefunden hat. Folglich ist anzunehmen, dass die als politisch passiv eingestuften CH@YOUPART-Befragten immer noch politisch interessierter und aktiver sind als diejenigen, die weder politisch partizipieren noch an der Befragung teilgenommen haben.

Aufgrund dieser methodischen Einschränkungen hat es wenig Sinn, in dieser Studie Häufigkeiten zu präsentieren. Es ist nicht möglich zu beurteilen, wie viele junge Erwachsene in der Schweiz nun tatsächlich politisch passiv sind, respektive die reelle Grösse der einzelnen Partizipationsmuster ist nicht bekannt. Es ist jedoch möglich, die einzelnen Muster zu erklären, weil die Erklärung unabhängig von der tatsächlichen Grösse erfolgt.

3. Spektrum politischer Aktivitäten und daraus abgeleitete Charakteristika

Die untenstehende Abbildung 1 zeigt das gesamte Spektrum politischer Partizipationsformen, zu denen sich die Befragten geäußert haben.

Abbildung 1: Spektrum politischer Partizipationsformen junger Erwachsener



Leseanleitung: Bei den Prozentwerten handelt es sich um den relativen Anteil an der gesamten politischen Partizipation. Daraus lassen sich keine absoluten Häufigkeiten ableiten, sondern lediglich das relative Verhältnis der einzelnen Aktivitäten zu einander.

Die Prozentzahlen sind im Verhältnis zum gesamten politischen Partizipationsspektrum zu verstehen. Die Abbildung 1 zeigt einerseits, dass die Befragten ein breit gefächertes politisches Instrumentarium benützen. Sie zeigt jedoch auch, dass es klare Unterschiede in den Präferenzen bezüglich der Partizipationsformen gibt. So macht das Unterschreiben einer Petition 8.6% der gesamten politischen Aktivitäten der CH@YOUPART-Befragten aus. Dieser Wert liegt leicht über dem Anteil des Wählens (8.4%). Den grössten Anteil (11.2%) stellt die Teilnahme an Abstimmungen dar. Die Veröffentlichung eines Films mit politischem Inhalt auf YouTube ist bei den Befragten im Gegensatz dazu mit 0.3% die am wenigsten verbreitete Art, sich politisch zu beteiligen.

Betrachtet man das gesamte Spektrum der politischen Partizipationsformen junger Erwachsener in der Schweiz, fällt der relativ niedrige Anteil parteibezogener Aktivitäten auf. Die Mitgliedschaft in einer Partei sowie die Beteiligung an Parteidiskussionen und -sitzungen machen insgesamt nur gerade 3.6% des gesamten Spektrums der Beteiligungsformen aus. Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, dass die CH@YOUPART-Befragten häufiger an Abstimmungen teilnehmen als an Wahlen.

Auffallend ist zudem, dass fast ein Drittel der politischen Aktivitäten nicht-institutioneller Art sind. Dazu gehören beispielsweise der ethische Konsum, das Verteilen von Flugblättern, das Tragen eines Pins oder eines Kleidungsstücks mit einer politischen Botschaft, der Beitritt zu einer politischen Gruppe auf Facebook oder das Verfassen oder Weiterleiten von Briefen oder E-Mails. Diese Formen haben einige Charakteristika, die in den folgenden Abschnitten beleuchtet werden.

Viele der von jungen Schweizerinnen und Schweizern gewählten Formen der politischen Partizipation weisen eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen auf: Sie sind grösstenteils themenspezifisch orientiert, zeitlich befristet, individuell und informell. Sie finden sowohl im Internet als auch ausserhalb des Internets statt und zeichnen sich durch eine Vermischung von Konsum, Freizeitaktivitäten und politischer Beteiligung aus.

Meistens überschneiden sich diese Charakteristika. So handelt es sich zum Beispiel beim Smartmob gleichzeitig um eine themenspezifische, kurzfristige, individuelle und informelle politische Aktion, die zum Teil als Freizeitaktivität wahrgenommen wird. Smartmobs werden zudem typischerweise über das Internet organisiert, zum Beispiel durch einen entsprechenden Aufruf auf Facebook. Um die unterschiedlichen Merkmale besser beschreiben zu können, werden sie getrennt vorgestellt.

3.1. Themen- und projektspezifisch

Bei jungen Erwachsenen besonders beliebt sind Aktivitäten, bei denen sie sich themen- oder projektspezifisch einbringen können (Calenda und Meijer 2009: 880; Gaiser, de Rijke und Spannring 2010: 437). Dies ist teilweise auf den Wandel von einer ideologiesteuerten zu einer themenspezifischen und flexiblen Beteiligung zurückzuführen. Diese Entwicklung beeinflusst nicht nur die Teilnahme an Wahlen, sondern auch die Identifikation mit Parteiideologien. Davon betroffen sind vor allem junge Menschen. Das Fehlen übergeordneter politischer Visionen bei den heutigen jungen Erwachsenen kann auch damit begründet werden, dass viele der grossen politischen Ziele, wie etwa die Gleichberechtigung, zumindest auf gesetzlicher Ebene weitgehend verwirklicht wurden.

Beispiele für den themenspezifischen Charakter politischer Partizipation bei jungen Erwachsenen sind: Flugblätter zu bestimmten Themen verteilen, Unterschriften für ein politisches Anliegen sammeln sowie eine Petition, ein Referendum oder eine Initiative unterschreiben. Viele Befragte zählen auch die Teilnahme an Abstimmungen dazu. So war der themenspezifische Aspekt von Abstimmungen der am häufigsten genannte Grund (28%) im Zusammenhang mit der Frage, warum sie an der letzten Abstimmung vor der Befragung teilgenommen haben. Ein junger Mann erklärt, „die Jungen sind von dieser Abstimmung stark betroffen“. Eine junge Frau drückt es so aus: „Meine Familie ist davon direkt betroffen, es wird auch mich eines Tages betreffen oder Freunde von mir“.

3.2. Kurzfristig

Ähnlich wie die Pflichterfüllung haben auch zeitliche Normen, wie Pünktlichkeit oder langfristiges Engagement, an Bedeutung verloren zugunsten individueller, kurzfristiger und flexibler Zeitpräferenzen (Harris, Wyn und Younes 2010: 13; Scherger 2007: 102). Diese Entwicklung widerspiegelt sich beispielsweise in den Parteimitgliedschaften. Dass ein langfristiges Engagement bei jungen Erwachsenen, zum Beispiel in Form einer Parteimitgliedschaft, nicht sehr beliebt ist, zeigt sich auch in den CH@YOUPART-Daten. Weniger als sieben Prozent waren jemals Mitglied in einer Partei.

Vermutet wird zudem, dass junge Menschen den Wahlen gegenüber kritischer eingestellt sind als andere Altersgruppen und daher eher spontane Formen politischer Beteiligung vorziehen (Hoecker 1995: 56). Junge Menschen engagieren sich eher in vorübergehenden Verbindungen entsprechend ihrer Interessendynamik. Auf eine Frage, was sich ändern müsste, damit sie sich mehr engagiert, äussert sich eine junge Frau so: „Da meine Freizeit sowieso schon knapp ist, würde ich höchstens Flyer verteilen oder so etwas in der Art“. Der kurzfristige Charakter ist eng mit dem beschriebenen projekt- und themenspezifischen Aspekt verknüpft. Bei punktuellen Aktivitäten können sich junge Erwachsene unmittelbar einbringen, ohne langfristige, verpflichtende Bindungen eingehen zu müssen (Hurrelmann, Linssen, Albert und Quellenberg 2004: 44).

Durch die neuen Medien wurde die spontane und kurzfristige Partizipation noch vereinfacht. Junge Erwachsene können sich heute immer und überall politisch engagieren, zum Beispiel indem sie einer politischen Gruppe auf Facebook beitreten, eine Online-Petition unterschreiben oder auf Twitter eine entsprechende Nachricht veröffentlichen. Mit Hilfe digitaler Geräte wie Notebook, Notepad oder Smartphone sind junge Erwachsene auf eine heute (noch) neue Art politisch aktiv und überwinden so das Hindernis, dass sie sich oft nicht zeit- und ortsgebunden engagieren können (Bachmann, Kaufhold, Lewis und Gil de Zúñiga 2010: 35; Steinle und Wippermann 2003: 43).

3.3. Individuell

Eine weitere Eigenschaft der Partizipationsformen junger Erwachsener ist ihr individueller Charakter. Der Wunsch nach individueller, auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmter Mitsprache hängt mit postmateriellen Werten und der Individualisierung zusammen (Dalton 2008: 81). Die Individualisierung führt dazu, dass es zu neuen Formen politischer Partizipation kommt, durch die Bürgerinnen und Bürger einen Zugang zur Politik finden können. Je nachdem kann es sich um einen zusätzlichen oder um den einzigen Zugang handeln, falls sie sich im Rahmen der institutionellen Formen nicht engagieren. Dabei ist diese Entwicklung hin zu individueller Partizipation besonders bei jungen Leuten ersichtlich. In Bezug auf die Politik wirkt sich die Individualisierung auch auf die Werthaltungen aus. Der Anteil junger Erwachsener, die aus reiner Bürgerpflicht politisch aktiv sind, nimmt ab, während die individuellen und massgeschneiderten Formen politischer Mitsprache zunehmen (Dalton 2008: 86). Die Betonung des Individuellen wird mit dieser Äusserung einer jungen Befragten deutlich: „Ich finde, jeder Mensch muss seine Regeln für sich selber definieren“.

Die Art, wie die Individuen in eine kollektive Sphäre einbezogen werden, hat sich verändert (Sörbom 2010: 116). Dabei ist wichtig zu betonen, dass individuelle Aktivitäten nicht weniger kollektiv sind als gemeinsame Versuche, auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen (Sörbom 2010: 121). Individualisierung und Kollektiv widersprechen sich nicht, denn auch individuelle Handlungen können eine kollektive Referenz haben und somit auf der politischen Ebene etwas bewirken. Man kann in diesem Zusammenhang auch von „individualisierten kollektiven Aktivitäten“ (Micheletti 2003: 25) sprechen. So unterscheiden sich ein Boykott und eine Parteimitgliedschaft nicht durch das Ausmass an politischer Beteiligung, sondern lediglich in der Art, wie das Individuum auf das Politische Einfluss nimmt und in welchem Rahmen dies getan wird (Sörbom 2010: 122). Beim Boykott bildet der Laden den organisatorischen Handlungsrahmen, bei einer Partei ist es die Mitgliedschaft. Auch wenn bestimmte Organisationen und Institutionen zu gezielten Boykotts aufrufen, so bleibt der ethische Konsum, der ein kollektives Ziel verfolgt, trotzdem eine individuelle, informelle, sporadische und spontane Form politischer Partizipation (Strømsnes 2005: 173).

3.4. Informell

Die Formen politischer Partizipation junger Schweizerinnen und Schweizer zeichnen sich auch durch ihren informellen Charakter aus. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen, bevorzugen junge Erwachsene flache Organisationsstrukturen, lockere Beziehungsgefüge und informelle Vereinigungen: "Wenn sich Jugendliche politisch engagieren, so wollen sie nicht erst einen Aufnahmeantrag stellen" (Steinle und Wippermann 2003: 42). Auch hier ist die sinkende Zahl der Mitgliedschaften in politischen Vereinigungen ein Indiz für diesen Wandel. Sie widerspiegelt die Verschiebung hin zu informellen Partizipationsformen und informell gestalteten politischen Arenen. Parteien und Gewerkschaften sind hierarchisch strukturiert, mit relativ klar zugeteilten Aufgaben und Rechten. Aufgrund der langen, strukturell verankerten Bindungen, die sie voraussetzen, werden sie daher oft dem Bedürfnis nach informellem Engagement nicht gerecht (Gaiser und de Rijke 2009: 233; Hadjar und Becker 2007: 413; Steinle und Wippermann 2003: 42). Ein junger Mann erklärt, „Der Weg in eine Partei oder eine ‚parteiliche‘ Organisation sollte weniger Hürden haben“.

Informelle Gruppierungen sind wegen ihrer Inhalte, Ziele, Projektorientierung und flexiblen Beteiligungsmöglichkeiten gerade bei jungen Menschen sehr beliebt (Gaiser und de Rijke 2009: 234; Harris, Wyn und Younes 2010: 13). Eine Besonderheit informeller Gruppen ist zudem das Verhältnis unter den Mitgliedern. Die sozialen Beziehungen sind weitgehend dafür verantwortlich, dass es zu einer spontanen, projektorientierten Mobilisierung kommt, bei der es keine klaren und längerfristigen Führungspositionen gibt. Informell strukturierte Organisationen vermögen daher besser auf die Bedürfnisse junger Erwachsener einzugehen, weil sie projektspezifisch ausgerichtet sind und deshalb kurze, spontane Einsätze ermöglichen.

3.5. Technikaffin

Die zunehmende Nutzung des Internets im Alltag hat auch einen Einfluss auf die politischen Partizipationsformen (Gil de Zúñiga, Veenstra, Vraga und Shah 2010: 38). Eine Vielzahl der politischen Tätigkeiten junger Erwachsener hat einen starken Bezug zu den neuen Medien. Diese Altersgruppe nutzt das Internet ganz selbstverständlich für die unterschiedlichsten Lebensbereiche und somit auch für verschiedene Formen der politischen Partizipation.

Durch das Internet kam es zu einer raschen Erweiterung und Zunahme der Beteiligungsmöglichkeiten, insbesondere was die nicht-institutionellen Partizipationsformen betrifft (Dalton 2006: 67; Faulks 1999:156; Hurrelmann, Linssen, Albert und Quellenberg 2004: 51). Das Internet hat eine Reihe neuer Partizipationsformen hervorgerufen und ermöglicht einen zusätzlichen Zugang zum politischen Engagement. Meistens greift die Auflistung der Online-Partizipationsformen jedoch zu kurz. Das Aufschalten von Wahlslogans auf der eigenen Homepage, das Abonnieren eines politischen Newsletters oder das Unterschreiben und Weiterleiten von Online-Petitionen wird oft nicht zu den Online-Partizipationsformen gezählt (Gil de Zúñiga, Veenstra, Vraga und Shah 2010: 38). Ein zentraler Aspekt ist dabei das Verhältnis zwischen politischen Aktivitäten, die ausserhalb, und solchen, die im oder durch das Internet zustande kommen: Online-Partizipation widerspiegelt sich teilweise in der Offline-Partizipation (Calenda und Meijer 2009: 882). Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in den CH@YOUPART-Daten. Bei den verschiedenen Formen politischer Partizipation ist die Korrelation zwischen Online- und Offline-Partizipation relativ stark. Junge Schweizerinnen und Schweizer, die sich online politisch beteiligen, sind demnach auch ausserhalb des Internets politisch aktiv. Umgekehrt beteiligen sich junge Erwachsene, die das Internet für politische Aktivitäten kaum nutzen, auch offline kaum.

Die Online-Partizipation stimuliert die allgemeine politische Partizipation. Online-Aktivitäten können eine Offline-Partizipation bewirken, indem sie zur politischen Partizipation aufrufen. Über eine Online-Petition oder die Gründung einer politischen Gruppe auf Facebook können Denkanstösse vermittelt werden, die teilweise auch von einzelnen politischen Akteuren aufgenommen werden. Die Unterscheidung zwischen Online- und Offline-Partizipation ist aufgrund dieses komplementären Verhältnisses daher wenig sinnvoll.

Ein weiterer Aspekt, der diese Unterscheidung in Frage stellt, ist der ergänzende und praktische Nutzen des Internets. Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat gründen eine Fan-Seite auf Facebook, und selbst Parteiveranstaltungen können im Nachhinein auf YouTube eingesehen werden. Neue politische Aktivitäten kommen also nicht nur im nicht-institutionellen Bereich vor, sondern auch im institutionellen. Und nebst den neuen Partizipationsformen hat das Internet auch dazu geführt, dass Informationen besser zugänglich werden und die Kommunikation vereinfacht wird (Calenda und Meijer 2009: 882). Ein wichtiger Aspekt ist die Interaktivität, also die Möglichkeit von Feedback und Austausch, etwa in Form von Kommentaren in einem Blog. Diese Partizipationsformen sind auf das Hier und Jetzt bezogen und erfordern eine sofortige Rückmeldung. Das Internet wird diesem Anspruch zu einem grossen Teil gerecht, denn es bietet eine neue öffentliche Sphäre, in der Meinungsäusserung und Feedback Hand in Hand gehen.

3.6. Freizeit und Konsum

Eine letzte zu erwähnende Eigenschaft der heute unkonventionellen politischen Partizipationsformen junger Erwachsener ist die Vermischung mit Freizeitaktivitäten und Konsum. Zahlreiche politische Aktivitäten entsprechen gleichzeitig auch Alltagsaktivitäten (Harris, Wyn und Younes 2010: 24). Das politische Engagement junger Erwachsener deckt sich somit häufig mit einem bestimmten Lebensstil oder einem spezifischen Konsumverhalten (Flanagan und Levine 2010: 163). Die Trennung zwischen dem politischen Gehalt einer bestimmten Aktivität und ihrem Spassfaktor ist schwierig und teilweise auch überflüssig. Sven Giegold, Mitbegründer der Anti-Globalisierungsorganisation Attac, spricht es so aus: „Ich empfinde diesen Gegensatz zwischen Spass- und Protestgesellschaft überhaupt nicht. Meine politische Arbeit macht mir Spass, und es ist für Tausende von Jüngeren cool, in einer solchen internationalen Bewegung dabei zu sein“ (Von Steingarth und Schumann 2011).

Ein Beispiel für eine Partizipationsform, die diese Vermischung aus politischem Engagement und Freizeit aufzeigt, ist der ethische Konsum, der zu den häufigsten politischen Alltagshandlungen junger Menschen gehört (Neilson und Paxton 2010: 19; Ogris und Westphal 2006: 10; Stolle, Hooghe und Michele 2005: 5). Der politische Konsum nutzt den Markt, um politischen Einfluss zu nehmen, und beinhaltet das bewusste Konsumieren bestimmter Produkte und den aktiven Verzicht auf andere Güter und Dienstleistungen. Durch ihr Kaufverhalten wollen die Konsumentinnen und Konsumenten einerseits staatliche Aktionen sanktionieren und andererseits bestimmte Produktionsmethoden unterstützen oder bekämpfen. Der Boykott kann als Konsumwahl zugunsten ausgewählter Produzenten und Produkte aufgrund politischer und/oder ethischer Berücksichtigungen definiert werden (Stolle, Hooghe und Michele 2005: 246). Durch den Boykott wollen die Konsumenten bestimmte politische, institutionelle oder wirtschaftliche Praktiken ändern. Sie nutzen ihre Kaufkraft als Stimme, um auf dem Markt gewisse Produktions- und Gesellschaftsformen zu fördern (Neilson und Paxton 2010: 7). Dabei wird Konsumverhalten nicht nur durch den Willen beeinflusst, ein politisches Statement zu machen, sondern auch durch egoistische Motive. Sich gesund zu ernähren und sich mit ethisch korrekten Produkten auszuweisen, kann als politisches Statement betrachtet werden, gehört aber auch zu einem bestimmten Lebensstil. Diese Denkweise wird von einem Befragten der CH@YOUPART-Studie folgendermassen verdeutlicht: „Politik ist unwichtig. Wir müssen etwas an den Wertvorstellungen der Menschen ändern. Du brauchst kein Auto und auch kein teures Haus, um glücklich zu sein“ (CH@YOUPART).

Oft haben Aktivitäten zunächst keinen politischen Charakter, werden aber mit der Zeit als politisches Instrument benutzt. So liegt der Ursprung des Phänomens „Planking“¹ vermutlich nicht im politischen Ausdruck, wurde beispielsweise in Taiwan jedoch schon bald benutzt, um auf den Tierschutz aufmerksam zu machen. Ähnlich verlief die Entwicklung der Smartmobs, die zwar ähnliche Merkmale aufweisen wie die Flashmobs, bei denen jedoch nicht der Spassfaktor an erster Stelle steht, sondern vorwiegend soziale und politische Ziele wichtig sind.

¹ Beim Planking legen sich Menschen flach auf den Boden oder auf Gegenstände, die Arme eng an den Körper gelegt, und lassen sich fotografieren.

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) rief beispielsweise im Januar 2011 zu einer solchen Kundgebung auf, um auf die Waffengewalt aufmerksam zu machen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer simulierten eine Schiessbewegung und blieben danach für kurze Zeit am Boden liegen. Die Vermischung von Spass und Politik wird auch an der Streetparade deutlich, die alljährlich in den Strassen Zürichs stattfindet. Diese kann auch als Ausdruck eines bestimmten Lebensstils und als politisches Statement in Form einer Demoparade für mehr Toleranz, Respekt und Frieden interpretiert werden.

4. Politische Partizipation junger Erwachsener

Die Lebensläufe junger Erwachsener sind aufgrund der Individualisierung vielfältiger geworden. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der politischen Partizipation wider und manifestiert sich in unterschiedlichen Partizipationsmustern. Die Identifizierung und Beschreibung dieser Partizipationsmuster ermöglichen einen differenzierten Einblick in die verschiedenen Zugänge von jungen Erwachsenen zur Politik und zu politischem Engagement. Sie bilden damit die Grundlage, um die Art und Weise, wie sich junge Erwachsene politisch einbringen, verstehen zu können. Die Erklärung der unterschiedlichen Partizipationsverhalten setzt auf verschiedenen Ebenen an und kann sich aus einer Reihe von Faktoren ergeben, die sowohl einen direkten als auch einen indirekten Einfluss haben können. Ein zentraler Erklärungsfaktor ist dabei das politische Interesse.

4.1. Sechs Partizipationstypen

Aufgrund der Clusteranalyse konnten für die jungen Erwachsenen in der Schweiz sechs verschiedene Partizipationstypen bestimmt werden. Die einzelnen Typen sind hier „Passive“, „Minimalisten“, „themenspezifisch Engagierte“, „konventionell Engagierte“, „Demonstranten“ sowie „Aktivisten“ genannt. Generell sind die drei letzteren Partizipationstypen politisch aktiver und interessierter als die drei ersteren. Neben dem politischen Interesse gibt es eine Reihe weiterer Faktoren, die zur Erklärung der politischen Partizipation beitragen und auf Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen hinweisen. Dazu gehören Variablen zu politischen Einstellungen, wie die Einschätzungen zur Effizienz bestimmter politischer Partizipationsformen, das generelle politische Wissen sowie die Nähe zu einer politischen Partei. Hinzu kommen Informationen zu aktiven Mitgliedschaften in Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen. Der Urbanitätsgrad des Wohnorts, der Wochenaufenthalter-Status sowie die Sprachregion bilden die kontextuellen Merkmale dieser Analyse. Schliesslich liefern zwei soziodemographische Variablen, das Alter und das Bildungsniveau, weitere Erklärungen für die Existenz der unterschiedlichen Partizipationsmuster.

Die Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression. Sie beinhaltet alle individuellen und kontextuellen Faktoren, die für die Erklärung der sechs politischen Partizipationstypen von statistischer Bedeutung sind. Bei jedem Typus werden jeweils einige der Erklärungsfaktoren erläutert. Dabei erfolgt die Beschreibung und Analyse der einzelnen Gruppen im Vergleich zu den Passiven. Diese Gruppe gilt hier als Referenzgruppe und ist deshalb in der Tabelle nicht aufgeführt. Erwähnenswert ist, dass das in dieser Analyse verwendete Modell nur jene Variablen enthält, die einen statistisch signifikanten Erklärungswert für die Partizipationstypen haben. So werden der Migrationshintergrund, der Medienkonsum zu politischen Themen, die Erwerbstätigkeit, die empfundene politische Einflussnahme oder das politische Engagement des sozialen Umfelds, die keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Gruppenzusammensetzung haben, hier nicht berücksichtigt.

Tabelle 3: Erklärungsfaktoren der Partizipationstypen

Referenzgruppe: Passiven	Minimalisten	Themenspezifisch Engagierte	Konventionell Engagierte	Demonstranten	Aktivisten
Politisches Interesse			1,8	2,4	12,0
Aktive Mitgliedschaft in Nichtregierungsorganisationen		0,7	0,6		1,9
Nähe zu einer politischen Partei			2,1	2,6	9,6
Persönlicher Kontakt zu Politikerinnen und Politikern			2,2	1,9	8,6
Diskussionen im sozialen Umfeld über politische Themen		2,0	2,9	2,7	5,0
Vertrauen in institutionelle Formen politischer Partizipation	2,7	2,0	3,0	2,3	4,9
Vertrauen in nicht-institutionelle Formen politischer Partizipation		2,1	1,7	4,4	5,2
Vertrauen in das politische System	0,7			0,6	0,4
Politisches Wissen und politische Bildung	1,6		1,4	1,8	1,9
Romandie	0,4	4,3	0,4	2,0	
Tessin		3,7	0,4		
Wohngemeinde gleich wie Abstammungsgemeinde	0,2	0,3	0,2	0,1	
Ländliche Wohngemeinde				0,4	
Alter	1,3	1,3	1,5	1,6	1,7
Hohes Bildungsniveau	2,7	3,4	4,3	4,6	9,3

Es handelt sich hier um die Ergebnisse einer multinomialen logistischen Regression. Die Zahlen sind statistisch signifikante, aufgerundete Quotenverhältnisse, sog. odds ratios, zwischen der jeweiligen Gruppe und den politisch Passiven. Grösser als 1 bedeutet, dass die Quote der aufgeführten Gruppe grösser ist als diejenige der Passiven. Kleiner als 1 bedeutet das Gegenteil. Beispiel: Das Quotenverhältnis beim Bildungsniveau ist für die themenspezifisch Engagierten 3.4. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit von höher ausgebildeten Personen 3.4 mal grösser ist, zu den themenspezifisch Engagierten zu gehören als zu den Passiven.

Für das Geschlecht wurden im Gesamtmodell keine statistisch signifikanten Resultate gefunden. Das bedeutet, dass es bei den jungen Schweizerinnen und Schweizern, die im Rahmen von CH@YOUPART befragt wurden, keine Unterschiede bezüglich der verschiedenen politischen Partizipationsmuster gibt, die auf das Geschlecht zurückgeführt werden könnten. Dieses Ergebnis mag überraschen, denn das Geschlecht ist ein im Zusammenhang mit politischer Partizipation in der Forschung häufig genannter soziodemographischer Faktor.²

² In zahlreichen Studien wurde gezeigt, dass es zwischen Frauen und Männern Unterschiede im politischen Interesse und Engagement gibt (Bachmann, Kaufhold, Lewis und Gil de Zúñiga 2010: 35; Dalton 2006: 51; Inglehart und Norris 2000: 446; Kriesi 2005: 122; Schlozman, Burns und Verba 1994: 983; Verba, Nie und Kim 1987: 234). Dabei gelten Männer als politisch aktiver als Frauen, insbesondere was die institutionellen Partizipationsformen betrifft. Diese Unterschiede werden oft durch historische Gegebenheiten und die unterschiedliche Sozialisation von Mädchen und Jungen erklärt. Aufgrund der

4.1.1. Typ 1 – die Passiven

Wie der Name verrät, ist die Gruppe der Passiven diejenige, deren politische Partizipation am tiefsten ist. Dies trifft sowohl auf institutionelle als auch auf nicht-institutionelle Formen politischer Beteiligung zu. Nur 8 Prozent haben jemals an einer Wahl und lediglich 16 Prozent haben jemals an einer Abstimmung teilgenommen. Neun von zehn haben noch nie an einer Gemeindeversammlung teilgenommen, und 77 Prozent gaben an, noch nie eine Petition unterschrieben zu haben. Die meisten dieser Gruppe (93%) haben noch nie ein Produkt oder eine Dienstleistung boykottiert oder aus bestimmten Gründen gekauft. Nur gerade 5 Prozent der Passiven haben je einen Anstecker oder ein Kleidungsstück mit einer politischen Botschaft getragen. Über drei Viertel gaben an, nicht an Politik interessiert zu sein (79%). Verglichen mit den anderen befragten Personen haben die Passiven wenig direkten Kontakt zur Politik; lediglich 31 Prozent gaben an, in ihrem persönlichen Umfeld eine Politikerin oder einen Politiker zu kennen.

Ein erstes wichtiges Merkmal, das die politisch Passiven von allen anderen Gruppen unterscheidet, ist das Bildungsniveau. Verglichen mit den anderen Gruppen ist das Bildungsniveau der politisch Passiven tiefer. 82 Prozent der Befragten aus dieser Gruppe haben angegeben, mindestens über einen Lehrabschluss zu verfügen, jedoch keinen weiterführenden Schulabschluss, wie die Berufsmaturität, anzustreben. Das Bildungsniveau ist ein in der politikwissenschaftlichen Forschung häufig genannter Einflussfaktor der politischen Partizipation respektive Abstinenz. Laut verschiedenen Studien sind gut ausgebildete Personen jeden Alters politisch interessierter und auch aktiver als andere (Arzheimer 2006: 331; Baglioni 2007: 99; Bowler und Donovan 2002: 385; Dalton 2006: 50; Dalton 2008: 86; Gaiser und de Rijke 2008: 547; Henn, Weinstein und Hodgkinson 2007: 469; Kriesi 2005: 118; La Due Lake und Huckfeldt 1998: 567; Li und Marsh 2008: 261; Quintelier 2010: 138; Rubenson et al. 2004: 410; Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung 2010: 292; Westle 2001: 154; Zittel 2007: 10). Es gibt unterschiedliche Erklärungen für diesen positiven Zusammenhang. Generell führt ein höheres Bildungsniveau zu bestimmten kognitiven, verbalen und sozialen Kompetenzen und Ressourcen, die direkt und indirekt die politische Partizipation stimulieren (La Due Lake und Huckfeldt 1998: 568; Quintelier 2010: 139).

Es ist also nicht der soziale Status per se, der die grössere Bereitschaft, sich im politischen System zu beteiligen, erklärt, sondern es sind die mit einem höheren Bildungsniveau verbundenen Kompetenzen und Informationen, die einen direkten Einfluss auf die politische Partizipation haben (Dalton 2006: 50). *Erstens* wird die politische Beteiligung durch die direkte Vermittlung von politischem Wissen, das heisst durch formale politische Bildung, erhöht (Quintelier 2010: 138). Dieses Wissen wird meist während der Schul- und Ausbildungszeit erworben. Zur politischen Bildung können beispielsweise Kenntnisse über politische Abläufe gezählt werden. Solches Wissen führt nicht nur zu einer grösseren politischen Beteiligung, sondern ebenfalls zu einer breiteren Unterstützung von demokratischen Werten (Galston 2004: 264). Der indirekte Einfluss des Bildungsniveaus auf die politische Beteiligung manifestiert sich *zweitens* dadurch, dass besser ausgebildete Personen gewisse politische Haltungen und Verhaltensweisen zeigen, die einen positiven Einfluss auf die politische Beteiligung haben. Zu diesen Aspekten gehören zum Beispiel ein stärkeres Bewusstsein politischer Aufgaben und Effizienz oder ein grösseres Interesse an Nachrichten. Neben dem effektiven Bildungsniveau spielt auch das angestrebte Bildungsniveau

späten Einführung des Frauenstimmrechts weisen ältere Frauen in der Schweiz im Allgemeinen eine geringere politische Partizipation auf als gleichaltrige Männer. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass ihre politische Erziehung bereits zu einem grossen Teil abgeschlossen war, als das Frauenstimmrecht eingeführt wurde (Kriesi 2005: 122; Sciarini, Ballmer-Cao und Lachat 2001: 83). Hinzu kommen traditionelle Rollenverteilungen, wonach sich Frauen über lange Zeit überwiegend um die Familie gekümmert haben und dem öffentlichen politischen Leben fern geblieben sind (Hoecker 1995: 16; Inglehart und Norris 2000: 446). Obwohl die heutigen jungen Frauen diese Entwicklungen zu einem grossen Teil nicht direkt miterlebt haben, wird oft argumentiert, dass sie in Bezug auf ihr politisches Engagement durch bestimmte Geschlechterrollen geprägt seien (Westle 2001: 131), die von Generation zu Generation weitergegeben würden. Die politische Kultur behielte so ihre geschlechtsspezifischen Züge bei (Hoecker 1995: 32). Diese sind aber vor allem im konventionellen Bereich politischer Partizipation gut dokumentiert. Berücksichtigt man jedoch auch neue Partizipationsformen, so hat sich gezeigt, dass diese Unterschiede wesentlich geringer ausgeprägt sind und tendenziell abnehmen (Hoecker 1995: 25).

eine wichtige Rolle. Je höher das angestrebte Bildungsniveau ist, desto grösser ist die politische Partizipation (Quintelier 2010: 145). Dieser Aspekt ist für die im Rahmen dieser Studie untersuchte Altersgruppe besonders interessant. Denn 746 von insgesamt 1360 jungen Erwachsenen haben angegeben, dass sie sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in der Ausbildung befinden. Gut ausgebildete Leute verfügen *drittens* über grössere politische Netzwerke, was sich ebenfalls positiv auf die politische Partizipation auswirkt (Quintelier 2010: 139). Geht man also davon aus, dass die politische Partizipation mit dem Bildungsniveau steigt, und besser ausgebildete Menschen oft mit ähnlich gut ausgebildeten Menschen Kontakt haben, so führt dies zu einer zusätzlichen Sensibilisierung gegenüber politischen Themen. Nimmt man zudem an, dass persönliche Kontakte zu politisch engagierten Menschen das eigene politische Verhalten stimulieren, so kommt es zu einer weiteren Erhöhung der politischen Aktivitäten.

Das Alter ist, neben dem Bildungsniveau, einer der wichtigsten Einflussfaktoren politischer Beteiligung und wird entsprechend häufig in Erklärungsmodelle einbezogen. Je nachdem, wo man sich im Lebenslauf befindet, sind das Interesse an Politik und die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, grösser oder geringer. Der Unterschied hinsichtlich des Alters ist bei konventionellen Partizipationsformen am grössten. Bei diesen Partizipationsformen sind die Jungen deutlich weniger aktiv (Dalton 2006: 58; Harris, Wyn und Younes 2010: 10). Auch in unserer Studie sind die politisch Passiven im Vergleich zu den anderen Gruppen etwas jünger.



Typ 1 – die Passiven

Vera, 23, Fachangestellte Gesundheit

"Fast alles, was ich über Politik weiss, habe ich während meiner Lehrzeit in der Berufsschule gelernt. Aber das war alles so kompliziert, und vieles habe ich wieder vergessen. Ob es in meinem Umfeld Leute gibt, die sich für Politik interessieren, weiss ich eigentlich gar nicht. Denn mit meinen Freunden, bei der Arbeit und auch mit meiner Familie spreche ich nie über politische Themen. Aber trotzdem finde ich Politik wichtig, denn ohne Politik würde jeder machen, was er will. Ich schätze es, dass die Schweiz ein sicheres Land ist. Politik bedeutet für mich, Entscheidungen zu treffen, was geschehen soll. Es beruhigt mich zu wissen, dass es Leute gibt, die diese Entscheidungen für mich treffen und dass sie einigermassen gute Entscheidungen treffen. Und ich gehe schon davon aus, dass die Politiker ihre Sache gut machen, sonst würden sie ja nicht mehr gewählt. Ich selber habe bis jetzt nur einmal gewählt und eigentlich habe ich es meinem Freund zuliebe getan, weil er es gut fände, wenn ich mich politisch ein bisschen mehr interessieren würde. Aber ich habe mir dann schon selber überlegt, wen ich wähle und habe auch die beigelegte Broschüre gelesen, um herauszufinden, welche Partei am besten zu mir passt. Wahlen finde ich eher wichtiger als Abstimmungen, weil da die Leute gewählt werden, die nachher die wichtigen Entscheidungen treffen. Als ich 18 Jahre alt wurde, habe ich mich gefreut, dass ich abstimmen und wählen darf und habe dann ein oder zweimal abgestimmt. Aber seither nur noch einmal und ich kann mich gar nicht mehr erinnern, um was es bei dieser Abstimmung ging. Meistens werfe ich die Abstimmungsunterlagen weg, ohne das Couvert zu öffnen. Irgendwie mag ich mir die Zeit nicht nehmen, um alles durchzulesen. Die Informationen sind schwierig zu verstehen, und ich kann gar nicht abschätzen, welche Konsequenzen ein JA oder NEIN wirklich hat. Ich fände es gut, wenn die Abstimmungsunterlagen etwas interessanter und einfacher gestaltet wären, damit man weniger Zeit braucht, um sich zu informieren. Eigentlich finde ich Abstimmungen schon wichtig, weil schliesslich zählt, was das Volk will. Aber es sollten nur Leute abstimmen, die sich mit einem Thema beschäftigt haben. Für mich ist das schwierig und es ist mir auch nicht so wichtig. Neben meiner Arbeit im Spital habe ich eine Ausbildung als Make-up Artist gemacht und möchte mir damit ein zweites berufliches Standbein aufbauen. Ich schminke für Fotoshootings, Modeschauen oder auch Hochzeiten. Das ist ziemlich zeitaufwändig, weil man sich auch immer über die neuen Trends und Produkte auf dem Laufenden halten muss. Ausserdem habe ich bei uns im Spital angefragt, ob ich Schminkkurse für Krebspatientinnen anbieten könnte. Diese Kurse werden von den Patientinnen sehr geschätzt und ich mache es gerne, auch wenn ich kein Geld dafür bekomme. So ist meine Freizeit ziemlich ausgefüllt, und wenn mir noch etwas Zeit bleibt, gehe ich lieber mit Kolleginnen etwas trinken, als mich mit Politik zu beschäftigen."

4.1.2. Typ 2 – die Minimalisten

Die zweite Gruppe nennen wir aufgrund ihres Partizipationsverhaltens Minimalisten. Sie engagieren sich im Vergleich zu den Aktivisten, konventionell Engagierten oder den Demonstranten deutlich weniger und nutzen überwiegend die politischen Instrumente, die von der Öffentlichkeit als Erfüllung der Bürgerpflicht wahrgenommen werden (Kriesi 2005: 122). Zu diesen Instrumenten gehören institutionelle politische Aktivitäten, die das Funktionieren der direkten Demokratie unterstützen. Konkret bedeutet das die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sowie das Unterschreiben von Referenden und Initiativen. Dementsprechend ist der Glaube an die Effizienz institutioneller Partizipationsformen ein Charakteristikum, das die Minimalisten von den politisch Passiven unterscheidet. Die Wahl- (98%) und Abstimmungsbeteiligung (100%) ist bei den Minimalisten sehr hoch. Über drei Viertel (80%) der Minimalisten haben schon ein Referendum unterschrieben. Nebst diesen Aktivitäten nutzt diese Gruppe jedoch keine anderen institutionellen oder nicht-institutionellen Formen politischer Partizipation regelmässig. 95 Prozent haben noch nie Propagandamaterial für eine politische Kampagne verteilt, und 99 Prozent waren bisher nie Mitglied einer Partei. Die Minimalisten interessieren sich auch nicht für den politischen Konsum. 87 Prozent der Minimalisten haben noch nie aus ethischen, politischen oder sozialen Gründen ein Produkt oder eine Dienstleistung boykottiert oder gekauft. Fast niemand dieser Gruppe hat je an einem Smartmob teilgenommen (1%) oder eine E-Mail mit politischem Inhalt verfasst oder weitergeleitet (8%).

In zahlreichen Untersuchungen wird nachgewiesen, dass die Wahlnorm eine wichtige Rolle bei der Erklärung der Wahlbeteiligung spielt (Arzheimer 2006: 322; Dalton 2008: 86; Freitag und Stadelmann-Steffen 2010: 477; Galston 2004: 263). Personen, die die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen als Bürgerpflicht betrachten, sind politisch aktiver. Die Wahlnorm kann als gemeinsame Vorstellung der politischen Rolle von Bürgerinnen und Bürgern definiert werden (Dalton 2008: 78). Sie setzt sich aus einem Set von Haltungen und Orientierungen zusammen, die dem Einzelnen vorschreiben, was von ihm erwartet wird. Es handelt sich also um ein politisches Pflichtgefühl und eine moralische Verantwortung, indem jeder Einzelne dazu beiträgt, die politischen und öffentlichen Prozesse und Systeme zu unterstützen (Galston 2004: 263). Dalton argumentiert, dass dieses Pflichtgefühl während der letzten Jahrzehnte geschwächt worden sei (Dalton 2008: 81). Diese Entwicklung hat zwar einen Einfluss auf das Partizipationsverhalten aller Bürgerinnen und Bürger, besonderes jedoch bei der jungen Generation, da sich der gesellschaftliche Wandel bei dieser Altersgruppe am deutlichsten zeigt. Dies äussert sich beispielsweise darin, dass junge Leute in der Regel weniger oft wählen gehen als ältere (Arzheimer 2006: 317). Trotzdem betrachten zahlreiche junge Erwachsene die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen als eine Art Bürgerpflicht und als wichtigen Faktor, um politische Entscheide zu beeinflussen (Chareka und Sears 2006: 526). Man kann also davon ausgehen, dass diese Haltung nicht nur von den konventionell Engagierten oder den Aktivisten, sondern auch von den Minimalisten geteilt wird.

Im Vergleich zu den politisch Passiven haben die Minimalisten das Gefühl, gut über politische Themen informiert zu sein. Das politische Wissen erhöht bei den Befragten die Wahrscheinlichkeit um den Faktor 1.6, zu den Minimalisten zu gehören anstatt zu den Passiven. Dass die politische Bildung respektive das Wissen die politische Partizipation erhöht, ist bekannt (Barber 1984: 117; Galston 2004: 264). Politisches Wissen wird in der Familie, aber auch in der Schule vermittelt. Die Schule beeinflusst die politische Partizipation junger Menschen nicht nur direkt durch ihre Wissensvermittlung, sondern auch indirekt durch das Schulklima, die Lehrer und die Mitschüler (Quintelier 2010: 138). Neben der formalen Wissensvermittlung können die Schüler durch eine partizipative Schulkultur motiviert werden, sich zu engagieren, zum Beispiel in einem Schülerrat. Ihr politisches Engagement kann aber auch dadurch gefördert werden, dass zum Beispiel Politikerinnen und Politiker eingeladen werden (Chareka und Sears 2006: 536; Quintelier 2010: 140). Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal im Vergleich zu den politisch Passiven ist, dass viele der Minimalisten Wochenaufenthalter sind, das heisst nicht dort leben, wo sie ihren festen Wohnsitz und folglich das Stimmrecht haben. Man kann davon ausgehen, dass die Minimalisten wegen der Ausbildung umziehen, den offiziellen Wohnort jedoch nicht ändern. In Bezug auf die Sprachregion zeigt sich, dass die Herkunft aus der französischen Schweiz die Wahrscheinlichkeit senkt, zu den Minimalisten zu gehören. So stammen über 80 Prozent dieser Gruppe aus der Deutschschweiz, während es bei den Passiven lediglich 63 Prozent sind. Das geringe Vertrauen gegenüber dem Bundesrat, dem Parlament, den politischen Parteien und den Politikerinnen und Politikern erhöht ebenfalls die Wahrscheinlichkeit, zu den Minimalisten zu gehören.

Typ 2 – die Minimalisten

Thierry, 25, Angestellter Sicherheitsfirma

"Ich gehe wählen und abstimmen, das genügt mir. Klar gibt es immer etwas, das man verbessern könnte, aber eigentlich bin ich zufrieden. Es gibt in der Schweiz keine grossen Probleme, so dass ich für meine eigene und die Zukunft meiner Kinder auf die Strasse gehen müsste. Da mache ich in meiner Freizeit lieber etwas, das mir Freude macht. Ich spiele Fussball, treffe mich mit Kollegen oder verbringe Zeit mit meiner Freundin. Aber bei Abstimmungen weiss ich immer ungefähr, um was es geht. Ich finde, ich bin politisch genügend informiert. Ich lese Zeitung, und wenn mich ein politisches Thema interessiert, lese ich auch einmal einen ganzen Artikel, um mich zu informieren. Aber es ist jetzt nicht so, dass ich speziell zum politischen Teil blättere, da interessiert mich anderes dann doch mehr. Auch bei der Arbeit oder am Stammtisch ist Politik natürlich oft ein Thema. Zuhause und mit meiner Freundin unterhalte ich mich aber eher über andere Themen. Manchmal überrede ich sie, abstimmen zu gehen, aber dass ich jemanden von meiner Meinung zu überzeugen versuche, das mache ich nicht. Ich selber gehe nur abstimmen und wählen, wenn ich mir Zeit genommen habe, mich zu informieren. Dabei interessieren mich gewisse Themen schon mehr als andere. Eigentlich interessieren mich vor allem Fragen, die mich direkt betreffen. So ärgere ich mich manchmal über die ständig steigenden Krankenkassenprämien, und es beunruhigt mich, wenn ich sehe, dass das Kernkraftwerk Mühleberg nicht sicher ist. Zudem komme ich aus der Landwirtschaft und Sorge mich entsprechend, wenn das Überleben der Betriebe durch Marktliberalisierungen gefährdet ist. Wenn solche Vorlagen zur Abstimmung stehen, finde ich es schon wichtig, mich zu beteiligen. Hingegen die Altersvorsorge beschäftigt mich im Moment noch nicht, das kommt dann später. Bei den Wahlen ist es manchmal schwierig, Kandidaten zu finden, die meine Interessen vertreten. Fast alle folgen einer bestimmten Parteilinie, und da ich Ideen von verschiedenen Parteien gut finde, gibt es gar keine Kandidaten, die mit meiner Meinung in allen Punkten übereinstimmen. Grundsätzlich gehe ich wählen und abstimmen, weil ich etwas bewirken, etwas ändern will. Es ist meine Stimme als Bürger. Es ist nur eine Stimme von vielen, aber alle zusammen führen zu einer Veränderung. Ich finde es wichtig, dass man abstimmen geht. Das Beste wäre natürlich, wenn alle abstimmen gehen würden, dann würde der Entscheid auch die Meinung des ganzen Schweizer Volkes abbilden. Aber es haben eben nicht alle Zeit und Interesse, sich zu beteiligen. Ich fühle mich nicht verpflichtet, abstimmen zu gehen, ich betrachte es vielmehr als mein Recht, das ich wahrnehmen kann, wenn ich möchte. Einmal habe ich auch ein Referendum unterschrieben, als es um das Rauchverbot ging. Ich weiss nicht, ob es überhaupt zur Abstimmung gekommen ist. Aber ich finde es schon sehr gut, dass es Referenden und Initiativen gibt. Eigentlich finde ich das politische System der Schweiz das beste, das es gibt."

4.1.3. Typ 3 – die themenspezifisch Engagierten

Die dritte Gruppe setzt sich hauptsächlich aus jungen Erwachsenen zusammen, die sich sehr themenspezifisch engagieren. Um ihre Meinung kundzutun und auf politische Entscheide Einfluss zu nehmen, verwenden sie sowohl konventionelle als auch neue Formen politischer Partizipation.

Da Wahlen nicht themenspezifisch sind, ist diese politische Aktivität bei dieser Gruppe entsprechend tief. Über drei Viertel (78%) gaben an, noch nie an einer Wahl teilgenommen zu haben. Im Gegensatz dazu haben über 87 Prozent bereits an einer Abstimmung teilgenommen. Über ein Drittel (40%) hat mindestens einmal an einer bewilligten, legalen Demonstration teilgenommen. 63 Prozent haben Produkte oder Dienstleistungen aus ethischen, politischen und sozialen Gründen boykottiert beziehungsweise konsumiert, und fast jede zehnte Person (9%) hat einen Anstecker oder ein Kleidungsstück mit einem politischen Statement getragen. Über ein Viertel (29%) der themenspezifisch Engagierten sind in mindestens einer politischen Gruppe auf Facebook Mitglied. Aufgrund des breiten Spektrums politischer Partizipationsformen erstaunt es deshalb nicht, dass diese Gruppe im Vergleich zu den politisch Passiven an die Effizienz sowohl institutioneller als auch nicht-institutioneller Formen politischer Beteiligung glaubt.

Im Vergleich zu den Passiven sind auch die themenspezifisch Engagierten häufig Wochenaufenthalter. Dieser Niederlassungsstatus erhöht im Vergleich zu den Passiven die Wahrscheinlichkeit, zu dieser Gruppe zu gehören. Dies kann daran liegen, dass die themenspezifisch Engagierten oft in urbanen Regionen leben, wo bestimmte themenspezifische Partizipationsformen einfacher zugänglich sind. So ist in Städten oder grösseren Gemeinden mit einer breiteren Auswahl an Produkten und Dienstleistungen zu rechnen, die einen Boykott erleichtern. Das fehlende Engagement in Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen ist vermutlich ebenfalls mit dem Wochenaufenthalter Status verbunden. Im Vergleich zu den Passiven gehören themenspezifisch engagierte Personen seltener einer Vereinigung an, die ein politisches Ziel verfolgt. Da sich Wochenaufenthalter oft nur für eine beschränkte Dauer an ihrem vorübergehenden Wohnort aufhalten, ist davon auszugehen, dass sie sich deshalb nicht langfristig in Organisationen und Vereinigungen engagieren. Stattdessen werden kurzfristige und spontane Partizipationsformen bevorzugt, die keine zeitliche Bindung aufweisen.

Auffallend ist zudem der Einfluss der Sprachregionen. Fast 55 Prozent dieser Gruppe stammen aus der Romanandie, während es bei den Passiven lediglich 28 Prozent sind. Doch auch das Tessin ist in dieser Gruppe im Vergleich zu den Passiven übervertreten: Fast 18 Prozent der themenspezifisch Engagierten kommen aus dem Tessin. Bei den Passiven ist dieser Anteil nur halb so gross. Die themenspezifische Beteiligung scheint folglich in der Deutschschweiz weniger verbreitet zu sein als in der lateinischen Schweiz. Bisher gibt es nur wenig Forschungsergebnisse, die dazu beitragen, dieses Phänomen zu verstehen. Eine Untersuchung von Baglioni aus dem Jahr 2007 zu zwei Schweizer Kantonen (Bern und Waadt) zeigt, dass es durchaus kantonale Unterschiede in Bezug auf die politische Partizipation gibt (Baglioni 2007). Laut Baglioni scheinen die Bernerinnen und Berner im Vergleich zu den Waadtländerinnen und Waadtländern die direktdemokratischen Instrumente besser zu kennen und zu nutzen. Dabei handelt es sich jedoch um institutionelle direktdemokratische Instrumente, wie die Gemeindeversammlung. So könnte es sein, dass sich die Waadtländer deshalb anders engagieren, beispielsweise themenspezifisch mittels nicht-institutioneller, neuer Formen, weil der Kanton Waadt weniger solche direktdemokratischen Möglichkeiten bietet. Diese von Baglioni aufgedeckten kantonalen Unterschiede lassen sich jedoch nicht ohne weiteres auf die gesamte Sprachregion übertragen.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal sind die Diskussionen über politische Themen mit Freunden und Verwandten. Die themenspezifisch Engagierten scheinen sich in einem politisch interessierten Umfeld zu bewegen. Allgemein betrachtet, hat ein politisch aktives Beziehungsnetz einen positiven Einfluss auf die eigene politische Beteiligung (Gaiser und de Rijke 2006: 263; Gil de Zúñiga, Veenstra, Vraga und Shah 2010: 37; Lim 2008: 975). Dies kann damit erklärt werden, dass informelle soziale Interaktionen zu politischen Themen die eigene politische Beteiligung anspornen (McClurg 2003: 450; Pattie und Johnston 2009: 283). Durch informelle soziale Interaktionen können Informationen zu politischen Themen ausgetauscht, reflektiert und bewertet werden. Diese Diskussionen umfassen sowohl Bestätigungen als auch Meinungsunterschiede und die damit verbundenen Meinungsänderungen respektive Versuche, das Gegenüber zu überzeugen.



Typ 3 – die themenspezifisch Engagierten

Reto, 21, Student

"Politik interessiert mich, gut informiert bin ich allerdings nur in einigen wenigen Teilbereichen. Aber wenn ich sehe, dass ich etwas erreichen kann, dann bin ich auch bereit, mich zu engagieren. Während der Berufsmatura habe ich mich für Veränderungen im Schulsystem eingesetzt und mich zusammen mit einigen Mitschülern, der Schulleitung und einem Vertreter der Bildungsdirektion an einen Tisch gesetzt. Aber da sind wir ziemlich rasch an Grenzen gestossen. Der Versuch war es wert, aber wenn es nichts bringt, habe ich weder Zeit noch Lust, mich zu engagieren. Ein politisches Thema, das mich im Moment sehr interessiert, ist die Energiefrage, natürlich auch weil ich Elektrotechnik studiere. Es ist ein sehr technisches Gebiet, deshalb finde ich es wichtig, dass gerade in diesem Bereich Fachleute angehört werden. Meiner Meinung nach muss die Bevölkerung nicht immer überall mitentscheiden können, denn viele Menschen haben gar keine Zeit, sich zu informieren, und wenn ich über etwas nicht informiert bin, dann stimme ich auch nicht ab. Initiativen wie die Minarettinitiative oder die Waffeninitiative finde ich komplett überflüssig, da werden nur Leute aufgehetzt und das Geld, das für Propaganda ausgegeben wird, könnte man sinnvoller einsetzen. Oft wenn ich mit Leuten über Energiepolitik spreche, die eigentlich eine klare Meinung haben, merke ich, dass sie die Konsequenzen ihrer Entscheidung gar nicht kennen und diese eigentlich auch nicht tragen wollen. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass man die Menschen so leben lassen sollte, wie sie wollen. Ich für mich versuche so zu leben, dass ich es ethisch vertreten kann. Ich fliege nicht oft und versuche, von gewissen Produkten möglichst ein Minimum zu konsumieren. So habe ich zum Beispiel immer noch ein altes Handy, obwohl mich rein technisch ein Smartphone natürlich schon reizen würde. Andererseits fahre ich Auto. Es muss jeder selber wissen, was ihm wichtig ist. Einschränkungen bringen nicht viel, aber man muss den Leuten die Folgen ihres Handelns klar aufzeigen. Das versuche ich auch bei den Jugendlichen meiner Gruppe im Jugendverein. Wenn sie mit irgendwelchen politischen Meinungen kommen, versuche ich ihnen die Fakten zu erklären. Und wenn ich diese sechs Personen dazu bringe, ihre Meinung zu überdenken und sie vielleicht auch wieder mit anderen über diese Themen sprechen, dann kann das etwas bewirken. Im Allgemeinen habe ich das Gefühl, dass man durch Gespräche am meisten erreichen kann, mehr als mit einer Demonstration, die dann vielleicht falsch verstanden wird. Ich diskutiere mit allen möglichen Leuten über Politik: Dozenten, Schulkameraden, im Kollegenkreis und oft auch mit meinem Vater. Es ist interessant, mit wem man ins Gespräch kommen kann, wenn man ein bisschen die Augen und Ohren offen hält. Einmal habe ich in einer Kellerei einen kantonalen Umweltverantwortlichen getroffen, der mit einer chinesischen Delegation unterwegs war, das war spannend. Nach dem Studium möchte ich reisen gehen, und ob ich mich in Zukunft für ein Thema engagiere, wird sicher auch davon abhängen, was auf dieser Reise mit mir passiert."

4.1.4. Typ 4 – die konventionell Engagierten

Die vierte Gruppe beinhaltet vor allem Personen, die zwar ein hohes Mass an politischer Partizipation aufweisen, jedoch vor allem konventionelle Formen bevorzugen, um politische Entscheide zu beeinflussen. Aufgrund ihres Partizipationsmusters können diese Gruppenmitglieder als konventionell Engagierte bezeichnet werden.

96 Prozent der Personen dieser Gruppe gaben an, dass sie bereits mehrere Male an Wahlen teilgenommen haben und fast die Hälfte (41%) hat mindestens einmal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen. Im Gegensatz zu den konventionellen Formen scheint diese Gruppe die neuen Formen politischer Aktivität kaum zu nutzen. Lediglich 1 Prozent gab an, beigetragen zu haben, einen Film mit politischem Inhalt auf der Internetplattform YouTube zu veröffentlichen. Die meisten unter ihnen (95%) haben noch nie an einem Smartmob teilgenommen.

Diese Skepsis gegenüber neuen Formen politischer Partizipation zeigt sich auch darin, dass diese Gruppe institutionelle Formen als effizienter betrachtet. Im Vergleich zu den politisch Passiven erhöht der Glaube an die Effizienz institutioneller Formen die Wahrscheinlichkeit erheblich, zu den konventionell Engagierten zu gehören. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in nicht-institutionelle Formen geringer – es ist nur leicht höher als bei den politisch Passiven und somit tiefer als bei den anderen Gruppen. Die konventionell Engagierten sind die einzige Gruppe, die sowohl institutionelle als auch nicht-institutionelle Formen politischer Partizipation als sinnvoll erachten, wobei erstere als effizientere Instrumente politischer Einflussnahme empfunden werden.

Ein Vergleich mit den politisch Passiven zeigt, dass sich die konventionell Engagierten durch die folgenden Charakteristika auszeichnen: mit Freunden und Familienmitgliedern über politische Themen diskutieren, politisch interessiert sein, über einen Wochenaufenthalter-Status verfügen, Politikerinnen und Politiker persönlich kennen sowie Kenntnisse über politische Angelegenheiten haben. Auch hier erhöht die Sprachregion die Wahrscheinlichkeit, zu dieser Gruppe zu gehören. Über 82 Prozent der konventionell Engagierten stammen aus der Deutschschweiz, während es bei den Passiven lediglich 63 Prozent sind. Die konventionelle Partizipation ist daher in der Deutschschweiz verbreiteter.

Dieser Unterschied kann, ähnlich wie bei den themenspezifisch Engagierten, vermutlich durch die grössere Verbreitung und Beliebtheit direktdemokratischer Instrumente erklärt werden. Die meisten direktdemokratischen Instrumente, wie die Teilnahme an Abstimmungen, an Gemeindeversammlungen oder das Unterschreiben einer Initiative oder eines Referendums, gehören zu den institutionellen Partizipationsformen. Nebst der Sprachregion ist die fehlende aktive Mitgliedschaft in Vereinigungen ein weiteres Merkmal, die diese Gruppe von den politisch Passiven unterscheidet. Die konventionell Engagierten beteiligen sich im Vergleich zu den Passiven wenig in Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen. Es ist anzunehmen, dass der tiefe Anteil aktiver Mitgliedschaften in dieser Gruppe aus anderen Gründen als bei den themenspezifisch Engagierten zu Stande kommt. Das freiwillige Engagement in Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen zählt nicht zu den institutionellen Partizipationsformen. Hinzu kommt, dass Nichtregierungsorganisationen häufig auch neue Formen politischer Partizipation nutzen. Daher ist es nicht erstaunlich, dass konventionell Engagierte diese Aktivität kaum ausüben.

Dementsprechend ist die Nähe zu einer politischen Partei ein weiteres Unterscheidungsmerkmal dieser Gruppe. Im Vergleich zu Personen, die keine Nähe zu einer politischen Partei fühlen, ist die Wahrscheinlichkeit für Leute, die sich mit einer Partei identifizieren können, grösser, zu den konventionell Engagierten zu gehören als zu den politisch Passiven. Die Parteiidentifikation erhöht die Wahrscheinlichkeit, politisch aktiv zu sein und ist insbesondere für das Wahlverhalten einer der besten Erklärungsfaktoren (Heath 2007: 494; Kriesi 2005: 124; Rubenson et al. 2004: 413). Die Parteiidentifikation wird als längerfristige emotionale Bindung an eine Partei betrachtet. Durch die Orientierung an einem Parteiprogramm können die Informations- und Entscheidungskosten gesenkt werden, denn die Nähe zu einer Partei wirkt als Filter bei der Aufnahme politischer Informationen und beeinflusst somit die eigene politische Urteilsbildung (Eith 2006: 362). Die Nähe zu einer Partei hat zudem einen strukturierenden Effekt, indem sie zu einem mehr oder weniger stabilen und voraussehbaren politischen Verhalten führt (Heath 2007: 508). Die Weichen für die Parteiidentifikation werden in der Regel während der

Jugend gestellt und sind daher eine Folge der Sozialisation. Die Nähe zu einer Partei ist jedoch auch von politischen Erfahrungen und äusseren Ereignissen und deren Bewertungen abhängig (Eith 2006: 362; Heath 2007: 495). Dabei ist anzumerken, dass der Einfluss der Eltern und somit der Sozialisationseffekt mit zunehmendem Alter schwächer wird und folglich eigene Erfahrungen für die politische Orientierung wichtiger werden, seien sie bestärkender oder auch frustrierender Art. Die Parteiidentifikation hat also nicht nur einen positiven Effekt auf die politische Partizipation, sondern wird gleichzeitig auch von ihr beeinflusst. Generell lässt sich jedoch festhalten, dass es in den letzten Jahren zu einem Rückgang der Parteiidentifikation gekommen ist (Arzheimer 2006: 322; Heath 2007: 493).



Typ 4 – die konventionell Engagierten

Laura, 20, angehende Kindergärtnerin

"Bei uns zu Hause wird oft über Politik gesprochen, und deshalb bin ich wohl ziemlich gut informiert. Abstimmen und wählen gehe ich eigentlich immer, weil ich das als meine Möglichkeit sehe, etwas zu verändern. Der Anteil ist nicht gross, aber jede Stimme hat einen Wert. Wenn eine Abstimmung ansteht, versuche ich, mir eine Meinung zu bilden, indem ich das Abstimmungsbüchlein studiere, Zeitung lese oder mit meiner Familie oder Freunden von der Schule diskutiere. Am ehesten überzeugen lasse ich mich von meinem Vater. Und wenn es um Wirtschaftsfragen geht, die ich nicht verstehe und die mich auch nicht sonderlich interessieren, bin ich manchmal wirklich froh um seine Meinung. Aber wenn mich ein Thema sehr interessiert oder sogar selber betrifft, dann gehe ich auch einmal Unterschriften sammeln. So habe ich zum Beispiel für die Musikinitiative, die sich für die Förderung der musikalischen Bildung von Kindern und Jugendlichen einsetzt, Unterschriften gesammelt. Ich spiele selber in der Jugendmusik und finde es wichtig, dass Musik in der Schule einen höheren Stellenwert bekommt. Hingegen wenn ich selber auf der Strasse angesprochen werde, unterschreibe ich eigentlich nie, weil ich mir zuerst selber eine Meinung bilden möchte. Aber ich finde es gut, dass es Initiativen und Referenden gibt, damit auch normale Menschen, also nicht nur Politikerinnen und Politiker, etwas einbringen können, das sie verändern möchten. Und ich denke schon, dass Initiativen und Referenden eine grosse Wirkung haben, wenn wirklich genug Unterschriften zusammenkommen und abgestimmt wird. Vielleicht könnten auch Demonstrationen, Hausbesetzungen oder andere Aktivitäten dieser Art wirkungsvoll sein, aber das kann ich nicht so richtig beurteilen, weil ich selber noch nie an einer teilgenommen habe. Wenn ich von etwas wirklich überzeugt wäre, zum Beispiel wenn jemand eine Kundgebung zu mehr Lohnungleichheit im Bildungssektor organisieren würde, ein Problem das mich als Kindergärtnerin direkt betreffen wird, dann würde ich schon demonstrieren gehen. Aber eigentlich ist mir der Aufwand dafür zu gross, da unterschreibe ich lieber eine Initiative. Grundsätzlich bin ich mit der Politik in der Schweiz nämlich zufrieden. Manchmal wäre es gut, wenn politische Entscheidungen schneller gefällt und umgesetzt werden könnten, denn insbesondere junge Menschen haben manchmal Mühe, die langen Wege der Bürokratie zu akzeptieren und greifen dann zu extremeren Mitteln. Und Extremismus, egal ob links oder rechts, finde ich schlimm. Allgemein habe ich es eher mit der politischen Mitte, auch bei den Wahlen. Ich fühle mich eigentlich keiner bestimmten Partei nahe, aber ich bin froh, dass es in der Schweiz viele Parteien gibt. Dadurch können auch viele verschiedene Interessen vertreten werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einem Land, das nur zwei grosse Parteien hat, alle Meinungen vertreten sind. Ich habe auch schon für eine Jungpartei Propagandamaterial verteilt, und mein Götti sitzt im Stadtrat, aber ich möchte keiner Partei beitreten. Denn dann müsste ich mich festlegen, und ich lege mich im Moment generell nicht so gerne fest."

4.1.5. Typ 5 – die Demonstranten

Die fünfte Gruppe, die Demonstranten genannt, zeigt ebenfalls ein relativ hohes Niveau an politischer Partizipation. Im Gegensatz zu den anderen Gruppen engagieren sich diese jungen Menschen jedoch auch bei illegalen Formen politischer Beteiligung sowie an verschiedenen Protestaktionen. Lediglich 16 Prozent der Demonstranten gaben an, noch nie an einer Demonstration teilgenommen zu haben und fast ein Viertel (25%) gab an, mindestens einmal an einer Veranstaltung teilgenommen zu haben, bei der es zu Sachschaden kam und/oder Personen verletzt wurden. 22 Prozent äusserten sich dazu, dass sie bereits einmal ein Haus oder ein anderes Gebäude besetzt haben, und mehr als jedes zehnte Gruppenmitglied hat politische Botschaften in Form von Graffiti verkündet. Schliesslich haben ebenfalls 22 Prozent angegeben, mindestens einmal an einer illegalen Demonstration teilgenommen zu haben.

Verglichen mit den anderen Gruppen sind die Demonstranten im Allgemeinen sehr an Politik interessiert, wobei politisches Interesse als Neugier gegenüber politischen Themen definiert werden kann (van Deth 2000: 118). Das politische Interesse hat bei dieser Gruppe eine relativ hohe Erklärungskraft. In der politikwissenschaftlichen Forschung gibt es einen breiten Konsens darüber, dass das politische Interesse einen der wichtigsten Erklärungsfaktoren der politischen Partizipation darstellt (Arzheimer 2006: 319; Gaiser und de Rijke 2006: 255; Kaase und Marsh 1979: 30; Kriesi 2005: 120; Quintelier 2010: 145; Westle 2001: 149). Personen, die an politischen Themen interessiert sind, sind politisch aktiver als Nicht-Interessierte. Das politische Interesse selbst wird zum Beispiel durch die Sozialisation, besondere Ereignisse oder das soziale Umfeld beeinflusst (Eith 2006: 363; Gaiser und de Rijke 2006: 255; Hurrelmann, Linssen, Albert und Quellenberg 2004: 47; Sciarini, Ballmer-Cao und Lachat 2001: 84). Bei den heute 18- bis 25-Jährigen kann man davon ausgehen, dass sie durch Ereignisse wie 9/11, den Irakkrieg, Fukushima oder die Wirtschaftskrise auf politische Themen sensibilisiert wurden und dies ihr Interesse an Politik im Allgemeinen gesteuert hat.

Was das soziale Umfeld betrifft, so scheinen die Demonstranten oft mit Freunden und Familienmitgliedern über politische Themen zu sprechen. Es ist anzunehmen, dass die Beeinflussung von Diskussionen zu politischen Themen auf der einen Seite und politischem Interesse auf der anderen Seite gegenseitig ist. Politisch interessierte Menschen reden also öfter über politische Themen in ihrem sozialen Umfeld. Gleichzeitig steigt das politische Interesse bei Menschen, die durch ihr soziales Umfeld regelmässig mit politischen Themen konfrontiert werden (McClurg 2003: 454; McIntosh, Hart und Youniss 2007: 495). Dementsprechend sind Diskussionen über politische Angelegenheiten mit Freunden, Bekannten und Familienmitgliedern ein weiteres Merkmal, das diese Gruppe von den politisch Passiven unterscheidet. Hinzu kommen die Nähe zu einer politischen Partei sowie der Glaube an die Effizienz sowohl institutioneller als auch nicht-institutioneller Formen politischer Partizipation. Zwei weitere Charakteristika der Demonstranten sind, dass sie häufig in der Romandie wohnen und häufig nicht dort wohnhaft sind, wo sie stimmberechtigt sind. Auch unter den Demonstranten scheint es also viele Wochenaufenthalter zu geben. Dieser Umstand ist vermutlich ebenfalls auf Ausbildungsgründe zurückzuführen. Junge Leute sind insbesondere während ihrer Ausbildung regional sehr mobil. Diese hohe Mobilität hat oft zur Folge, dass der aktuelle Lebensort sich vom offiziellen Wohnort unterscheidet. Man kann annehmen, dass diese Mobilität erst im Alter von 20 Jahren zunimmt, wenn die jungen Erwachsenen zum Beispiel die Lehre oder das Gymnasium abgeschlossen haben. Da das Durchschnittsalter der Demonstranten bei 22 Jahren liegt, also leicht höher ist als bei den anderen Gruppen, kann man annehmen, dass sie mobiler sind als andere Gruppen. Im Vergleich zu den Passiven wohnen die Demonstranten öfter in urbanen Regionen. Dieser Unterschied kann vermutlich ebenfalls durch die Ausbildung erklärt werden. Der Urbanisierungsgrad einer Region erhöht die Wahrscheinlichkeit, sich politisch zu beteiligen (Forno und Ceccarini 2006: 216). So ist es beispielsweise einfacher, an Demonstrationen teilzunehmen: Da diese meistens in urbanen Regionen stattfinden, sind die Kosten (Fahrspesen, Zeitaufwand) für die Teilnahme tiefer, wenn man bereits vor Ort ist.

Schliesslich sind der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, das politische Wissen sowie die Skepsis dem politischen System gegenüber weitere Merkmale dieser Gruppe.



Typ 5 – die Demonstranten

Piero, 22, Student

"Ich habe mich schon früh für Politik interessiert. Mit vierzehn bin ich das erste Mal zusammen mit meiner Mutter und meinem Bruder auf die Strasse gegangen, um gegen Kürzungen im Bildungswesen zu demonstrieren. Als ich im Gymnasium war, habe ich mich in einer Gewerkschaft für Studierende und Lehrlinge engagiert. Aber eigentlich sind fixe Engagements in Parteien oder Verbänden nicht so mein Ding. Ich mag nicht ganze Tage aufwenden, um eine gemeinsame Position zu finden. Natürlich diskutiere ich gerne, aber ich kann auch einfach mit einer Idee einverstanden sein und diese dann unterstützen. Ausserdem möchte ich mich für ganz viele verschiedene Themen einsetzen und mit ganz unterschiedlichen Menschen zusammentreffen. Deshalb mag ich auch meine Arbeit im Kulturraum der Universität. Da treffen sich Menschen aus allen möglichen Vereinigungen, so dass ich immer auf dem Laufenden bin, welche Aktivitäten geplant sind. Aufgabe der Politik ist die Organisation der Gesellschaft, und ich bin Teil dieser Gesellschaft. Ich möchte mich engagieren, meine Meinung äussern und eine kritische Perspektive einnehmen. Ich möchte kein passives Mitglied der Gesellschaft sein. Mich interessiert vor allem das Lokale. Nachrichten aus dem Ausland interessieren mich weniger, weil um wirklich mitzukriegen, was an einem Ort passiert, muss man dort sein, finde ich. Hier weiss ich, was passiert, kann mir eine Meinung bilden und mitbestimmen. Deshalb bin ich auch dafür, dass Ausländerinnen und Ausländer an ihrem Wohnort das Stimmrecht erhalten. Ich engagiere mich sowohl im Kanton Tessin, wo ich herkomme, als auch in der Stadt, in der ich studiere. Ich habe schon an verschiedenen Demonstrationen gegen Rassismus teilgenommen. Einmal war ich an einer Gegendemonstration zu einer Armeeparade, bei der sich einige Demonstranten verkleidet unter die Soldaten gemischt haben. Das war witzig, aber auch provokativ. Doch solche Provokationen mag ich. Eine Provokation sollte die Leute gleichzeitig zum Lachen und zum Nachdenken bringen, nur dann ist sie konstruktiv. Ich finde, Demonstrationen sind ein sehr wirkungsvolles politisches Instrument, wobei eine Demonstration nicht unbedingt ein Protestmarsch sein muss. Es kann auch eine Standaktion sein, wo beispielsweise Spezialitäten aus anderen Ländern angeboten werden und damit auf Ausländerfragen aufmerksam gemacht wird. Mit solchen Aktionen kann man die Politik näher an die Menschen bringen, als das eine Abstimmung kann. Ich fände es gut, wenn sich möglichst viele Menschen für Politik und Gesellschaft engagieren würden. Neue Medien und Kommunikationsmittel bieten eine gute Möglichkeit, um Menschen anzusprechen. Ich finde SMS und E-Mails nützlich, weil man die Leute persönlich angehen kann. Bei Facebook war ich zuerst begeistert von der grossen Anzahl Leute, die man erreicht. Aber die Informationen sind so zahlreich, dass die Leute gleich wieder vergessen, was sie gelesen haben. Ich denke, wenn man in der Gesellschaft wirklich etwas verändern möchte, dann muss man sich zuerst selber ändern; offener werden und sich stärker beteiligen. Das kann auch im Kleinen geschehen, indem man zum Beispiel die Nachbarn zum Essen einlädt."

4.1.6. Typ 6 – die Aktivisten

Die Aktivisten bilden einen weiteren Typus politischer Partizipation. Personen, die zu dieser Gruppe gezählt werden, nehmen regelmässig an Wahlen teil (98%) und haben bereits mehrere Male eine Politikerin oder einen Politiker kontaktiert (44%). Diese Gruppe zeichnet sich auch durch eine hohe Bereitschaft aus, Propagandamaterial zu verteilen: 75 Prozent der Personen dieser Gruppe gaben an, diese Aktivität bereits mehrmals ausgeübt zu haben. Fast ein Drittel (32%) gab an, Mitglied in einer Partei zu sein und beinahe 80 Prozent der Aktivisten haben mehrere Male eine Kampagne finanziell unterstützt. Diese Gruppe engagiert sich nicht nur auf konventioneller Ebene; sie nutzt auch eine breite Palette an neuen, alternativen Formen der politischen Partizipation. 73 Prozent der jungen Erwachsenen gaben an, eine E-Mail mit einem politischen Inhalt geschrieben oder weitergeleitet zu haben, 15 Prozent haben dazu beigetragen, dass ein Film mit einem politischen Inhalt auf YouTube erscheint, und 31 Prozent haben an einem Smartmob teilgenommen.

Diese Gruppe unterscheidet sich in zahlreichen Aspekten von den politisch Passiven. Nebst den soziodemographischen Merkmalen sind die spezifischen und statistisch signifikanten Charakteristika dieser Gruppe das politische Interesse und Wissen, Diskussionen über politische Themen mit Freunden und Verwandten, die Nähe zu einer Partei sowie die Wahrnehmung, dass institutionelle, aber auch nicht-institutionelle Formen politischer Partizipation politisch effiziente Instrumente darstellen.

Das Engagement in Vereinen und Institutionen ist ein weiteres relevantes Merkmal. Verglichen mit den politisch Passiven vergrössert jede aktive Vereinsmitgliedschaft die Wahrscheinlichkeit, zu den Aktivisten zu gehören. Die Mitgliedschaft in einer Institution oder einem Verein kann Einzelne motivieren, sich politisch zu engagieren. Dieser Zusammenhang ist wissenschaftlich gut dokumentiert. Es wurde in zahlreichen Untersuchungen gezeigt, dass das politische Engagement durch die Mitgliedschaft in Vereinen teilweise erklärt werden kann (Campbell 2007: 122; Henn, Weinstein und Hodgkinson 2007: 469; Kaase und Marsh 1979: 30).

Es gibt verschiedene Erklärungen dafür, wie die aktive Mitgliedschaft sich auf die politische Beteiligung auswirkt: Man kann generell davon ausgehen, dass die soziale und die politische Partizipation keine getrennten Bereiche darstellen (Mazzoleni und Masulin 2005: 76). Denn erstens spielen die durch das Engagement in Vereinen und Institutionen erworbenen Kompetenzen eine wichtige Rolle in der Erklärung politischer Partizipation (Dalton 2006: 51). Dazu gehören beispielsweise Planen, Delegieren, Kommunizieren, Verhandeln, Debattieren, Evaluieren oder Analysieren. Zweitens ist das politische Interesse eine weitere Erklärung, um den Zusammenhang zwischen der aktiven Mitgliedschaft und dem politischen Engagement zu verstehen. Dabei handelt es sich um einen indirekten Weg, weil die Mitgliedschaft in einer Vereinigung das politische Interesse weckt und fördert. Dies hat wiederum einen positiven Einfluss auf die politische Partizipation (Suter 2005: 23). Drittens kann beobachtet werden, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen dem aktiven Engagement in Nichtregierungsorganisationen und sozialem Kapital gibt. Sozialkapital kann als informelle, kooperationsfördernde Norm (Fukuyama 2001: 7) oder als Merkmal einer sozialen Struktur betrachtet werden, das bestimmte Kooperations- und Aktivitätsformen begünstigt (Coleman 1988: 98). Es ergibt sich aus sozialen Netzwerken, den entsprechenden Normen und dem damit verbundenen Vertrauen (Putnam 1995a: 67; Putnam 1995b: 665; Putnam 2000: 19).

Ein weiterer Erklärungsfaktor bezüglich dieser Gruppe ist das persönliche Kennen von Politikerinnen und Politikern, sei es innerhalb der Familie, des Freundes- und Kollegenkreises oder im beruflichen Umfeld. Im Vergleich zu den politisch passiven Menschen erhöht der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern die Wahrscheinlichkeit erheblich, zu den Aktivisten zu gehören. Dies kann damit erklärt werden, dass die persönlichen Kontakte zu Personen, die politisch aktiv sind, ein bestimmtes Mobilisierungsvermögen mit sich bringen (Neilson und Paxton 2010: 8; Quintelier 2010: 145).

Schliesslich gehört das fehlende Vertrauen in die politischen Institutionen wie das Parlament, den Bundesrat oder die politischen Parteien zu den Unterscheidungsmerkmalen gegenüber den Passiven. Es ist anzunehmen, dass die Skepsis sich nur auf institutionelle Partizipationsformen wie Wählen und Abstimmen auswirkt. Nicht-institutionelle Partizipationsformen sind davon nicht betroffen, weil sie nicht direkt mit den politischen Institutionen und dem politischen System in Verbindung gebracht werden. Man kann sogar annehmen, dass bei den Aktivisten ein gewisses Misstrauen den politischen Institutionen gegenüber die politische Partizipation generell erhöht, weil vor allem alternative, neue Formen gebraucht werden.



Typ 6 – die Aktivisten

Alice, 18, Praktikantin Nichtregierungsorganisation

"Politik umfasst eigentlich alles, was wir machen. Einerseits natürlich den Staat mit seinem politischen System, andererseits aber auch alles, was ein Mensch unternimmt, um seine nähere oder weitere Umgebung zu verändern oder zu beeinflussen. Deshalb kann ich auch nicht verstehen, warum sich jemand nicht für Politik interessiert, wenn es doch so etwas Naheliegendes ist. Ich befasse mich mit Politik, weil es mich interessiert, was um mich herum passiert, was mit mir passiert, was mit anderen Menschen passiert. Und ich habe ziemlich schnell gemerkt, dass ich selber Einiiges bewirken kann. Vor drei Jahren bin ich einer linksalternativen Jungpartei beigetreten und habe bei den letzten Wahlen für den Nationalrat kandidiert. Wir sind nicht gewählt worden. Das hat sicher auch damit zu tun, dass wir eine sehr junge Partei und eigentlich nur in der Stadt und nicht im ganzen Kanton aktiv sind. Aber ich werde in vier Jahren wahrscheinlich trotzdem wieder kandidieren. Meine politischen Kernanliegen sind der Feminismus und die Geschlechtervielfalt, die Sans-Papier-Problematik, Antirassismus sowie die Globalisierungskritik. Für diese Themen engagiere ich mich auf ganz verschiedene Arten. Mit unserer Partei sind wir in verschiedenen Unterstützungskomitees von Initiativen und Referenden mit dabei, verfassen Positionen und sammeln Unterschriften. Ich schreibe auch Beiträge für unsere Parteizeitschrift und nutze Rundmails, um andere von meiner Meinung zu überzeugen. Daneben nehme ich an Demonstrationen und Mahnwachen teil. Unter anderem war ich bei einem Anti-AKW- und einem Sans-Papier-Camp dabei. Ich beteilige mich auch an solchen Aktionen, weil es mir einfach Spass macht und weil man gute Leute trifft. Wenn im Rahmen von politischen Aktionen jemand zu Schaden kommt, der oder die nichts mit der Sache zu tun hat, finde ich das schlimm. Gewalt an Menschen ist für mich in keinem Fall akzeptabel. Aber wenn irgendwo ein Plakat hin gekleistert wird oder jemand sprayt, dann finde ich das nicht so tragisch. Es braucht verschiedene Formen politischer Aktion, um etwas zu bewirken. Es ist wichtig zu zeigen, dass viele Menschen hinter einer Sache stehen, und dafür müssen verschiedene Kanäle genutzt werden. Da braucht es die Demonstrierenden genauso wie die Leserbriefschreibenden. Grundsätzlich finde ich aber, dass das politische System der Schweiz ganz gut funktioniert und dass gerade kleine Parteien durch Initiativen und Referenden ziemlich viel Mitspracherecht haben. Es ist aber problematisch, dass der Erfolg stark davon abhängig ist, wie viel Geld im Spiel ist. Aber für mich geht es nicht nur um die Wirkung als Ganzes, sondern auch darum, dass eine Person einen Weg findet, sich einzubringen. Und da muss jede und jeder selber herausfinden, was ihm oder ihr am meisten zusagt. Mein politisches Engagement ist relativ aufwändig mit ein bis zwei Sitzungen pro Woche und noch zusätzlichen Treffen oder Aktionen. Nur der Montag ist reserviert zum Stepp-tanzen, das ist mir wichtig und das will ich nicht aufgeben. Ansonsten macht politisches Engagement auch einfach mehr Spass, je mehr man macht, weil man viele Leute kennenlernt und viele neue Einblicke erhält. Ich mache auf jeden Fall weiter!"

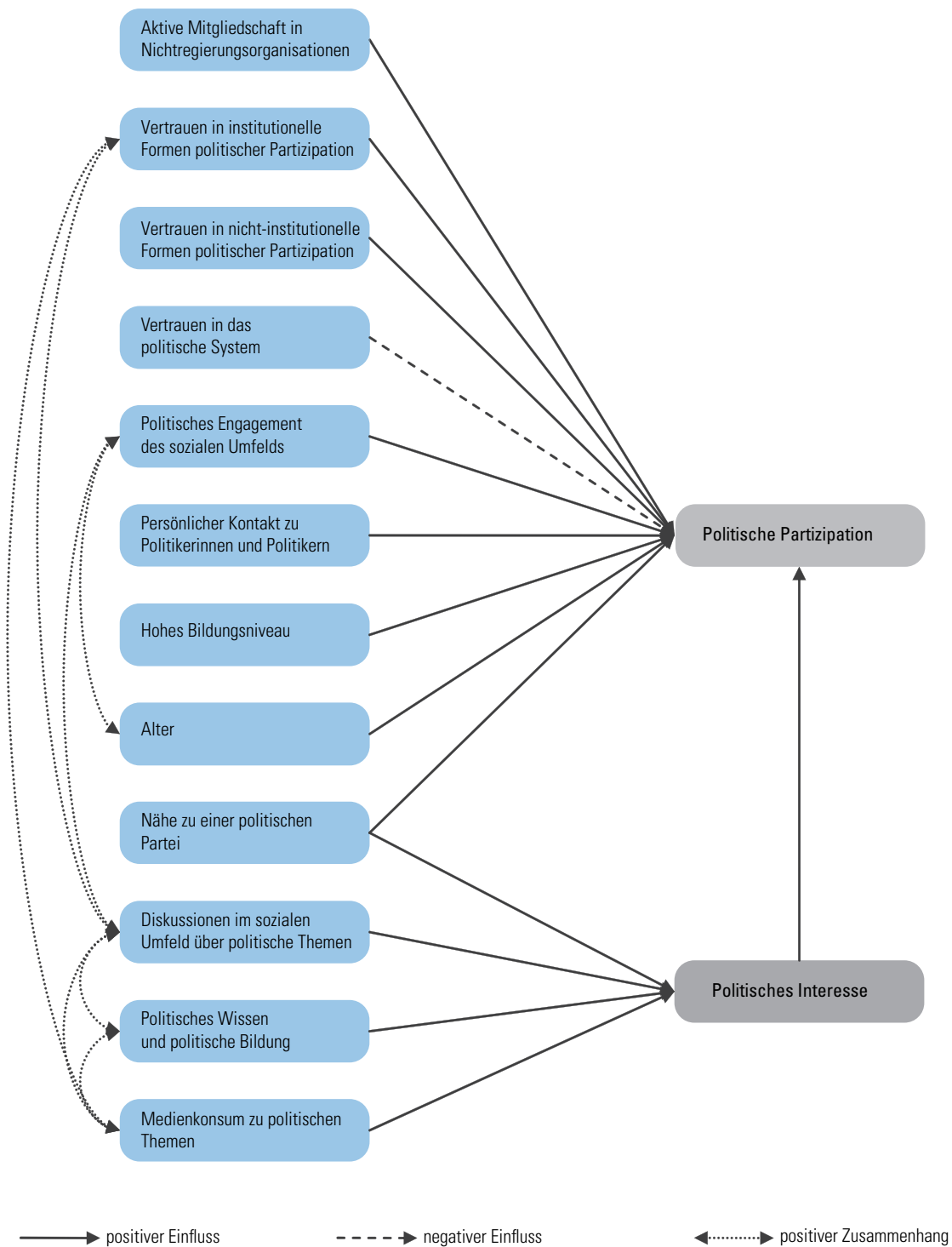
4.2. Politische Partizipation verstehen

Wie die Auswertung zu den einzelnen Partizipationstypen gezeigt hat, haben Variablen wie das Bildungsniveau, das Alter oder das freiwillige Engagement in Nichtregierungsorganisationen einen direkten Einfluss auf die politische Beteiligung. Der Zusammenhang kann jedoch manchmal auch indirekter Natur sein (Hadjar und Becker 2007: 427). Man kann annehmen, dass das politische Engagement des sozialen Umfelds, Diskussionen über politische Themen im sozialen Umfeld, das Vertrauen in das politische System oder das politische Wissen auch einen Einfluss auf das politische Interesse haben und somit indirekt die politische Partizipation beeinflussen. Politisches Interesse gehört zu den Einstellungen und ist daher mit dem politischen Verhalten im Allgemeinen und der politischen Partizipation im Speziellen verbunden (Hadjar und Schlapbach 2009: 272).

Die direkten und indirekten Zusammenhänge zwischen der politischen Partizipation, dem politischen Interesse und den weiteren Erklärungsvariablen können mittels eines Pfadmodells untersucht werden. Die einzelnen Einflussfaktoren sind in den folgenden Abbildungen ersichtlich. Die politische Partizipation setzt sich auch hier aus den erwähnten institutionellen und nicht-institutionellen Partizipationsformen zusammen. Es handelt sich dabei um einen einfachen additiven Index, der alle Partizipationsformen zusammenzählt, die mindestens einmal ausgeführt wurden. Je höher dieser Index, desto höher ist folglich die politische Partizipation.

Wie in der Abbildung 2 ersichtlich ist, hängen die einzelnen Erklärungsvariablen zum Teil auch untereinander zusammen. So ist zum Beispiel der Medienkonsum mit Diskussionen im sozialen Umfeld korreliert. Diese Korrelation sagt jedoch nichts darüber aus, ob die Diskussionen mit Freunden und Familienmitgliedern dazu führen, dass sich die Menschen häufiger in den Medien über politische Themen informieren oder ob der Medienkonsum dazu führt, dass sich die Individuen häufiger über politische Themen unterhalten. Der Zusammenhang könnte auch zu Stande kommen, weil ein dritter Faktor dahintersteckt, der sowohl den Medienkonsum als auch die politischen Diskussionen beeinflusst.

Abbildung 2: Einfluss des politischen Interesses auf die politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz



Ausser der Nähe zu einer politischen Partei haben alle Faktoren entweder einen direkten oder einen indirekten Einfluss auf die politische Partizipation, indem sie das politische Interesse beeinflussen. Um diese indirekten Einflussfaktoren besser zu verstehen, wird das politische Interesse in einem ersten Schritt getrennt beleuchtet. In einem zweiten Schritt soll das Gesamtbild ergänzt werden.

4.2.1. Politisches Interesse junger Erwachsener in der Schweiz

Das politische Wissen hat einen positiven Einfluss auf das politische Interesse. Dieses Ergebnis widerspiegelt sich auch in den Antworten zahlreicher CH@YOUPART-Befragter auf die Frage, was sich ändern sollte, damit sich junge Erwachsene in der Schweiz (noch) mehr politisch engagieren. Insgesamt haben über 12 Prozent bei dieser Frage angegeben, dass die politische Bildung gefördert werden sollte. So meinte beispielsweise ein junger Mann, der bei der CH@YOUPART-Befragung mitgemacht hat: „Grundlegendes Wissen über die politischen Themen wäre nötig. Die Informationen von den Medien reichen nicht, um solche Themen seriös diskutieren zu können“. Diese Meinung wird von einer jungen Frau geteilt: „Oft sind mir die politischen Themen zu hoch. Ich bräuchte etwas wie eine Fernsehsendung oder Ähnliches., wo einem politische Themen gut verständlich und gründlich erklärt werden“.

Oft empfinden junge Leute die Abstimmungsvorlagen als zu kompliziert formuliert, wie die Aussage dieser jungen Frau deutlich macht: „NICHT: Wenn sie nicht wollen, dass das und das nicht geschieht, weil es da und dort nicht so ist. Keine doppelten und dreifachen Verneinungen“. Eine andere Teilnehmerin von CH@YOUPART begründet ihre Nicht-Teilnahme an einer Abstimmung wie folgt: „Weil ich immer mit den Abstimmungsunterlagen überfordert bin. Ich habe keine Ahnung, wie ich wählen muss. Welches Papier wohin.“ Eine Möglichkeit, die Abstimmungsvorlagen für junge Erwachsene zugänglicher zu machen, ist easyvote (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Neben dem politischen Wissen wird das politische Interesse auch durch das Verfolgen des Tagesgeschehens positiv beeinflusst. Der Medienkonsum ist ein in der politikwissenschaftlichen Forschung häufig genannter Einflussfaktor. Informationen zu aktuellen politischen Themen stimulieren das politische Interesse. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Printmedien, Online-Nachrichten oder Radiosendungen handelt. Innerhalb der Partizipationstheorie geht man zudem davon aus, dass die Zunahme an zur Verfügung stehender Informationen durch die Massenmedien dazu führt, dass die Menschen immer besser informiert und somit politisch interessierter sind (Bachmann, Kaufhold, Lewis und Gil de Zúñiga 2010: 42).

Vom Easy-Abstimmigsbüchli zu easyvote

Politische Information von Jugendlichen für Jugendliche

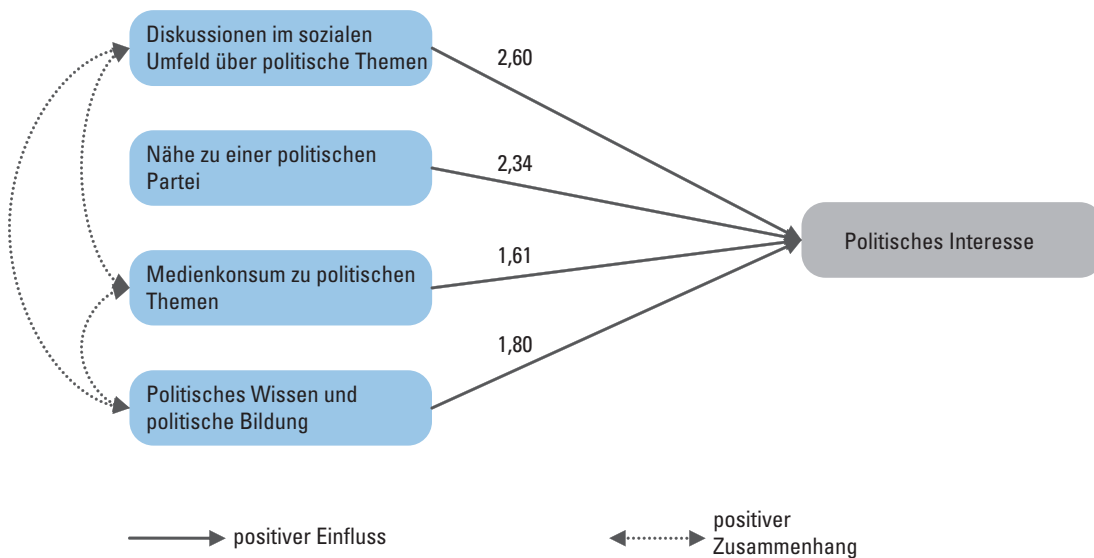
Vor Abstimmungen erhalten alle Stimmberechtigten zusammen mit dem Stimmzettel das Abstimmungsbüchlein zugestellt, das über die aktuellen Vorlagen informiert. In Anlehnung daran haben die Schweizer Jugendparlamente das „Easy-Abstimmigsbüchli“ entwickelt, das heute easyvote heisst. Kurze und einfach verständliche Texte sollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Zugang zu den Abstimmungsinformationen erleichtern. Jedes Büchlein enthält einen Einleitungstext, der über die geplante Veränderung informiert und die Auswirkungen darlegt, bevor die Pro- und Kontraargumente präsentiert werden. Easyvote ist politisch neutral und möchte noch nicht stimmberechtigte Jugendliche auf verständliche Weise über politische Entscheidungen informieren und junge Menschen im Stimmrechtsalter dazu ermuntern, an Abstimmungen teilzunehmen. Das Büchlein easyvote enthält Informationen sowohl zu den nationalen als auch zu den kantonalen Vorlagen. Es geht nicht darum, andere Informationen zu ersetzen, sondern den Jugendlichen einen Einstieg ins Thema zu ermöglichen, damit sie sich nachher selber weiter informieren können. In den meisten Fällen wird easyvote den Jugendlichen von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, kann aber auch im Internet heruntergeladen werden (www.easyvote.ch)

Easyvote wurde ursprünglich von sechs Jugendparlamenten im Kanton Bern im Jahr 2007 lanciert und geht zurück auf eine Idee des Jugendparlaments Köniz. Inzwischen sind weitere Jugendparlamente aus verschiedenen Kantonen dazugekommen. Seit 2011 wird das Projekt schrittweise auf die ganze Deutschschweiz übertragen. Im Moment können alle Gemeinden der Deutschschweiz mitmachen. Ab 2012 wird easyvote auch in Französisch und Italienisch erhältlich sein. Anlässlich der nationalen Wahlen von 2011 wurde überdies ein Infobüchlein zu den Wahlen herausgegeben. Neu wird auch mit Schulen zusammengearbeitet mit dem Ziel, Hilfsmittel für die Nutzung von easyvote im Unterricht anzubieten.

Die Texte von easyvote werden von Jugendlichen aus den jeweiligen Kantonen verfasst. Die Verfasserinnen und Verfasser der Texte arbeiten ehrenamtlich. Ansonsten wird das Projekt während der Aufbauphase von Stiftungen und dem Bund mitfinanziert, später soll easyvote durch den Beitrag der Gemeinden kostendeckend produziert werden können.

In der Deutschschweiz machen aktuell 92 Gemeinden beim Projekt mit. Eine dieser Gemeinden ist die Gemeinde Hergiswil im Kanton Luzern, wo easyvote seit 2011 erhältlich ist. Hergiswil hat als eine der ersten Gemeinden im Kanton das Angebot eingeführt, um Jungwähler für politische Themen zu sensibilisieren und sie zu motivieren, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Alle 200 Jungwähler zwischen 18 und 25 erhalten easyvote jeweils vor Abstimmungen und Wahlen per Post zugestellt. Eine Gemeinde, die das Angebot schon länger nutzt, ist die Gemeinde Interlaken im Kanton Bern. Dort wurde man über das Jugendparlament auf das Angebot aufmerksam gemacht und ist zufrieden damit. Es wird von den Jugendlichen geschätzt, dass auch schwierige Materie einfach erklärt wird. Diese Rückmeldungen werden von Christine Bühler, Leiterin des Projekts easyvote, bestätigt. Bei ihr haben sich neben Jugendlichen auch Erwachsene gemeldet, die easyvote für sich selber sinnvoll fänden.

Abbildung 3: Einflussfaktoren auf das politische Interesse junger Erwachsener in der Schweiz



Die Zahlen stellen Quotenverhältnisse dar. Das politische Interesse ist eine binäre Variable (politisch interessiert ja/nein). Ist das Quotenverhältnis grösser als 1, so bedeutet dies, dass die jeweilige Variable die Wahrscheinlichkeit um die angezeigte Zahl erhöht, politisch interessiert zu sein. So verdoppelt zum Beispiel das politische Wissen die Wahrscheinlichkeit fast, politisch interessiert zu sein.

Ebenfalls einen positiven Einfluss hat die Nähe zu einer politischen Partei. So scheint die Parteiidentifikation das politische Interesse zu stimulieren, indem die Leute zum Beispiel durch die Parteien über bestimmte Themen informiert werden. Schliesslich sind Diskussionen über politische Themen im sozialen Umfeld von Bedeutung, um das politische Interesse zu verstehen.

4.2.2. Wie kommt politische Partizipation zu Stande?

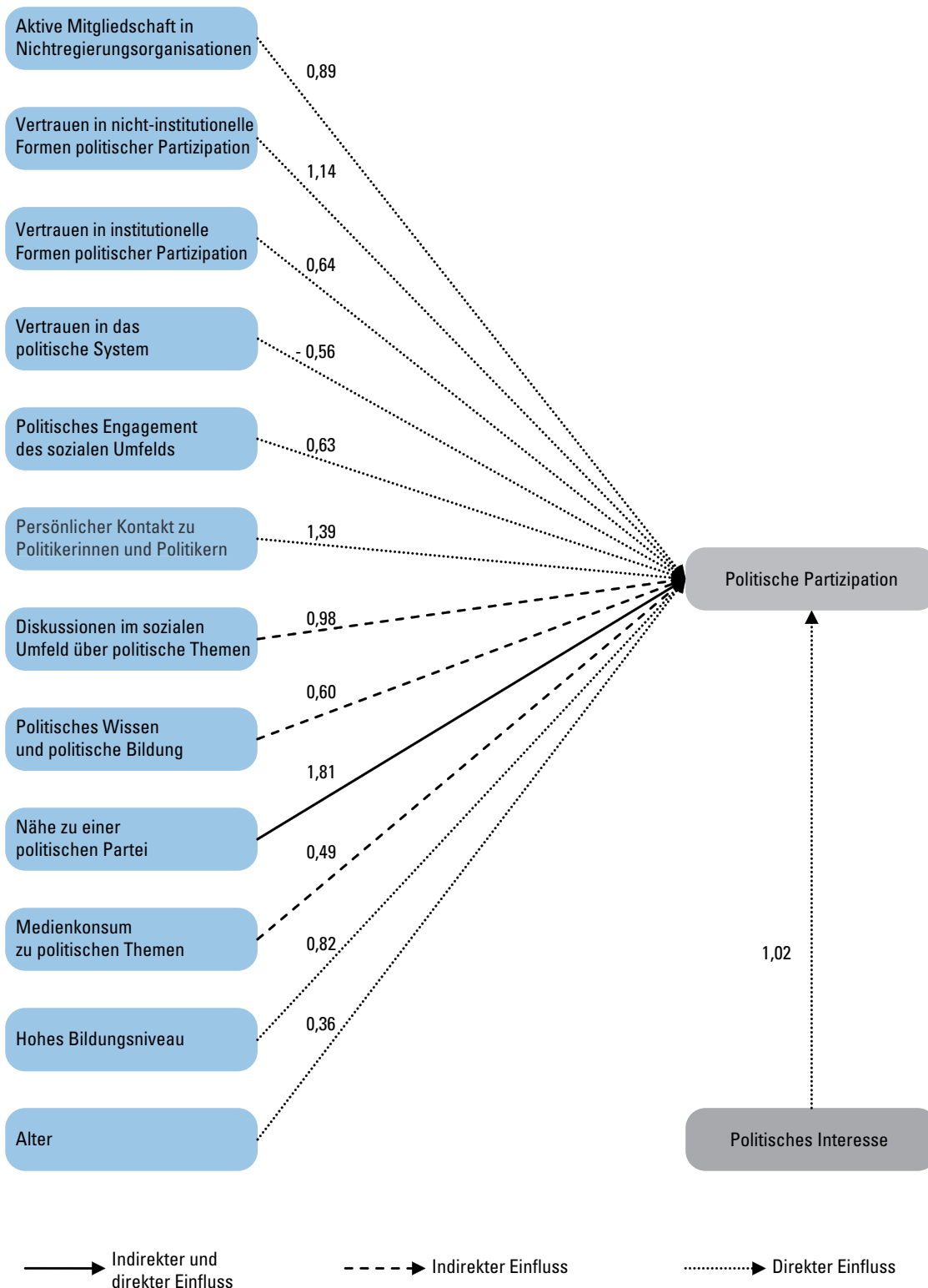
Wie bereits erwähnt, üben mehrere Variablen einen direkten Einfluss auf die politische Partizipation aus. Dazu gehört das Alter. Ein höheres Alter führt zu einer höheren politischen Partizipation. Ähnlich ist es mit dem persönlichen Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, der aktiven Mitgliedschaft in Nichtregierungsorganisationen, der Wahrnehmung, dass sowohl institutionelle als auch nicht-institutionelle Partizipationsformen effizient sind, dem politischen Engagement des sozialen Umfelds, dem Vertrauen gegenüber dem politischen System der Schweiz sowie dem Bildungsniveau. Der Einfluss der Variablen geht jedoch nicht immer in die gleiche Richtung.

Das Vertrauen in das politische System hat als einzige hier erwähnte Variable einen negativen Einfluss auf die politische Partizipation. Dies kann daran liegen, dass Menschen, die diesen Institutionen vertrauen, ihnen auch gerne die politischen Entscheidungen überlassen (siehe Portrait von Vera). Umgekehrt kann mangelndes Vertrauen dem Bundesrat, dem Parlament und den politischen Parteien gegenüber die allgemeine politische Partizipation erhöhen, wie bei den Aktivisten gezeigt wurde.

Betrachtet man die Stärke des Einflusses dieser Variablen, so ist ersichtlich, dass der persönliche Kontakt zu einer Politikerin oder einem Politiker eine grosse Erklärungskraft hat. Eine Politikerin oder einen Politiker persönlich zu kennen, erhöht die durchschnittliche politische Partizipation um den Faktor 1.4.

Einige der Variablen beeinflussen die politische Partizipation nur indirekt, indem sie das politische Interesse fördern. Dies gilt für das politische Wissen und den Medienkonsum. Besser informierte junge Erwachsene sind politisch interessierter. Dadurch steigert sich ihre politische Partizipation. Der Medienkonsum erhöht den Index der gesamten politischen Partizipation im Durchschnitt ebenfalls. Diskussionen über politische Themen im sozialen Umfeld sind ein weiterer indirekter Einflussfaktor, weil sie das politische Interesse stimulieren.

Abbildung 4: Einflussfaktoren auf die politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz



Die abgebildeten Zahlen stellen Koeffizienten dar. Sie können hier entweder positiv oder negativ sein und einen indirekten, einen direkten oder sowohl einen indirekten wie einen direkten Einfluss darstellen. So erhöht zum Beispiel jedes zusätzliche Altersjahr zwischen 18 und 25 die durchschnittliche politische Aktivität um 0.36 Punkte.

Die Nähe zu einer politischen Partei hat sowohl einen direkten als auch einen indirekten Einfluss auf die politische Partizipation. Dieser Einflussfaktor ist von allen hier berücksichtigten Variablen am stärksten. Personen, die sich einer Partei nahe fühlen, haben eine Durchschnittspartizipation, die um 1.8 Punkte höher liegt als jene von Menschen, die sich nicht mit einer Partei identifizieren.

Ein wichtiges Ergebnis stellt der beträchtliche Einfluss des Vertrauens in nicht-institutionelle Formen politischer Partizipation dar. Die Überzeugung, mit solchen Partizipationsformen auf das politische Geschehen Einfluss nehmen zu können, erhöht die Partizipation im Durchschnitt um 1.1 Punkte. Dieser Zusammenhang unterstreicht die Wichtigkeit einer breiten Definition politischer Partizipation. Er kann auch als Appell gedeutet werden, die neuen, alternativen Partizipationsformen ernst zu nehmen, auszuweiten und (noch) besser in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen, da diese vor allem im nicht-institutionellen Bereich angesiedelt sind.

5. Internationale Dimension der politischen Partizipation junger Erwachsener

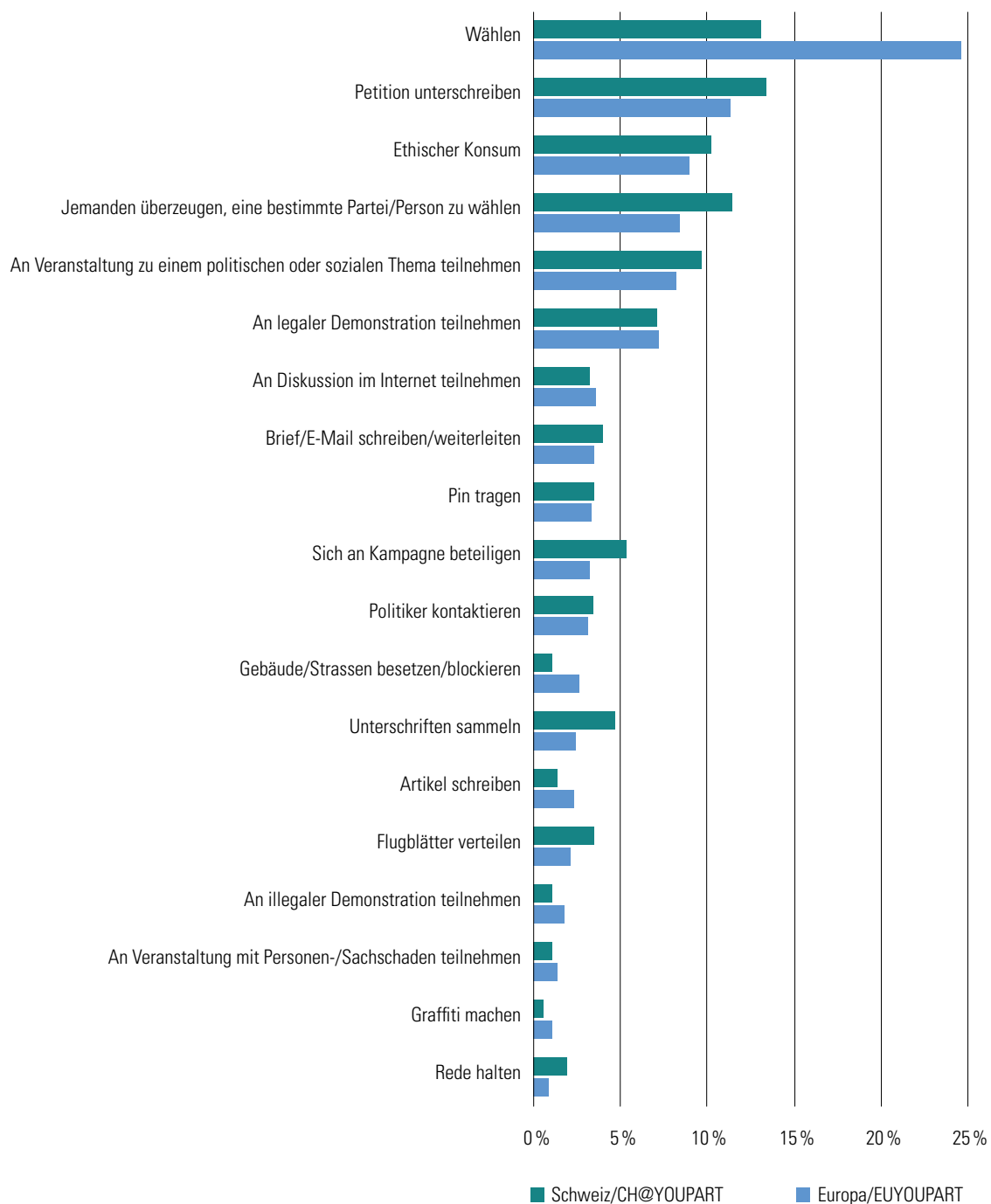
Um die Ergebnisse einzuordnen, bietet es sich erstens an, bei ausgewählten Themen die Situation in der Schweiz mit Ergebnissen aus anderen europäischen Ländern zu vergleichen. Hierfür werden die Daten der Jugendstudie EUYOUNGPART verwendet. Da bei CH@YOUNGPART ausschliesslich junge Schweizerinnen und Schweizer berücksichtigt wurden, werden zweitens die Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen aufgezeigt.

5.1. Politische Partizipation in der Schweiz und in Europa

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Präferenzen bezüglich der politischen Aktivitäten bei jungen Erwachsenen aus der Schweiz und Europa ähnlich sind. Dies ist in der Abbildung 5 auf der nächsten Seite ersichtlich. Zu beachten ist, dass aufgrund der erwähnten methodischen Einschränkungen (vgl. Kapitel 2.4 Methodisches Vorgehen) in dieser Abbildung nicht die absolute Häufigkeit sondern der relative Anteil einzelner Partizipationsformen an der gesamten politischen Partizipation ausgewiesen wird.

Diejenigen Partizipationsformen, die bei EUYOUNGPART am häufigsten genutzt werden, sind auch bei den CH@YOUNGPART-Befragten beliebt. Einen deutlichen Unterschied dazu bildet jedoch die Wahlbeteiligung. Sie ist bei den befragten Schweizerinnen und Schweizern im Verhältnis zu den anderen Partizipationsformen weniger wichtig. Während die Teilnahme an Wahlen bei den europäischen Befragten fast ein Viertel der politischen Partizipation ausmacht, sind es bei den Schweizern lediglich 13 Prozent. Dies kann daran liegen, dass die CH@YOUNGPART-Befragten weniger häufig an die Urne gehen und die Wahlbeteiligung bei dieser Altersgruppe in den acht europäischen Ländern höher ist als in der Schweiz. Es kann auch sein, dass die Wahlbeteiligung in der Schweiz ähnlich hoch oder sogar höher ist als in den europäischen Ländern, die CH@YOUNGPART-Befragten jedoch noch zahlreiche andere Aktivitäten ausüben, so dass der relative Anteil der Wahlbeteiligung tiefer ist. Diese Annahme erhält insofern Unterstützung, als dass in der Schweiz zahlreiche andere, direktdemokratische Instrumente zur Verfügung stehen, allen voran die Abstimmungen. Weil die meisten dieser Instrumente jedoch eine Schweizer Eigenart sind, werden sie beim internationalen Vergleich nicht berücksichtigt.

Abbildung 5: Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz und in Europa



Leseanleitung: Bei den Prozentwerten handelt es sich um den relativen Anteil an der gesamten politischen Partizipation. Daraus lassen sich keine absoluten Häufigkeiten ableiten, sondern lediglich das relative Verhältnis der einzelnen Aktivitäten zu einander. Mögliche Einschränkungen zur Vergleichbarkeit zwischen den Schweizer und den europäischen Daten sind im Kapitel 2.4. Methodisches Vorgehen aufgeführt.

Mit den direktdemokratischen Instrumenten sind verschiedene Aktivitäten verbunden, wie Unterschriften sammeln, eine Kampagne unterstützen, Flugblätter verteilen etc. Daher ist es nicht erstaunlich, dass der relative Anteil dieser Aktivitäten in der Schweiz höher ist als in den europäischen Ländern. So ist der Anteil derjenigen, die jemanden überzeugen, eine bestimmte Person oder Partei zu wählen, in der Schweiz höher als in den europäischen Ländern. Diese Tätigkeit umfasst mehr als 11 Prozent der gesamten politischen Partizipation der

CH@YOUPART-Befragten, während sie in den europäischen Ländern lediglich 8 Prozent ausmacht. Ähnlich ist es beim Unterschreiben einer Petition. Der Anteil dieser politischen Tätigkeit liegt in der Schweiz bei über 13 Prozent, während er in den europäischen Ländern bei 11 Prozent liegt.

Der Anteil des ethischen Konsums an der Gesamtpartizipation ist bei den Schweizer Befragten ebenfalls leicht höher als bei EUYOUPART. Das Aufrufen zu einem Boykott respektive zum Kauf bestimmter Produkte und Dienstleistungen aus ethischen, ökologischen oder sozialen Gründen wurde, wie erwähnt, durch die neuen Medien vereinfacht. Der höhere Anteil bei den Schweizer Befragten könnte deshalb auch an der allgemeinen Verbreitung des Internetkonsums und an der höheren Nutzung neuer Medien für politische Ziele liegen.

Lediglich kleine Unterschiede gibt es beim Tragen eines Pins mit einer politischen Aufschrift, beim Kontaktieren einer Politikerin oder eines Politikers oder beim Verfassen beziehungsweise Weiterleiten eines Briefs respektive einer E-Mail mit einer politischen Botschaft. Diese Aktivitäten machen nur einen kleinen Anteil an der Gesamtpartizipation der Schweizer und europäischen Befragten aus.

Die Unterschiede zwischen jungen Schweizerinnen und Schweizern einerseits und ihren europäischen Altersgenossen andererseits könnten auch darauf hinweisen, dass junge Erwachsene in der Schweiz den Partizipationsformen gegenüber, die ein grösseres Engagement verlangen, positiver eingestellt sind. Direktdemokratische Instrumente fördern nicht nur damit verbundene Partizipationsformen, sondern bewirken anscheinend auch einen Lerneffekt. Wenn junge Menschen erfahren, dass sie durch ihr politisches Engagement etwas verändern können, sind sie aufgrund dieser positiven Erfahrung möglicherweise eher bereit, einen grösseren Einsatz zu leisten, sei es durch ein zeitlich anspruchsvolleres Engagement oder indem sie sich eingehend mit politischen Themen beschäftigen. Diese Vermutung müsste jedoch genauer untersucht werden, um zu entscheiden, ob dies bei jungen Erwachsenen in der Schweiz tatsächlich zutrifft.

5.2. Politische Partizipation von Migranten in der Schweiz

Ende 2010 leben in der Schweiz 163'000³ junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, deren politische Partizipationsmöglichkeiten dadurch beschränkt sind, dass sie nicht über die Schweizer Staatsbürgerschaft verfügen. Ihnen stehen zwar alle nicht-institutionellen und teilweise auch die institutionellen Formen politischer Partizipation offen, sie können in der Regel aber nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen, womit ihnen zwei zentrale Instrumente der politischen Partizipation verwehrt bleiben.

Die Diskussion um das Stimm- und Wahlrecht für die ausländische Wohnbevölkerung hat in der Schweiz eine lange Geschichte. Bereits im Jahr 1849 hat der Kanton Neuenburg das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt. Dieses Beispiel hat sich allerdings nicht durchgesetzt. Bis heute gewährt die Schweiz der ausländischen Wohnbevölkerung kein Mitspracherecht bei nationalen Abstimmungen und Wahlen. Auf kantonaler Ebene sind es nur die Kantone Neuenburg und Jura, die das Ausländerstimmrecht kennen. In einigen anderen Kantonen wurden mehrfach und gerade auch in jüngster Zeit Vorstösse lanciert, diese wurden aber allesamt vom Volk abgelehnt (zum Beispiel Bern 2010, Waadt 2011, Basel Stadt 2012). Auf Gemeindeebene zeigt sich ein grosser Unterschied zwischen Romandie und Deutschschweiz. Während in der Westschweiz alle Kantone, abgesehen vom Wallis, das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene eingeführt haben, sind es in der Deutschschweiz nur gerade drei Kantone, die ihren Gemeinden erlauben, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Als erste Gemeinden der Deutschschweiz haben die Appenzeller Gemeinden Trogen, Speicher und Wald von diesem Recht Gebrauch gemacht (Linder 2004: 60). Dass gerade Gemeinden im konservativ geprägten Kanton Appenzell Ausserrhoden das Aus-

³ Erfasst wurden alle Personen zwischen 18 und 25 Jahren mit Aufenthaltsstatus B und C (STAT-TAB, Bundesamt für Statistik).

länderstimmrecht einführen konnten, erklärt sich mit dem geringen Ausländeranteil und der Grösse dieser Gemeinden. Dass das Ausländerstimmrecht im Kanton Appenzell Ausserrhoden auf Gemeindeebene fakultativ eingeführt wurde, dürfte auch damit zusammenhängen, dass parteipolitische Positionierungen eine geringere Rolle spielen als in grösseren Kantonen, was sich auch im Kantonsrat zeigt, wo jeder vierte parteilos ist (Schaffner 2004).

Aber auch wenn ein Holländer im Gemeinderat von Wald sass und in Delsberg im Kanton Jura zeitweilig ein italienischer Staatsbürger den Stadtrat präsidierte, scheinen Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz ihr Stimm- und Wahlrecht in geringerem Ausmass wahrzunehmen als die Schweizer Bevölkerung (Egli 2005: 35). Die Ergebnisse von Cueni und Fleury (1994) zeigen, dass die Stimmbeteiligung der Ausländerinnen und Ausländer deutlich tiefer ist als diejenige der Schweizer (Cueni und Fleury 1994: 214). Die Datenlage in diesem Bereich ist allerdings bescheiden, da viele Gemeinden bei der Stimmbeteiligung nicht zwischen ausländischen und Schweizer Staatsbürgern unterscheiden (Ruedin 2010: 5). Aber auch in umliegenden Ländern, die das Wahlrecht für die ausländische Wohnbevölkerung eingeführt haben, zeigt sich deren geringere Beteiligung (Heusser 2001: 99). Und die Europäische Union, die allen Unionsbürgern das Wahlrecht auf kommunaler Ebene an ihrem jeweiligen Wohnort und für die Wahlen des Europaparlaments gewährt, stellt eine geringere Beteiligung jener Wähler fest, die ursprünglich aus einem anderen Mitgliedstaat gekommen sind (Bauer 2008: 3; Heusser 2001: 86).

Stimm- und Wahlrecht für die ausländische Wohnbevölkerung in den Schweizer Kantonen

In der Schweiz wird unterschieden zwischen Stimmrecht sowie aktivem und passivem Wahlrecht. Das Stimmrecht ermöglicht die Teilnahme an Abstimmungen, das aktive Wahlrecht bezeichnet das Recht, wählen zu gehen. Wer das passive Wahlrecht hat, darf gewählt werden.

Stimm- und aktives Wahlrecht auf Kantonsebene:

Jura (seit 1979), Neuenburg (seit 2000)

Stimmrecht und aktives und passives Wahlrecht in allen Gemeinden:

Neuenburg (seit 1849), Jura (seit 1979), Waadt (seit 2003), Genf (seit 2005, kein passives Wahlrecht), Freiburg (seit 2006)

Fakultatives Stimm- und Wahlrecht in den Gemeinden:

Appenzell Ausserrhoden (seit 1995), Graubünden (seit 2003), Basel-Stadt (seit 2005, nur Gemeinden Bettingen und Riehen)

Quelle: Cueni und Fleury 1994: 15-17; Terra Cognita 2010

Erklärungen für die tiefere Stimmbeteiligung setzen auf verschiedenen Ebenen an. Einerseits spielt die sozio-ökonomische Situation eine Rolle. Die Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sind im Durchschnitt jünger, verfügen über eine tiefere Bildung und ein geringeres Einkommen als die Schweizer Bevölkerung. Ausserdem ist ihr politisches Interesse geringer, und sie engagieren sich weniger in Organisationen und Vereinen. Unter den Ausländerinnen und Ausländern sind also jene Gruppen überproportional vertreten, die auch inner-

halb der Schweizer Bevölkerung eine tiefe Stimmbeteiligung aufweisen. Andererseits spielen vermutlich auch Faktoren wie die Aufenthaltsdauer, die Zugehörigkeit zur ersten oder zweiten Generation und die Beherrschung der Landessprachen eine Rolle (Cueni und Fleury 1994: 214; Terra Cognita 2010).

In den CH@YOUPART-Daten finden sich Angaben zur Doppelbürgerschaft. Von den insgesamt 1360 befragten Schweizerinnen und Schweizern hat fast ein Fünftel einen zweiten Pass. Hinsichtlich der Abstimmungsteilnahme unterscheiden sich die jungen Doppelbürgerinnen und Doppelbürger nicht von den anderen CH@YOUPART-Befragten. Auch in Bezug auf das politische Interesse gibt es zwischen den beiden Gruppen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Immer wieder ein Thema ist das Abstimmungs- und Wahlverhalten von Ausländerinnen und Ausländern: Stimmen diese anders ab als Schweizerinnen und Schweizer? Es wird argumentiert, dass die ausländische Bevölkerung, die einen vergleichsweise tieferen sozioökonomischen Status hat, eher linke Parteien bevorzuge. Zudem wird eine Benachteiligung christlicher Parteien befürchtet, wenn mehr Angehörige anderer Religionen wählen dürfen (Heusser 2001: 100). Eine Untersuchung zum Stimmverhalten von frisch Eingebürgerten in der Schweiz kommt zum Ergebnis, dass Einwanderungsgruppen aus Ländern, welche in der Schweiz auf gesellschaftliche Ablehnung stossen, häufiger links wählen. „Eingebürgerte, die wohlwollend aufgenommen worden sind, unterscheiden sich in ihrer Parteienwahl nicht von den übrigen Schweizerinnen und Schweizern“ (Terra Cognita 2010). Grundsätzlich scheint das gesellschaftliche Milieu einen stärkeren Einfluss auf die Parteienpräferenz zu haben als die Nationalität. Eine neuere Studie, die sich mit dem Abstimmungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern befasst, wurde vom Demokratieforschungszentrum in Aarau lanciert. Auf der Internetplattform Balo-ti.ch werden die Abstimmungsinformationen in elf Sprachen zur Verfügung gestellt. Damit haben Ausländerinnen und Ausländer die Möglichkeit, mittels Online-Voting ihre Meinung zu äussern. Anhand dieser Datenbasis wird analysiert, ob sich das Ausländerstimmrecht auf die Mehrheitsverhältnisse in der Schweiz auswirken würde (Torche 2010: 37). Allgemein wird davon ausgegangen, dass sich keine Verschiebungen ergeben würden. Bisher hat die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz (siehe Kasten) zu keiner Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse geführt, und auch in anderen europäischen Ländern hat sich gezeigt, dass das Stimmverhalten der ausländischen Wohnbevölkerung mit jenem der Inländer vergleichbar ist (Heusser 2001: 101; Terra Cognita 2010).

Aber auch wenn sie vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind, können sich Ausländerinnen und Ausländer auf verschiedenen Ebenen der politischen Institutionen engagieren. Auch die Mitarbeit in der Verwaltung ermöglicht ein gewisses Mass an Mitgestaltung. So haben Personen ohne Schweizer Bürgerrecht in fast allen Kantonen Zugang zu Arbeitsstellen in der öffentlichen Verwaltung. Im Kanton Freiburg sind Ausländerinnen und Ausländer als Richter wählbar, und auch in einigen anderen Kantonen haben sie Zugang zu bestimmten richterlichen Instanzen. Diese Stellen dürften aber für junge Erwachsene von geringer Relevanz sein. Ausserdem können Ausländerinnen und Ausländer beziehungsweise Ausländerorganisationen an Vernehmlassungen teilnehmen, und die meisten Kantone haben konsultative Kommissionen geschaffen, die sich mit Ausländer- und Integrationsfragen befassen und zu denen in den meisten Fällen auch Ausländerinnen und Ausländer gehören (Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen 2010). Daneben können sich Ausländerinnen und Ausländer in politischen Parteien und Gewerkschaften engagieren. Mit dem Engagement in Parteien hat sich eine Studie im Kanton Aargau auseinandergesetzt. Dabei hat sich gezeigt, dass in der Hälfte aller Lokalparteien Ausländerinnen und Ausländer zumindest als Sympathisanten auftreten. Es wurde aber auch festgestellt, dass rund ein Viertel aller Lokalparteien ausländischen Personen die Mitgliedschaft verweigert. In Bezug auf die Altersstruktur zeigt sich, dass die ausländische Parteianhängerschaft eher jünger ist als die schweizerische. Aber auch die parteilich engagierten Ausländerinnen und Ausländer sind im Durchschnitt zwischen 30 und 45 Jahre alt (Meuli 2006: 2f). Dementsprechend gibt es in den CH@YOUPART-Daten keine statistisch signifikanten Unterschiede in Bezug auf die Parteimitgliedschaft zwischen den Befragten, die lediglich über einen Schweizer Pass verfügen und den Doppelbürgerinnen und -bürgern.

6. Schlussfolgerungen

6.1. Beantwortung der Forschungsfragen

Wie partizipieren junge Erwachsene in der Schweiz politisch?

Es hat sich gezeigt, dass es wenig sinnvoll ist, junge Erwachsene in Bezug auf ihre politische Partizipation als homogene Gruppe zu behandeln. Vielmehr müssen diese differenziert betrachtet werden, um den unterschiedlichen Partizipationsverhalten gerecht zu werden. Innerhalb der CH@YOUNG-Daten konnten insgesamt sechs unterschiedliche Partizipationstypen eruiert werden. Junge Erwachsene unterscheiden sich sowohl im Ausmass ihrer politischen Partizipation als auch in deren Häufigkeit.

So zeichnen sich die Passiven durch politisches Desinteresse und politische Abstinenz aus. Die politische Beteiligung der Minimalisten ist ebenfalls relativ niedrig, sie gehen jedoch regelmässig abstimmen und wählen. Die themenspezifisch Engagierten bevorzugen für ihre politische Artikulation kurzfristige und fokussierte Einsätze, die keine langfristigen Bindungen voraussetzen. Die konventionell Engagierten sind nicht-institutionellen Partizipationsformen gegenüber skeptischer eingestellt und wählen dementsprechend häufiger institutionelle Partizipationsformen. Die Demonstranten sind politisch sehr aktiv, ihr Partizipationsverhalten ist jedoch stärker protestorientiert als bei den anderen Gruppen. Schliesslich zeichnen sich die Aktivist:innen durch eine hohe und sehr vielfältige politische Partizipation aus.

Diese unterschiedlichen Partizipationsmuster unterstreichen die wichtige Rolle der Definition politischer Partizipation, um diese Forschungsfrage zu beantworten. Dies zeigt sich zum Beispiel am unterschiedlichen Partizipationsverhalten der konventionell Engagierten und der themenspezifisch Engagierten. Je nachdem, welche Definition politischer Partizipation man wählt, könnte man daraus schliessen, dass die konventionell Engagierten politisch aktiver sind, weil sie eben konventionelle und institutionelle Aktivitäten bevorzugen. Schliesst man jedoch neue oder nicht-institutionelle Partizipationsformen auch ein, so ist es nicht möglich zu beurteilen, welches Partizipationsmuster aktiver ist. Angesichts der Vielfalt der neuen Partizipationsformen, die vor allem von Jungen benutzt werden, ist es sinnvoll, diesen Begriff möglichst breit zu fassen. Dann wird deutlich, dass das Klischee einer apolitischen Jugend nicht zutrifft. Es gibt Formen der Partizipation, welche von jungen Erwachsenen in grossem Umfang genutzt werden.

Um auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen, verwenden junge Schweizerinnen und Schweizer eine Vielzahl unterschiedlicher Partizipationsformen. Diese gehören zum Teil zum institutionellen Bereich politischer Instrumente. Zahlreiche politische Aktivitäten finden jedoch ausserhalb des institutionellen politischen Rahmens statt. Diese zeichnen sich oft durch neue Formen der politischen Teilnahme aus und weisen sechs Charakteristika auf: Junge Erwachsene bevorzugen themenspezifische, kurzfristige, informelle und individuelle Partizipationsformen, die ihrem Lebensstil entsprechen und daher zum Teil mit Freizeitaktivitäten verbunden werden können. Zudem stellen viele dieser politischen Aktivitäten eine Mischung aus Online- und Offline-Partizipation dar.

Wie lässt sich die politische Partizipation junger Erwachsener erklären?

Die Existenz unterschiedlicher Partizipationsmuster kann durch eine Reihe individueller und kontextueller Merkmale erklärt werden. Dabei unterscheiden sich die genaue Zusammensetzung und die Stärke des Einflusses der Variablen bei den jeweiligen Partizipationstypen. Generell kann man festhalten, dass ein höheres Alter und ein hohes Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit erhöhen, nicht zu den Passiven zu gehören.

Die politische Partizipation wird in entscheidendem Mass durch das politische Interesse beeinflusst. Somit hat eine Reihe individueller Merkmale einen indirekten Einfluss auf die politische Partizipation, indem sie das politi-

sche Interesse erhöhen. So beeinflussen die Diskussionen im Freundes- und Familienkreis, zusammen mit dem Medienkonsum zu politischen Themen und dem politischen Wissen, das politische Interesse.

Die Nähe zu einer politischen Partei hat als einzige berücksichtigte Variable sowohl einen direkten als auch einen indirekten Einfluss auf die politische Partizipation. Die aktive Mitgliedschaft in Nichtregierungsorganisationen, das Vertrauen in die politische Effizienz von institutionellen, aber auch nicht-institutionellen Aktivitäten, die Skepsis gegenüber dem politischen System sowie das politische Engagement des sozialen Umfelds beeinflussen die politische Partizipation direkt. Das gleiche gilt für das Alter und das Bildungsniveau. Diese beiden soziodemographischen Faktoren haben keinen Einfluss auf das politische Interesse, tragen jedoch dazu bei, die politische Partizipation zu erklären.

Um die politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz zu verstehen, reicht es folglich nicht aus, lediglich die Zusammenhänge zwischen politischer Beteiligung und einzelnen Erklärungsfaktoren zu beschreiben. Das politische Interesse, als intervenierende Variable, muss ebenfalls berücksichtigt werden.

6.2. Ausblick

Aufgrund der weitreichenden Folgen politischer Sozialisation sind die Erforschung des Verhältnisses junger Erwachsener zur Politik sowie die Analyse der genauen Gründe für die aktuelle Situation von grosser Bedeutung. Es stellt sich dabei die Frage, wie das politische System der Schweiz auf die Bedürfnisse der jungen Erwachsenen eingehen kann.

Eine erste Schlussfolgerung bezieht sich auf die nicht-institutionellen Formen politischer Beteiligung im Allgemeinen und die neuen Formen im Besonderen. Das politische Potenzial dieser Partizipationsformen sollte erkannt werden. Denn nicht-institutionelle Partizipationsformen führen zu einer breiteren politischen Beteiligung, weil viele junge Menschen dadurch eine politische Stimme erhalten. Sie ermöglichen es jungen Menschen, grösseren Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und scheinen daher ein geeignetes Instrument zu sein, um junge Erwachsene stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden. Zudem können insbesondere neue politische Aktivitäten dazu führen, dass ein politisches Anliegen überhaupt erst formuliert wird. Ist es einmal auf der politischen Agenda, kann es unter Umständen durch konventionelle Instrumente auf die breite politische Bühne gebracht werden. Drittens galten verschiedene Partizipationsformen, die heute als politische Instrumente anerkannt sind, vor einigen Jahren auch als neu und unkonventionell. Dies ist beispielsweise für die Teilnahme an einer Demonstration der Fall. Die Definition politischer Partizipation ist dynamisch und sollte dementsprechend stets angepasst werden.

Ein zweiter Punkt, bei dem angesetzt werden kann, ist die Förderung des politischen Interesses. Wie gezeigt wurde, ist dieses von der politischen Bildung abhängig. Der Bund und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren haben die Wichtigkeit der Förderung der politischen Bildung erkannt und sie in der Erklärung 2011 als bildungspolitisches Ziel definiert (Eidgenössisches Departement des Innern, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement und Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren 2011: 3). Eine konkrete Möglichkeit, das politische Wissen zu erhöhen, ist die Einführung von easyvote für alle jungen Erwachsenen. Indem die Abstimmungsvorlagen auf einfache und klare Weise vermittelt werden, ist es für eine breitere Gruppe junger Erwachsener möglich, an den Abstimmungen auch teilzunehmen. Es ist anzunehmen, dass davon vor allem bildungsferne Kreise profitieren würden. Generell bietet es sich an, bildungsferne Menschen besser anzusprechen. Denn wie aus den Resultaten zu erkennen ist, hat das Bildungsniveau, im Unterschied etwa zum Geschlecht, einen starken Einfluss auf die politische Partizipation. Die Förderung der politischen Bildung junger Erwachsener könnte auch in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle spielen.

Eine dritte Möglichkeit, die zurzeit bereits in Pilotprojekten in 13 Kantonen getestet wird, ist die Einführung von Online-Abstimmungen und Online-Wahlen (Schweizerische Bundeskanzlei 2011: 2). Erste Ergebnisse hierzu

zeigen, dass junge Erwachsene im Vergleich zu den älteren Personen häufiger übers Internet abstimmen (Christin und Trechsel 2004: 8). Auch aus den CH@YOUPART-Daten geht eindeutig hervor, dass diese Neuerung bei den jungen Schweizerinnen und Schweizer gut ankommt. Ein junger Mann drückt es so aus: „Mit einer Online-Abstimmung könnte man mehr Junge zum Abstimmen gewinnen.“

Literaturverzeichnis

- Arnett, Jeffrey Jensen. 2004. *Emerging Adulthood. The Winding Road from the Late Teens through the Twenties*. New York: Oxford University Press.
- Arzheimer, Kai. 2006. "Jung, dynamisch, Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wahlbereitschaft." 317-335 in *Jugend und Politik: "voll normal!": der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*, herausgegeben von Edeltraud Roller, Frank Brettschneider, and Jan W. van Deth. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bachmann, Ingrid, Kelly Kaufhold, Seth C. Lewis und Homero Gil de Zúñiga. 2010. "News Platform Preference: Advancing the Effects of Age and Media Consumption on Political Participation." *International Journal of Internet Science* 5:34-47.
- Baglioni, Simone. 2007. "The effects of direct democracy and city size on political participation." 91-106 in *Participatory Democracy and Political Participation. Can participatory engineering bring citizens back in?*, herausgegeben von Thomas Zittel and Dieter Fuchs. Oxon: Routledge.
- Bakom. 2011. "Telefoninfrastruktur in der Schweiz, Entwicklung 1990-2009." vol. 2011: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/16/04/key/approche_globale.indicator.30101.301.html?open=1#1.
- Barber, Benjamin R. 1984. *Strong democracy. Participatory Politics for a New Age*. London: University of California Press.
- Bauer, Werner T. 2008. "Das kommunale Ausländerwahlrecht im europäischen Vergleich." Beitrag der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Präsentiert im Rahmen der Konferenz des GK Migration und Integration der FES am 16. Februar 2008 in Bonn.
- Bertossa, Luca, Karl Haltiner und Ruth Meyer Schweizer. 2008. *Werte und Lebenschancen im Wandel. Eine Trendstudie zu den Lebens-, Bildungs-, Arbeits- und Politikorientierungen junger Erwachsener in der Schweiz*. Zürich: Verlag Rüegger.
- Bowler, Shaun und Todd Donovan. 2002. "Democracy, Institutions and Attitudes about Citizen Influence on Government." *British Journal of Political Science* 32:371-390.
- Calenda, Davide und Albert Meijer. 2009. "Young people, the Internet and political participation : findings of a web survey in Italy, Spain and The Netherlands." *Information, communication and society* 12:879-898.
- Campbell, Andrea Louise 2007. "Universalism, Targeting and Participation." 121-140 in *Remaking America: Democracy and Public Policy in an Age of Inequality*, herausgegeben von Joe Soss, Jacob S. Hacker, and Suzanne Mettler. New York: Russell Sage Foundation.
- Chareka, Ottilia und Alan Sears. 2006. "Civic Duty: Young People's Conceptions of Voting as a Means of Political Participation." *Canadian Journal of Education* 29:521-540.
- Christin, Thomas und Alexander H. Trechsel. 2004. "Qui vote par Internet ? Une approche scientifique des scrutins de Carouge et Meyrin. Analyse des questionnaires du vote par internet dans les communes de Carouge et de Meyrin." Institut für Politikwissenschaft der Universität St. Gallen und Centre d'études et de documentation sur la démocratie directe der Universität Genf, Genf.
- Coleman, James S. 1988. "Social Capital in the Creation of Human Capital." *American Journal of Sociology* 94:95-120.
- Cueni, Andreas und Stéphane Fleury. 1994. "Etrangers et droits politiques. L'exercice des droits politiques des étrangers dans les cantons de Neuchâtel et du Jura." Commission nationale suisse pour l'UNESCO.
- Dalton, Russell J. 2006. *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Washington: CQ Press.
- Dalton, Russell J. 2008. "Citizenship norms and the expansion of political participation." *Political Studies* 56:76-98.
- Egli, Jakob. 2005. "Hinterwäldler? In der Gemeinde Wald reden alle mit. Portrait der Gemeinde Wald." *Terra Cognita* 7:34-35.
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen. 2010. *Mitreden und Mitgestalten. Strukturelle Partizipation in den Kantonen*. Bern.
- Eidgenössisches Departement des Innern, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement und Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. 2011. "Chancen optimal nutzen. Erklärung 2011 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz." Bern.

- Eith, Ulrich. 2006. "Parteibindungen bei jungen und älteren Erwachsenen in Westdeutschland." 361-378 in *Jugend und Politik: "Voll normal!": der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*, herausgegeben von Edeltraud Roller, Frank Brettschneider, and Jan W. van Deth. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Englert, Carina Jasmin und Michael Roslon. 2010. "Smart Mobs: Die smarte Form der Meinungsäußerung." in *PublicOn - Online-Publikationen im Netzwerk für Kommunikation und Wissen*. Essen: Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Duisburg-Essen.
- Esser, Frank und Claes H. de Vreese. 2007. "Comparing Young Voters' Political Engagement in the United States and Europe." *American Behavioral Scientist* 50:1195-1213.
- Faulks, Keith. 1999. *Political Sociology. A Critical Introduction*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Flanagan, Constance und Peter Levine. 2010. "Civic Engagement and the Transition to Adulthood." *The Future of Children* 20:159-179.
- Forno, Francesca und Luigi Ceccarini. 2006. "From the Street to the Shops: The Rise of New Forms of Political Actions in Italy." *South European Society and Politics* 11:197-222.
- Freitag, Markus und Isabelle Stadelmann-Steffen. 2010. "Stumbling block or stepping stone? The influence of direct democracy on individual participation in parliamentary elections." *Electoral Studies* 29:472-483.
- Friesl, Christian, Ingrid Kromer und Regina Polak. 2008. *Lieben, Leisten, Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich*. Wien: Czernin.
- Fuchs, Dieter. 2007. "Participatory, liberal and electronic democracy." 29-54 in *Participatory Democracy and Political Participation. Can participatory engineering bring citizens back in?*, herausgegeben von Thomas Zittel and Dieter Fuchs. Oxon: Routledge.
- Fukuyama, Francis. 2001. "Social capital, civil society and development." *Third World Quarterly* 22:7-20.
- Gaiser, Wolfgang und Johann de Rijke. 2006. "Gesellschaftliche und politische Beteiligung." 213 - 276 in *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*, herausgegeben von Martina Gille, Sabine Sardei-Biermann, Wolfgang Gaiser, and Johann de Rijke. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gaiser, Wolfgang und Johann de Rijke. 2008. "Political Participation of youth. Young Germans in the European context." *Asia Europa Journal* 5:541-555.
- Gaiser, Wolfgang und Johann de Rijke. 2009. "Partizipation junger Menschen. Trends in Deutschland und der europäische Kontext."
- Gaiser, Wolfgang, Johann de Rijke und Reingard Spannring. 2010. "Youth and political participation – empirical results for Germany within a European context." *Young* 18:427-450.
- Galston, William A. 2004. "Civic education and Political Participation." *PS: Political Science and Politics* 37:263-266.
- Gil de Zúñiga, Homero, Aaron Veenstra, Emily Vraga und Dhavan Shah. 2010. "Digital Democracy: Reimagining Pathways to Political Participation." *Journal of Information Technology & Politics* 7:36-51.
- Gille, Martina, Sabine Sardei-Biermann, Wolfgang Gaiser und Johann de Rijke. 2006. *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Göbel, Ester 2011. "Kaufrausch im Zeichen der Karrote." *Geo*.
- Hadjar, Andreas und Rolf Becker. 2007. "Unkonventionelle Politische Partizipation Im Zeitverlauf." *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59:410-439.
- Hadjar, Andreas und Florian Schlapbach. 2009. "Educational Expansion and Interest in Politics in Temporal and Cross-cultural Perspective: A Comparison of West Germany and Switzerland." *European Sociological Review* 25:271-286.
- Harris, Anita, Johanna Wyn und Salem Younes. 2010. "Beyond apathetic or activist youth: 'Ordinary' young people and contemporary forms of participation." *Young* 18:9-32.
- Heath, Oliver. 2007. "Explaining Turnout Decline in Britain, 1964-2005: Party Identification and the Political Context." *Political Behavior* 29:493-516.
- Henn, Matt, Mark Weinstein und Sarah Hodgkinson. 2007. "Social Capital and Political Participation: Understanding the Dynamics of Young People's Political Disengagement in Contemporary Britain." *Social Policy & Society* 6:467-479.
- Heusser, Pierre. 2001. *Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer*. Zürich: Schulthess Verlag.

- Hoecker, Beate. 1995. *Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hoffmann-Lange, Ursula. 1995. *Jugend und Demokratie in Deutschland*. Opladen: Leske+ Budrich.
- Hurrelmann, Klaus, Ruth Linssen, Mathias Albert und Holger Quellenberg. 2004. "Eine Generation von Egotaktikern? Ergebnisse der bisherigen Jugendforschung." 31-51 in *Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus*, herausgegeben von Deutsche Shell. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Inglehart, Ronald und Pippa Norris. 2000. "The Developmental Theory of the Gender Gap: Women's and Men's Voting Behavior in Global Perspective." *International Political Science Review / Revue internationale de science politique* 21:441-463.
- Kaase, Max. 2002. "Politische Beteiligung/Politische Partizipation." 473-478 in *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, herausgegeben von Uwe Andersen and Wichard Woyke. Opladen: Leske und Budrich.
- Kaase, Max und Alan Marsh. 1979. "Political Action: A Theoretical Perspective." 27-57 in *Political action. Mass participation in five Western democracies*, herausgegeben von Samuel H. Barnes and Max Kaase. London: Sage Publications.
- Kriesi, Hanspeter. 2005. *Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*. Oxford: Lexington Books.
- La Due Lake, Ronald und Robert Huckfeldt. 1998. "Social Capital, Social Networks, and Political Participation." *Political Psychology* 19:567-584.
- Li, Yaojun und David Marsh. 2008. "New Forms of Political Participation: Searching for Expert Citizens and Everyday Makers." *British Journal of Political Science* 38:247-272.
- Lim, Chaeyoon. 2008. "Social Networks and Political Participation: How Do Networks Matter?" *Social Forces* 87:961-982.
- Linder, Wolf. 2004. *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Mazzoleni, Oscar und Maurizio Masulin. 2005. "Jeunes, participation politique et participation sociale en Suisse. Une étude de cas." *Swiss Political Science Review* 11:55-81.
- McClurg, Scott D. 2003. "Social Networks and Political Participation: The Role of Social Interaction in Explaining Political Participation." *Political Research Quarterly* 56:449-464.
- McIntosh, Hugh, Daniel Hart und James Youniss. 2007. "The Influence of Family Political Discussion on Youth Civic Development: Which Parent Qualities Matter?" *PS: Political Science and Politics* 40:495-499.
- Meuli, Urs. 2006. "Ausländerinnen und Ausländer in den Parteien des Kantons Aargau." Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Micheletti, Michele. 2003. *Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action*. New York: Palgrave Macmillan.
- Möckli, Silvio. 1993. *Stärken und Schwächen der direkten Demokratie in der Schweiz*. Institut für Politikwissenschaft Hochschule St. Gallen.
- Neilson, Lisa A. und Pamela Paxton. 2010. "Social Capital and Political Consumerism: A Multilevel Analysis." *Social Problems* 57:5-24.
- Ogris, Günther und Sabine Westphal. 2006. "Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa." *Aus Politik und Zeitgeschichte*:7-17.
- Pattie, Charles J. und Ronald J. Johnston. 2009. "Conversation, Disagreement and Political Participation." *Political Behavior* 31:261-285.
- Putnam, Robert D. 1995a. "Bowling Alone: America's Declining Social Capital." *Journal of Democracy* 6:65-78.
- Putnam, Robert D. 1995b. "Tuning In, Tuning Out. The Strange Disappearance of Social Capital in America." *Political Science and Politics* 28:664-683.
- Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Quintelier, Ellen. 2010. "The effect of schools on political participation: a multilevel logistic analysis." *Research Papers in Education* 25:137-154.
- Rheingold, Howard. 2002. *Smart Mobs. The next social revolution*. Cambridge, Mass: Basic Books.
- Rubenson, Daniel, André Blais, Patrick Fournier, Elisabeth Gidengil und Neil Nevitte. 2004. "Accounting for the Age Gap in Turnout." *Acta Politica* 39:407-421.

- Ruedin, Didier. 2010. "Wie würden Personen ohne den roten Pass wählen: Wahlverhalten von Ausländerinnen und Ausländern." 1-11. Neuchâtel: SFM - Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population.
- Schaffner, David. 2004. "Die Gemeinde Wald im Appenzell ist weit voraus." in *Tages-Anzeiger*: Erschienen am 11.02.2004.
- Scherger, Simone. 2007. *Destandardisierung, Differenzierung, Individualisierung: Westdeutsche Lebensläufe im Wandel*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schlozman, Kay Lehman, Nancy Burns und Sidney Verba. 1994. "Gender and the Pathways to Participation: The Role of Resources." *The Journal of Politics* 56:963-990.
- Schweizerische Bundeskanzlei. 2011. "Vote électronique. Ein Gemeinschaftsprojekt vom Bund und den Kantonen." Bern.
- Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung. 2010. "Bildungsbericht Schweiz 2010." Aarau.
- Sciarini, Pascal, Thanh-Huyen Ballmer-Cao und Romain Lachat. 2001. "Genre, âge et participation politique: les élections fédérales de 1995 dans le canton de Genève." *Swiss Political Science Review* 7:81-96.
- Sörbom, Adrienne. 2010. "It is Merely Changing. An Analysis of the Concept of Individualization in Relation to Contemporary Political Participation." 115-130 in *New Forms of Citizen Participation: Normative Implications*, herausgegeben von Erik Amnå. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Steinle, Andreas und Peter Wippermann. 2003. *Die neue Moral der Netzwerkkinder: Trendbuch Generationen*. München: Piper Verlag.
- Stolle, Dietlind, Marc Hooghe und Micheletti Michele. 2005. "Politics in the Supermarket: Political Consumerism as a Form of Political Participation." *International Political Science Review / Revue internationale de science politique* 26:245-269.
- Strømsnes, Kristin. 2005. "Political Consumption in Norway: Who, why - and does it have any effect?" 165-182 in *Political Consumerism: Its motivations, power, and conditions in the Nordic countries and elsewhere*, herausgegeben von Magnus Boström, Andreas Føllesdal, Mikael Klintman, Michele Micheletti, and Mads P. Sørensen. Kopenhagen: Nordisk Ministerråd.
- Suter, Manuel. 2005. "Organisationen und politische Partizipation: Wie die Eigenschaften von Organisationen die politische Beteiligung ihrer Mitglieder beeinflussen." CIS Working Paper.
- Tedesco, John C. 2007. "Examining Internet interactivity effects on young adult political information efficacy." *American Behavioral Scientist* 50:1183.
- Terra Cognita. 2010. "Keine Erschütterung der traditionellen politischen Kräfteverhältnisse. Interview zu Stimmbeteiligung und -verhalten mit Pascale Steiner." Terra Cognita 17/2010.
- Torche, Denis. 2010. "Ne pas perdre le goût de la participation politique." *Terra Cognita* 17:36-37.
- van Deth, Jan W. 2000. "Das Leben, nicht die Politik ist wichtig." 115-135 in *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase*, herausgegeben von Oskar Niedermayer and Bettina Westle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Verba, Sidney, Norman H. Nie und Jae-On Kim. 1987. *Participation and political equality: a seven-nation comparison*. Chicago: University of Chicago Press.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady. 1995. *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. Harvard University Press.
- Von Steingarth, Gabor und Harald Schumann. 2011. "Globalisierung von unten." Der Spiegel.
- Westle, Bettina. 2001. "Politische Partizipation und Geschlecht." 131-168 in *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, herausgegeben von Achim Koch, Martina Wasmer, and Peter Schmidt.
- Willemse, Isabel, Gregor Waller und Daniel Süß. 2010. "JAMES - Jugend, Aktivitäten, Medien - Erhebung Schweiz." Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- Zerback, Thomas, Harald Schoen, Nikolaus Jakob und Stefanie Schlereth. 2009. "Zehn Jahre Sozialforschung mit dem Internet - Eine Analyse zur Nutzung von Online-Umfragen in den Sozialwissenschaften." 15-32 in *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung*, herausgegeben von Nikolaus Jakob, Harald Schoen, and Thomas Zerback. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zittel, Thomas. 2007. "Participatory democracy and political participation." 9-28 in *Participatory Democracy and Political Participation. Can participatory engineering bring citizens back in?*, herausgegeben von Thomas Zittel and Dieter Fuchs. Oxon: Routledge.

Nouvelles découvertes concernant la participation politique des jeunes adultes en Suisse (Version condensée)

Une étude de FORS, qui vient d'être publiée, montre que les jeunes adultes en Suisse s'engagent de multiples façons sur le plan politique. Si certains participent aux votations et élections, les mobilisations «intelligentes», les boycotts de produits, les collectes de signatures pour des pétitions en ligne et les adhésions à des groupes Facebook d'ordre politique jouent un rôle de plus en plus important. De façon générale, les jeunes Suisses et Suissesses privilégient les formes de participation occasionnelles, informelles, individuelles et n'engageant qu'à court terme, parfois combinables avec les loisirs et mêlant participation en ligne et participation hors ligne.

L'étude réalisée par FORS cherche à identifier les principales motivations qui incitent les jeunes Suisses et Suissesses à s'engager politiquement. L'enquête inclut la classe d'âge des 18 à 25 ans – une première pour la Suisse. Elle porte essentiellement sur les questions suivantes:

Quelles formes la participation politique des jeunes adultes prend-elle en Suisse?

Les auteurs de l'étude utilisent la notion de participation politique dans une acception large, qui inclut les formes de participation importantes pour les jeunes adultes et un échantillon aussi complet que possible de leurs points de vue et de leurs intérêts politiques. Ainsi, l'étude se penche notamment sur les formes de participation nouvelles et non institutionnelles telles que la rédaction de textes politiques sur Internet, la participation à des mobilisations dites intelligentes (*smartmob*), le boycott ciblé de produits ou l'adhésion à des groupes Facebook d'ordre politique.

L'étude met en lumière la variété des comportements participatifs des jeunes adultes, appelant des approches différenciées de la question. Les données recueillies à titre propre dans le cadre de l'étude ont permis d'identifier six profils de participation (voir encadré et portraits en annexe).

Le groupe des **passifs** se distingue par un désintérêt pour la politique et s'en tient à l'écart. Les passifs sont légèrement plus jeunes que les membres des autres groupes. Leur niveau de formation est bas.

La participation politique des **minimalistes** est relativement faible, mais ils participent régulièrement aux votations ou aux élections et signent des référendums et des initiatives. Les instruments politiques dont ils font usage sont ceux généralement associés à l'accomplissement des devoirs civiques.

Les personnes **mobilisées sur des thèmes spécifiques** privilégient les actions ciblées à court terme comme mode d'expression politique. Ils recourent à une large palette de formes de participation politique pour faire connaître leur opinion et influencer les décisions politiques. Ils participent rarement à des élections mais régulièrement aux votations.

Les **personnes politisées de façon classique** sont plutôt sceptiques à l'égard des formes de participation nouvelles et non institutionnelles. Par conséquent, elles privilégient des formes de participation classiques et institutionnelles. Par rapport à d'autres groupes, elles discutent plus souvent de sujets politiques dans leur entourage social mais s'engagent peu au sein d'associations ou d'ONG.

Les **manifestants** sont très actifs politiquement. Toutefois, leur comportement participatif est davantage axé sur la protestation que dans les autres groupes et certaines de leurs formes de participation sont illégales. Leur intérêt pour la politique est plus élevé et leur culture politique généralement plus développée.

Les **activistes** se distinguent par une participation politique importante et très diversifiée. Ils s'engagent plus souvent au sein d'associations ou d'ONG, mais sont relativement sceptiques à l'égard des institutions politiques en général (Parlement, Conseil fédéral, partis).

Ces profils font apparaître une diversité de formes de participation politique qui relègue au rang de cliché dépourvu de fondement réel l'idée que la jeune génération serait apolitique. L'activité politique des jeunes adultes ne peut être jugée uniquement d'après leur participation aux élections et aux votations ou leur affiliation à un parti. On ne saisit et n'est capable d'apprécier correctement la participation politique des 18-25 ans qu'en prenant cette notion dans son acception la plus large et en y intégrant des formes nouvelles et fluctuantes d'articulation des intérêts politiques.

Dans ce cadre, les préférences des jeunes deviennent manifestes. La part des jeunes adultes politiquement actifs par simple sens civique décline. Les jeunes Suisses et Suissesses privilégient des formes de participation sur des thèmes spécifiques, informelles, individuelles et n'engageant qu'à court terme, parfois combinables à des activités de loisir. De plus, leurs activités politiques mêlent souvent participation en ligne et participation hors ligne, comme dans le cas des mobilisations dites intelligentes (voir l'encadré «Mobilisations intelligentes, éclair et carotte» dans l'annexe).

Quels facteurs déterminent la participation politique des jeunes?

Lorsqu'un jeune est intéressé par la politique, cela influence de façon déterminante sa participation politique. L'intérêt pour la politique est lui-même déterminé par les facteurs suivants: la consommation de médias, la proximité d'un parti, les discussions politiques dans le cercle des amis et de la famille et la culture politique (voir le graphique dans l'annexe).

Ont également une influence directe sur la participation politique: l'engagement actif au sein d'une ONG, la confiance en l'efficacité d'activités institutionnelles ou non institutionnelles, du scepticisme à l'encontre du système politique et l'engagement politique de l'entourage social. Il en va de même de l'âge et du niveau de formation. Isolément, ces deux facteurs n'ont pas d'influence sur l'intérêt pour la politique, mais ils contribuent à expliquer la participation politique.

Dans ces conditions, si l'on veut comprendre la participation politique des jeunes adultes en Suisse, il ne suffit pas de relier la participation politique à certains facteurs sociodémographiques. La variable qu'est l'intérêt pour la politique joue un rôle important également.

Conclusion

Les auteurs de l'étude tirent trois conclusions:

- En tant que nouveaux moyens de participation au processus politiques, les formes de participation politique non institutionnelles présentent un potentiel politique de plus en plus important, mais pas pleinement reconnu. Ces possibilités constituent de nouvelles voies d'accès à la politique, mieux adaptées aux besoins des jeunes adultes. Mais à un niveau plus fondamental, elles créent aussi les conditions permettant que certaines revendications politiques soient formulées (par ex. au moyen d'un groupe dans Facebook).
- L'intérêt pour la politique dépend fortement du niveau de formation. Dans ces conditions, la culture politique et la compréhension de la politique revêtent une importance cruciale. Par ailleurs, les jeunes ont souvent l'impression que les objets soumis en votation sont formulés de manière trop compliquée. En diffusant les contenus sous forme simple et claire, il est possible d'atteindre des franges plus importantes des jeunes adultes et de renforcer leur motivation à participer à des votations, ce dont pourrait notamment profiter des milieux ayant un accès limité à la culture et à l'éducation. Le projet easyvote en fournit un exemple (voir encadré dans l'annexe).
- La possibilité de participer en ligne à des votations ou à des élections, en cours de test dans le cadre de projets pilotes, pourra contribuer dans une mesure importante au renforcement de la participation politique des jeunes adultes.

Participation politique des jeunes adultes en Suisse – fiche signalétique

Responsabilité du projet: FORS

Soutien financier: SER

Echantillon: 1360 Suissesses et Suisses âgés de 18 à 25 ans

Enquête réalisée entre: octobre 2010 et mars 2011

Méthode utilisée: questionnaire en ligne

Indication bibliographique:

Martina Rothenbühler, Franziska Ehrler, Kathrin Kissau,
CH@YOUPART – Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz.
FORS, Lausanne 2012

Renseignements concernant CH@YOUPART:

Peter Farago, directeur de FORS: peter.farago@fors.unil.ch

Martina Rothenbühler, collaboratrice scientifique et auteur de l'étude: martina.rothenbuehler@fors.unil.ch

FORS

Le Centre de compétences suisse en sciences sociales FORS produit et distribue des lots de données complexes, publie des récents résultats de la recherche, innove en matière de recherche méthodologique et propose des prestations proches de la pratique. L'étude CH@YOUPART a été réalisée par FORS. Informations supplémentaires: www.fors.unil.ch

Mobilisations intelligentes, éclair et carotte

L'action politique à l'ère de la communication mobile

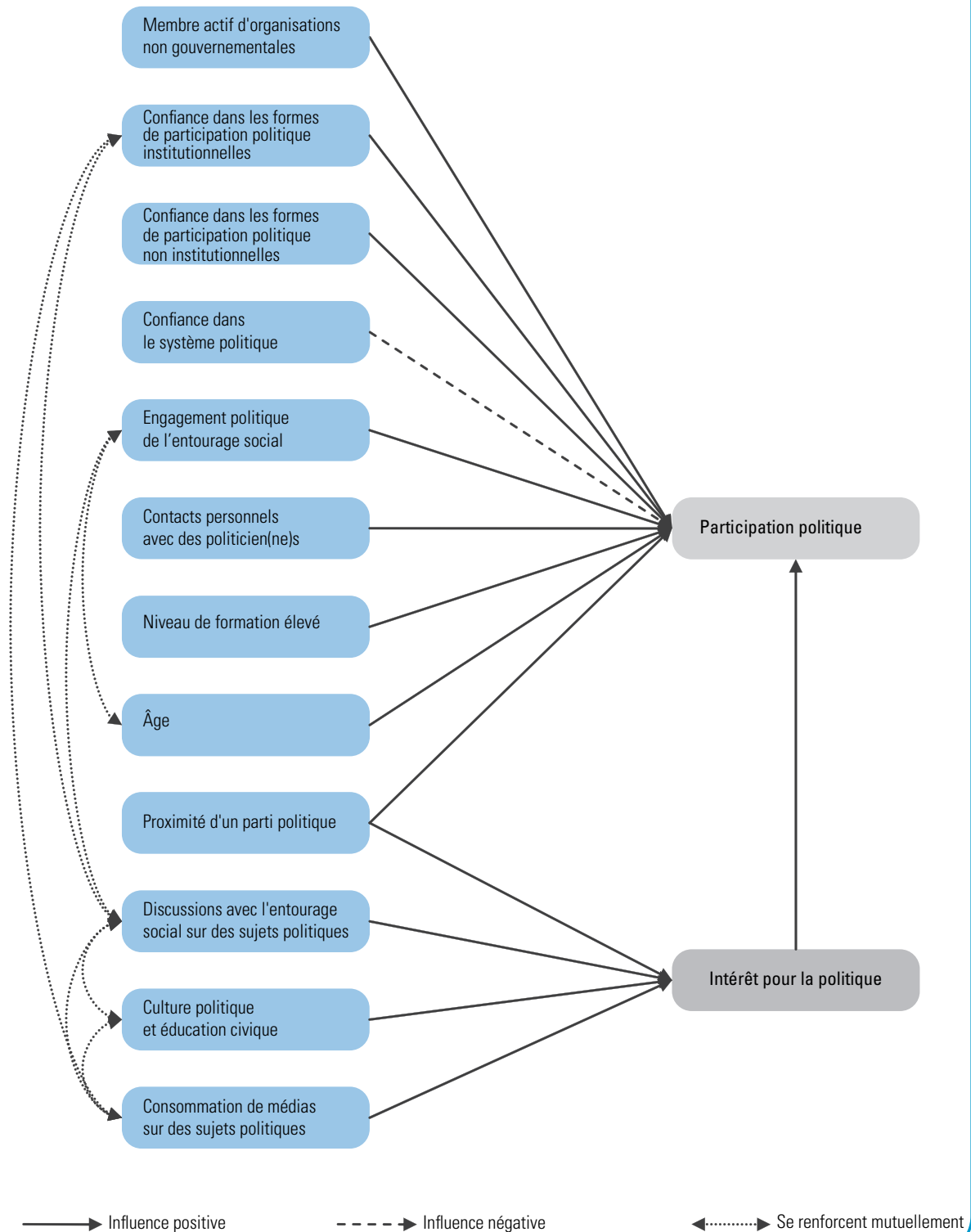
L'expression **mobilisation intelligente** (*smartmob*) désigne une nouvelle forme d'organisation sociale. Il s'agit d'un réseau social mobile ne répondant aux instructions d'aucune instance supérieure, mais (ré)agissant de façon autonome, un peu comme un essaim d'abeilles, les informations entre les membres du groupe étaient échangées au moyen de la communication mobile. La nouveauté ne réside pas dans le fait que ces groupes de personnes agissent conjointement, mais dans la rapidité et la flexibilité avec laquelle l'action conjointe peut être coordonnée grâce aux nouveaux moyens de communication; ces derniers permettent de lancer des actions collectives dans des contextes dans lesquels cela aurait été impensable antérieurement. La mobilisation s'effectue via Internet ou par SMS. Des personnes qui ne se connaissent pas se rassemblent à un endroit défini, généralement un endroit public, pour mener une action commune. La foule se dissout aussi rapidement qu'elle s'était formée. L'effet de surprise est un ingrédient déterminant des mobilisations intelligentes.

L'expression *smartmob* est aussi utilisée pour marquer une distance par rapport aux *flashmob* ou **mobilisations éclair**. Les actions menées dans le cadre des mobilisations intelligentes se veulent porteuses de sens. Un but supérieur, généralement politique, les anime, tandis que les *flashmob* ont pour fin unique le divertissement (organisation d'une bataille collective de coussins par ex.). La mobilisation intelligente cherche à attirer les projecteurs sur un sujet déterminé ou sur des irrégularités. Les mobilisations intelligentes (*smartmob*) étaient à l'origine une pratique des antimondialistes, mais elles ne sont plus aujourd'hui l'apanage de milieux de gauche ou de droite. Joseph Estrada, ancien président des Philippines, est le premier magistrat à avoir été contraint de renoncer à ses fonctions sous l'effet d'une mobilisation intelligente. Plus d'un million d'habitants de Manille se concertant par SMS surgissaient du néant aux endroits où Joseph Estrada apparaissait pour protester contre lui, ce qui l'a finalement acculé à la démission.

En Suisse, des mobilisations intelligentes simultanées ont eu lieu dans plusieurs villes en rapport notamment avec l'initiative sur la protection face à la violence des armes et l'exportation de matériel de guerre. Sur un signal, tous les participants mimèrent l'actionnement de la détente d'une arme à feu et se laissèrent choir. La foule resta à terre quelques minutes avant de se relever et de se disperser aussi rapidement qu'elle s'était formée.

Une **mobilisation carotte** (*carrotmob*) est un cas particulier de mobilisation intelligente, qui renverse le principe du boycott. Des personnes sont mobilisées en grand nombre pour procéder à des achats auprès d'un commerce déterminé pendant une période déterminée. Les commerces concernés se sont engagés au préalable à investir une partie du chiffre d'affaires généré par la mobilisation carotte dans des mesures visant, par exemple, à économiser l'énergie. La mobilisation carotte agit en faveur du commerce qui a promis de consacrer la part de chiffre d'affaires la plus importante aux mesures souhaitées. En Suisse, des mobilisations de ce genre ont eu lieu à Bâle, Berne et Zurich notamment.

Influence de l'intérêt pour la politique sur la participation politique des jeunes adultes en Suisse



Easyvote

Information politique destinée à des jeunes et produite par des jeunes

En prélude aux votations, tous les citoyens actifs reçoivent, avec le bulletin de vote, une brochure expliquant les enjeux. Les *parlements de jeunes* s'en sont inspirés et ont élaboré leur propre support d'information, dont le nom actuel est *easyvote*. Son but est de faciliter l'accès des jeunes adultes aux informations sur les votations au moyen de textes succincts et aisément compréhensibles. La brochure s'ouvre toujours sur un texte introductif expliquant la modification prévue et ses effets. Il est suivi de la présentation des arguments pour et contre. Easyvote est politiquement neutre; la brochure entend informer les jeunes n'ayant pas encore le droit de vote sur les décisions politiques dans une langue qu'ils comprennent et inciter les jeunes en âge de voter de participer aux votations. *easyvote* contient des informations sur les scrutins nationaux et cantonaux. Elle n'a pas pour ambition de se substituer à d'autres informations, mais de faciliter l'accès des jeunes au sujet concerné en leur fournissant une information de base qu'ils pourront eux-mêmes compléter. Dans la plupart des cas, la brochure *easyvote* est mise à disposition des jeunes par les communes, mais elle peut aussi être téléchargée sur Internet (www.easyvote.ch).

Le parlement des jeunes de Köniz est à l'origine de l'idée de cette brochure, lancée en 2007 par six parlements de jeunes dans le canton de Berne. Des parlements de jeunes dans divers autres cantons ont suivi dans l'intervalle. Depuis 2011, le projet est étendu progressivement à toute la Suisse alémanique. Toutes les communes alémaniques ont la possibilité d'y participer; à partir de 2012, *easyvote* sera aussi disponible en français et en italien. Une brochure explicative avait également été publiée à l'occasion des élections fédérales 2011. Par ailleurs, des collaborations viennent d'être mises en place avec des écoles. Le but est de proposer dans les classes une assistance pour l'utilisation d'*easyvote*.

Les textes destinés à *easyvote* sont rédigés par des jeunes des cantons concernés. Les auteurs des textes travaillent bénévolement. Pour le reste, le projet est cofinancé par des fondations et la Confédération durant la phase de lancement; à terme, l'objectif est qu'*easyvote* couvre ses coûts de production grâce à la contribution fournie par les communes.

92 communes alémaniques participent au projet pour le moment. Hergiswil, dans le canton de Lucerne, en fait partie. La brochure y est proposée depuis 2011. Hergiswil fut l'une des premières communes du canton à introduire cette offre, le but étant de sensibiliser les jeunes citoyens aux sujets politiques et de les encourager à participer aux décisions. Les 200 jeunes âgés entre 18 et 25 ans que compte la commune reçoivent tous *easyvote* par la poste avant des votations ou des élections. Interlaken, dans le canton de Berne, fait partie des communes utilisant le produit depuis relativement longtemps. A Interlaken, on se félicite de cette offre. Le parlement des jeunes y avait rendu attentif à l'origine. Les jeunes apprécient que des matières compliquées soient expliquées simplement. Cela ressort des commentaires que reçoit Christine Bühler, directrice du projet *easyvote*. Mais des adultes lui adressent des messages dans lesquels ils indiquent qu'*easyvote* leur est utile également.

Passive



Vera, 23 ans, assistante en soins et santé communautaire

«Tout ce que je sais de la politique ou presque m'a été enseigné à l'école professionnelle pendant mon apprentissage. Tout cela était si compliqué; j'en ai oublié une bonne partie. Comme je ne parle jamais de sujets politiques avec mes amis, au travail ou avec ma famille, je ne saurais même pas vraiment dire s'il y a des personnes qui s'intéressent à la politique dans mon entourage. Néanmoins, je trouve que la politique est importante; sans la politique, chacun n'en ferait qu'à sa tête. Je trouve précieux que la Suisse soit un pays sûr. Pour moi, la politique signifie prendre des décisions sur ce qui doit advenir. Je suis rassurée de savoir qu'il existe des gens qui prennent ces décisions pour moi, de façon à peu près satisfaisante. J'imagine que les politiciens font bien leur travail, sinon ils ne seraient pas réélus. Pour ma part, je n'ai participé qu'une fois à des élections et, au fond, c'était pour faire plaisir à mon copain; il trouve que ce serait bien que je m'intéresse un peu plus à la politique. Cela dit, j'ai quand même réfléchi par moi-même qui élire; j'ai lu la brochure explicative jointe au matériel de vote pour savoir quel parti me correspond le plus. Tendanciellement, les élections me semblent plus importantes que les votations, puisque les personnes élues prennent ensuite les décisions importantes. Lorsque j'ai atteint l'âge de 18 ans, je me souviens de m'être réjouie d'avoir le droit de vote et j'en ai du reste fais usage à une ou deux reprises à l'époque. Mais depuis, cela ne m'est plus arrivé qu'une fois, et je ne me souviens plus quel était l'objet de la votation. En général, je jette le matériel de vote sans avoir décacheté l'enveloppe. Je ne suis pas assez motivée pour lire toutes ces informations. D'autant qu'elles sont difficiles à comprendre. De plus, je ne parviens pas vraiment à évaluer les conséquences réelles qu'aurait un oui ou un non. Ce serait une bonne chose à mes yeux que la documentation électorale soit présentée de façon un peu plus attrayante et plus simple. Cela permettrait de s'informer sans avoir à y consacrer trop de temps. En soi, les votations me paraissent importantes, car ce qui compte finalement, c'est ce que veut le peuple. Mais seuls les gens qui sont intéressés par le sujet devraient voter. Pour moi, ce n'est ni évident, ni vraiment important. A côté de mon travail à l'hôpital, j'ai accompli une formation de maquilleuse; j'aimerais intégrer ce deuxième pôle d'activité dans ma vie professionnelle. Je maquille en marge de séances de photos ou de défilés de mode, lors de mariages aussi. Cette activité demande beaucoup de temps; il faut se tenir informé constamment des dernières tendances et des nouveaux produits. A l'hôpital, j'ai proposé d'offrir des cours de maquillage aux patients atteints du cancer. Les patients sont ravis et j'exerce cette activité avec plaisir bien qu'elle ne soit pas rémunérée. Mon temps libre est donc bien occupé; et s'il m'en reste un peu, je préfère aller boire un pot avec mes collègues plutôt que de m'occuper de questions politiques.»

Minimaliste



Thierry, 25 ans, employé d'une entreprise de sécurité

«Je participe aux votations et aux élections. Cela suffit à mes yeux. On pourrait toujours améliorer certaines choses, mais, au fond, je suis satisfait. La Suisse ne connaît pas véritablement de problèmes de nature à affecter mon avenir ou celui de mes enfants qui me pousseraient à descendre dans la rue. Je préfère consacrer mes loisirs à des activités qui me font plaisir. Je joue au football, je passe du temps avec des camarades ou avec ma copine. Mais je suis toujours plus ou moins au courant des enjeux de votation. Je m'estime suffisamment informé sur le plan politique. Je lis les journaux. Lorsqu'un sujet politique m'intéresse vraiment, il m'arrive même de lire un article entier. Mais lorsque je feuillette un journal, je ne cherche pas activement les pages traitant de politique; certains sujets m'intéressent quand même davantage. Naturellement, la politique est aussi souvent un sujet de discussion au travail ou au bistro. Mais à la maison et avec ma copine, nous discutons plutôt d'autres sujets. Parfois, je parviens à la convaincre d'aller voter, mais je n'essaye pas d'imposer mes opinions à qui que ce soit. Je ne vais voter que lorsque j'ai pris le temps de m'informer préalablement. Certains sujets m'intéressent évidemment plus que d'autres. En fait, je m'intéresse surtout aux questions qui me concernent directement. Il m'arrive de m'énerver sur l'augmentation incessante des primes maladie et le fait que la centrale nucléaire de Mühleberg ne soit pas sûre me préoccupe. De plus, comme je suis issu du monde agricole, la libéralisation des marchés m'inquiète dès lors qu'elle menace la survie des exploitations. Quand la votation porte sur des sujets de ce genre, j'estime qu'il est important d'y participer. En revanche, la prévoyance vieillesse ne fait pas partie de mes sujets de préoccupation pour le moment; ce sera pour plus tard. Dans le cadre d'élections, je trouve parfois difficile de trouver des candidats qui défendent mes intérêts. Ils sont presque tous alignés sur un parti et, comme des idées de différents partis me paraissent bonnes, aucun candidat ne correspond parfaitement à mes opinions. En principe, je participe aux votations ou aux élections dans le but de produire un effet, d'amener un changement. Je fais entendre ma voix de citoyen. Ce n'est qu'une voix parmi bien d'autres, mais, au final, ce sont elles qui conduisent à un changement. Il me paraît important que les gens aillent voter. L'idéal serait évidemment que tout le monde le fasse; ainsi, la décision prise reflèterait l'avis du peuple suisse dans son ensemble. Mais certains n'ont pas le temps d'aller voter ou n'y voient pas d'intérêt. Je ne ressens pas l'acte de voter comme un devoir, mais plutôt comme un droit, qu'il m'est loisible d'exercer quand bon me semble. Il m'est arrivé de signer un référendum à une reprise, en rapport avec l'interdiction de fumer. Je ne sais pas s'il y a eu une votation finalement. Mais je trouve vraiment très bien que des référendums et des initiatives soient possibles. En fait, je trouve qu'il n'existe pas de meilleur système politique que celui de la Suisse.»

Jeune mobilisé sur des thèmes spécifiques



Reto, 21 ans, étudiant

«La politique m'intéresse, mais je ne suis bien informé que sur quelques sujets bien précis. Lorsque je sens que je peux contribuer à l'obtention d'un résultat, je suis aussi prêt à payer de ma personne. Pendant l'accomplissement de ma maturité professionnelle, j'ai milité pour des changements dans le système scolaire. Avec d'autres élèves, nous avons eu l'occasion de rencontrer la direction de l'établissement et un représentant de la direction de l'instruction publique, mais l'exercice a vite révélé ses limites. Ça valait la peine d'essayer; mais lorsqu'on n'arrive à rien, je ne suis pas disposé à sacrifier du temps, ni n'en ai envie. La question énergétique est un sujet qui m'intéresse vraiment en ce moment du fait notamment que je suis étudiant en électrotechnique. Le sujet est très technique; il me semble important que l'on écoute ce que les spécialistes de ce domaine ont à dire. Il n'est pas nécessaire à mes yeux que la population ait toujours son mot à dire sur tout, car beaucoup de gens n'ont simplement pas le temps de s'informer; lorsque je ne suis pas bien informé sur un sujet, je m'abstiens de voter. Des initiatives telles que celle sur les minarets ou sur les armes me semblent tout à fait superflues; elles ne contribuent qu'à monter les gens les uns contre les autres et il y aurait mieux à faire avec l'argent consacré à la propagande. Lorsque je discute de politique de l'énergie, je m'aperçois que des gens qui ont une opinion bien arrêtée en ignorent souvent les conséquences et même qu'ils s'en moquent. Fondamentalement, je pense qu'il faut laisser les gens vivre comme bon leur semble. De mon côté, j'essaie de vivre de façon compatible avec mon éthique. Je prends relativement rarement l'avion et je m'efforce de réduire au strict minimum ma consommation de certains produits. A titre d'exemple, je reste fidèle à mon vieux téléphone cellulaire, bien que, d'un point de vue strictement technique, un smartphone me tenterait. D'un autre côté, je suis automobiliste. A chacun de faire ses choix. Je ne crois pas qu'imposer des limitations mène bien loin; mais les gens doivent être éclairés sans ménagement sur les conséquences de leurs actes. Je m'y emploie pour ma part, au sein d'un groupe de jeunes dans une association de jeunes. Lorsque l'un des membres du groupe me fait part de son opinion dans un domaine politique quelconque, j'essaie de lui expliquer les faits. Lorsque je parviens à amener les membres du groupe – ils sont six – à reconsidérer leur opinion et à en discuter aussi avec d'autres personnes, j'ai le sentiment que mon action n'est pas vaine. Je pense que la discussion est le meilleur moyen d'arriver à quelque chose, plus que la démonstration, qui peut parfois être mal comprise. Je m'entretiens de politique avec les gens les plus divers: des enseignants, des camarades de classe, dans mon cercle d'amis et aussi, souvent, avec mon père. Si on garde les yeux et les oreilles un peu ouverts, on est amené à avoir des discussions avec des gens tout à fait inattendus. Il m'est arrivé une fois de tomber, dans une cave à vin, sur un responsable du canton dans le domaine de l'environnement, accompagné d'une délégation chinoise. C'était passionnant. A l'issue de mes études, j'aimerais voyager. Je ne sais pas si je m'engagerai pour une cause dans le futur. Cela dépendra notamment des expériences que je ferai au cours de mon voyage.»

Jeune politisée de façon classique



Laura, 20 ans, future jardinière d'enfants

«Nous discutons souvent de politique à la maison. Par conséquent, je m'estime plutôt bien informée. En principe, je participe systématiquement aux votations et aux élections. Le vote, c'est l'outil à ma disposition pour contribuer à des changements. Certes, je ne suis qu'une goutte d'eau, mais chaque voix a de la valeur. Avant une votation, j'essaie de me forger mon opinion sur la base de la brochure explicative, des journaux et de discussions au sein de ma famille ou avec des camarades de classe. La personne par laquelle je suis le plus susceptible de me laisser convaincre est mon père. Sur des questions économiques auxquelles je ne comprends pas grand chose et qui ne m'intéressent guère, je suis parfois vraiment contente qu'il me fasse part de son opinion. Lorsqu'un sujet m'intéresse vraiment ou qu'il me concerne même directement, il m'arrive d'aider à collecter des signatures. Je l'ai fait par exemple pour une initiative pour l'encouragement à l'éducation musicale des enfants et des adolescents. A mes yeux, il est important que l'école réserve une place plus importante à la musique. En revanche, je ne signe pour ainsi dire jamais un texte lorsque l'on m'accoste dans la rue; je veux pouvoir me forger une opinion propre préalablement. Mais je trouve une bonne chose que les référendums et les initiatives existent. Ainsi, les gens ordinaires ont la possibilité de faire savoir les changements qu'ils souhaitent et ce privilège n'est pas réservé aux seuls politiciens et politiciennes. L'impact potentiel des initiatives et les référendums me semble important lorsque le nombre de signatures collectées est vraiment élevé et qu'une votation a finalement lieu. Peut-être que les manifestations, les squats ou d'autres activités de ce genre permettent également d'obtenir des résultats importants, mais, n'y ayant jamais participé, je ne suis pas à même d'en juger. Sur une question qui me mobilise vraiment, je répondrai sans doute à un appel à manifester le cas échéant. Par exemple pour le renforcement de l'égalité des salaires dans le secteur éducatif, question qui me concerne directement en tant que jardinière d'enfants. Mais, fondamentalement, je trouve que cette forme d'action demande un trop gros investissement; je préfère signer simplement une initiative. Fondamentalement, je suis satisfaite de la façon dont la politique fonctionne en Suisse. Je souhaiterais parfois que les décisions politiques soient prises et mises en œuvre plus rapidement; spécialement les jeunes gens ont parfois de la peine à accepter la lenteur du cheminement bureaucratique et sont tentés de recourir à des moyens plus radicaux. Or l'extrémisme est une chose grave à mes yeux, qu'il soit de gauche ou de droite. De façon générale, je me sens plutôt des affinités avec la politique centriste, notamment lors d'élections. Je ne me considère proche d'aucun parti, mais je me félicite que les partis soient nombreux en Suisse. Ainsi, une grande variété d'intérêts sont défendus. Je ne vois pas comment toutes les opinions pourraient se sentir représentées dans les pays connaissant un système bipartisan. Il m'est arrivé de distribuer du matériel de propagande pour les jeunes d'un parti et mon parrain est membre d'un législatif communal; mais je ne souhaite adhérer à aucun parti, car cela me contraindrait à me positionner. Or, à ce stade, je n'aime pas trop faire des choix de façon générale.»

Manifestant



Piero, 22 ans, étudiant

«J'ai commencé tôt à m'intéresser à la politique. A quatorze ans, je suis descendu dans la rue pour la première fois, avec ma mère et mon frère, pour manifester contre des coupes dans le domaine de la formation. Au gymnase, j'ai milité au sein d'un syndicat d'étudiants et d'apprentis, bien qu'adhérer à un parti ou à une association, ce ne soit pas trop mon truc. Je ne suis pas prêt à investir une journée entière pour tenter de dégager une position commune. J'aime bien débattre, mais il m'arrive aussi de simplement me rallier à une idée qui me semble juste et de la soutenir. J'aspire à m'engager sur toute une série de sujets et à rencontrer des gens très différents. Ceci explique aussi pourquoi j'aime le travail que j'exerce dans l'espace culturel de mon université. J'y rencontre des gens de nombreuses associations différentes et, ainsi, je suis en permanence au courant des activités prévues. La politique a pour mission d'organiser la société. Or, j'en fais partie. J'aspire à m'engager, à donner mon avis et à adopter un point de vue critique. Je ne veux pas être un membre passif de la société. L'échelon local m'intéresse le plus. Les nouvelles de l'étranger m'intéressent moins, car pour vraiment comprendre ce qui se passe en un lieu, il faut être sur place à mon avis. Ici, je sais ce qui se passe et peux donc me forger une opinion et participer aux décisions. C'est pourquoi je suis favorable à l'octroi du droit de vote aux étrangères et étrangers à l'échelon local. Je milite tant dans le canton du Tessin, d'où je viens, que dans la ville dans laquelle j'étudie. J'ai participé à plusieurs manifestations contre le racisme. Il m'est arrivé, une fois, de participer à une manifestation contre un défilé militaire, auquel des manifestants se sont mêlés, accoutrés en soldats. C'était drôle et subversif. J'aime ce genre de provocations. La provocation n'est constructive que lorsqu'elle déclenche le rire et amène à réfléchir. Les manifestations me semblent un instrument politique très efficace; cela dit, elles ne doivent pas nécessairement prendre la forme de défilés protestataires. Elles peuvent aussi consister en un stand, auquel sont par exemple proposées des spécialités d'autres pays pour sensibiliser à des questions liées aux étrangers. Les actions de ce genre arrivent mieux à rapprocher les gens de la politique que par exemple les votations. Il serait bon, à mes yeux, qu'autant de personnes que possible s'engagent politiquement et pour la société. Les nouveaux médias et moyens de communication sont très utiles pour sensibiliser les gens. L'avantage des SMS et des courriels est qu'ils permettent d'interpeler les gens personnellement. Facebook m'avait d'abord enthousiasmé en raison du nombre important de personnes que cet outil permet d'atteindre. Mais les informations y sont si nombreuses que les gens oublient presque instantanément ce qu'ils ont lu. Je crois que si l'on veut changer quelque chose dans la société, il faut commencer par changer soi-même, s'ouvrir et payer davantage de sa propre personne. Cela commence par des choses toutes simples: inviter son voisin à dîner par exemple.»

Activiste



Alice, 18 ans, stagiaire auprès d'une organisation non gouvernementale

«Au fond, la politique englobe presque toutes nos activités. L'Etat en fait partie bien sûr, avec son système politique, mais aussi tout ce que les gens entreprennent pour influencer ou faire évoluer leur entourage plus ou moins proche. Dans ces conditions, je ne comprends pas que l'on puisse ne pas s'intéresser à la politique. Pour moi, c'est une évidence. Je m'intéresse à la politique car ce qui se passe autour de moi, ce qui m'arrive et ce qui arrive à d'autres personnes m'interpelle. J'ai remarqué assez tôt que je pouvais moi-même avoir de l'influence sur certaines choses. J'ai adhéré aux jeunesses d'un parti de gauche alternative il y a trois ans et me suis présentée aux dernières élections au Conseil national. Nous n'avons pas été élus, sans doute en partie parce que nous sommes encore un tout jeune parti et que nous ne sommes pour ainsi dire actifs qu'en ville, pas dans l'ensemble du canton. Mais je me représenterai probablement dans quatre ans, malgré tout. Le féminisme et la diversité des genres sont au cœur de mes préoccupations politiques, de même que la problématique des sans-papiers, l'antiracisme et la critique de la globalisation. Mon militantisme revêt des formes très diverses sur ces sujets. Avec mon parti, nous participons à des comités de soutien de différents référendums et initiatives, nous rédigeons des prises de position et nous collectons des signatures. Je rédige aussi des contributions pour notre journal de parti et envoie des mails collectifs visant à rallier d'autres personnes à mes opinions. Par ailleurs, je participe à des manifestations et à des veillées silencieuses. J'ai participé à un camp anti-nucléaire et à un camp pour les sans-papiers par exemple. Ma motivation de participer à ce genre d'actions vient aussi du fait que je m'y amuse et que j'y rencontre des gens sympas. Je trouve grave les actions politiques qui occasionnent des dommages à des tiers non concernés par la problématique. S'en prendre physiquement à une personne n'est jamais acceptable à mes yeux. Mais coller une affichette ou apposer un tag ici ou là n'est pas la fin du monde à mes yeux. Pour obtenir un résultat, il faut combiner différentes formes d'action politique. La capacité à montrer qu'une revendication est soutenue par de nombreuses personnes joue un rôle important. Il faut utiliser différents canaux à cette fin. Les manifestants comptent autant que les contributeurs aux courriers de lecteurs. Cela dit, je trouve que le système politique de la Suisse fonctionne très bien fondamentalement, et que les petits partis notamment disposent de passablement de moyens de se faire entendre grâce aux initiatives et aux référendums. Le fait que le succès dépende des sommes investies est problématique. Mais pour moi, le résultat au global n'est pas le seul qui compte. L'enjeu est aussi que les gens trouvent des moyens de se faire entendre. A chacun de trouver ce qui lui convient le mieux. Mon engagement politique me prend passablement de temps; je participe à une ou deux séances par semaine et à diverses autres réunions ou actions. Le lundi est réservé au *step dance*. Cette activité est importante pour moi. Je n'entends pas l'abandonner. Pour le reste, plus on s'engage en politique, plus elle procure du plaisir. On rencontre toujours de nouvelles personnes et on découvre les choses sous des angles nouveaux. Je ne suis pas prête d'arrêter!»



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidenössisches Departement des Innern EDI
Staatssekretariat für Bildung und Forschung
Bildung

Hallwylstrasse 4
CH-3003 Bern
T +41 31 322 68 32
F +41 31 322 78 54
info@sbf.admin.ch
www.sbf.admin.ch